Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt

Winter 2017
Nr. 198, 46. Jahrgang
Nürnberg
3,– €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Das bedingungslose Grundeinkommen – die humanistische Antwort auf den technologischen Fortschritt?

Seit Jahrzehnten gibt es in vielen, industriell entwickelten Ländern die Idee des sogenannten bedingungslosen Grundeinkommens (bGE).

Durch die Protestbewegung gegen die Agenda 2010 wurde das Thema auch hierzulande befördert und machte das bGE als Alternative zu den Hartz 4-Gesetzen bekannt.

2004 schließlich bildete sich das „Netzwerk Grundeinkommen„, das seither in Deutschland Kampagnen zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens führt.

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Das bedingungslose Grundeinkommen	1
In eigener Sache	2
Unsere Jahreskonferenz	6
Die Bundestagswahlen 2017	9
Von der Räterevolution zum antifaschistischen Widerstand	12
Nordkorea und die Atombombe	18
Österreich nach der Wahl: neoliberaler Rechtsradikalismus	20
Wie Kuba die Zeitläufe übersteht	24
Zu Ernesto Che Guevaras Tod vor 50 Jahren	29
Neues aus Großbritannien	37
Den Feind demaskieren – Rezension	39

In eigener Sache

Bei Redaktionsschluß war der Ausgang des Gezerres um die Bildung einer neuen Regierung bzw. einer Koalition noch nicht in Sicht. Die zugrunde liegende Bundestagswahl und die innenpolitischen Geschehnisse haben wir in einem Artikel nochmal in Erinnerung gerufen. Wie im Bericht über unsere Jahreskonferenz erwähnt, drucken wir die dort gehaltenen Referate als Artikel ab. Ein Genosse aus Österreich schreibt über das verheerende Ergebnis der Wahl in seiner Heimat, eine „Krönung„ der Rechtsentwicklung in der Europäischen Union.

Es knirscht immer stärker im sozialpolitischen Gebälk der angeblich so stabilen Bundesrepublik Deutschland.

Ein Kenner der immer größer werdenden Schieflage im Tarifvertragswesen spart nicht mit kritischen Worten. Das ist um so nötiger, wo die Streiks bei Amazon, dem größten Onlinehändler der Welt, trotz 26 Cent (!) Lohnerhöhung, anhalten. Der US-geführte Gigant weigert sich nämlich grundsätzlich, mit Gewerkschaften Tarifverträge abzuschließen. Repressive Maßnahmen und die Verlagerung in das Billiglohnland Tschechien sind Druckmittel der Geschäftsleitung. Mit solchen Methoden weltweit ist der Amazon-Gründer Jeff Bezos zum sagenhaften Reichtum von 100 Mrd. Dollar gekommen.

Ein anderes skandalöses Ereignis waren die Manipulationen der Bundesregierung beim Bankrott von Air Berlin, wodurch 4.400 Beschäftigte in äußerst ruppiger Weise ihre Arbeitsstelle verloren. Die Regierung hatte bei der Übernahme der Fluglinie durch die Lufthansa nachgeholfen; zuerst mit einem Kredit über 150 Millionen Euro und dann durch die Negierung andrer Kaufinteressenten. Wer sich nun bei der Lufthansatochter Eurowings in Wien bewirbt, muß mit bis zu 40 Prozent Gehaltsminderung rechnen. Dort gibt es keinen Betriebsrat. Eine eventuelle Krankenzeit wird gar vom Gehalt abgezogen.

Über einen besonderen Fall, der auch unsere fränkische Region betrifft, die rücksichtslose Massenentlassung bei Siemens, haben wir eine kurze Betrachtung geschrieben. Wie Hohn klingen heute Joe Kaesers einstige Worte: „Mich treibt nicht das Geld. Mir ist wichtig, was die Menschen einmal über meine Amtszeit sagen.„

Ein Genosse, der dieses Jahr (vor dem Hurrikan) in Kuba war, hat uns seinen Reisebericht zur Verfügung gestellt.

Mit Ché Guevara ist ein großer Revolutionär im Kampf gestorben, der die rebellische Jugend der Welt begeistert hat. Doch er war nicht frei von Voluntarismus (z.B. Negierung der in Bolivien erfolgten Bodenreform) und Nihilismus mit der Losung „Sieg oder Tod„, was die Möglichkeit eines Atomkriegs nicht ausschloss. Anlässlich seines Todes vor 50 Jahren drucken wir eine ausführliche Würdigung seiner Person ab.

Am Schluß noch eine Rezension aus dem schweizer ***vorwärts*** von Jean Zieglers aufschlussreichem Buch „Der schmale Grat der Hoffnung“. Ebenso zu empfehlen ist sein voriges Buch „Ändere die Welt!“.

Zbigniew Viktor, führender Funktionär der in schwere Bedrängnis geratenen Kommunistischen Partei Polens, hat uns einen Artikel zur dortigen Lage und zur Geschichte der Sowjetunion zukommen lassen. Leser, die daran interessiert sind, können Kopien bei uns anfordern.

Wir danken allen Zahlern und Spendern und hoffen auf weitere Unterstützung.

Impressum:
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- €. aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Danach sollen alle Mitglieder der Gesellschaft unterschiedslos ein individuell garantiertes, ausreichendes und bedingungsloses Grundeinkommen bekommen und das ohne Arbeitszwang und Bedürftigkeitsprüfung.

Bei vielen sozial abgehängten Menschen, bei Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaftsgruppen bei Attac und in Teilen von Parteien findet die Forderung nach einem bGE inzwischen durchaus Widerhall und Anklang.

In der Schweiz hat es im Juni vergangenen Jahres eine Volksabstimmung über die Einführung eines bGE in Höhe von monatlich 2.500.- sfr gegeben, in der das Antragbegehren zwar zurückgewiesen wurde, wo sich aber dennoch zeigte, dass die Forderung in großen Schichten der Bevölkerung nicht unpopulär ist. Insgesamt haben 23,1 Prozent der Wahlberechtigten der Vorlage zugestimmt.

Noch interessanter wird es wenn man Einzelergebnisse betrachtet. So stimmten beispielsweise in Basel 36 Prozent, in Bern 40 Prozent für das bGE. Im Jura und im Kanton Waadt gab es drei Gemeinden, welche den Vorschlag angenommen haben. Ebenso in zwei Wahlkreisen in Zürich und in einem in Genf.

Auch hat man mit dem bGE schon experimentiert. So läuft aktuell in Finnland ein Versuch mit 1000 Probanden. Mit maximal 750 Euro monatlich soll das Grundeinkommen Sozialhilfe und Arbeitslosengeld ersetzen. Ähnliche Experimente gab es schon in den Niederlanden, Indien, Namibia, Brasilien, Berlin. Schaut man aber genauer hin, handelt es sich nicht um ein Grundeinkommen und schon gar nicht um ein bedingungsloses, sondern um staatliche Leistungen an Bedürftige.

In den Medien wird das Thema Grundeinkommen selbstverständlich ebenfalls behandelt. Hier fällt auf, dass es nicht einfach als Projekt irgendwelcher Spinner abgetan wird, sondern man setzt sich durchaus ernsthaft mit den Argumenten der Anhänger und Gegner auseinander.

Das mag wahrscheinlich daran liegen, dass nicht nur links orientierte Menschen und Organisationen Gefallen an einem bGE finden, sondern auch Wirtschaftsliberale.

In der Linkspartei propagiert eine eigene Arbeitsgemeinschaft die Idee. Die Parteichefin Katja Kipping selbst vertritt diese Position.

Auf der anderen Seite gibt es Unternehmer, Konservative und liberale Wirtschaftswissenschaftler die für ein bGE eintreten. In der Schweiz ist es der Unternehmer Daniel Häni, der mit das Volksbegehren initiierte und in der BRD der Milliardär und Unternehmer Götz Werner (DM Drogeriemarkt). Auch der ehemalige thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) ist ein Vertreter dieser Idee. Er vertritt das Konzept des solidarischen Bürgergeldes, das sich auf die Überlegungen des Wirtschaftswissenschaftlers Thomas Straubhaar, der an der Uni Hamburg lehrt, stützt. Auf den ersten Blick erscheint das seltsam. Aber das bedingungslose Grundeinkommen ist das Projekt von neoliberalen Ökonomen. Einer seiner ersten Fürsprecher war der „Erfinder„ des Neoliberalismus, Milton Friedman.

Die Salzburger Nachrichten führten nach der schweizer Volksabstimmung mit Daniel Häni ein Interview. Unter Anderem stellten sie die Frage:

„Ideologisch interessant ist, dass das Grundeinkommen Anhänger von links bis rechtsliberal hat. Wieso ist das so?„

Darauf Häni:

„Weil die eine Seite die andere immer ausblendet. Das Grundeinkommen ist sozial, weil es alle erhalten, und liberal, weil es bedingungslos ausbezahlt wird. Da kommen das soziale Herz und der liberale Verstand zusammen. Das Grundeinkommen ist ein neues Phänomen, eine postideologische Idee und die erste positive Vision des 21. Jahrhunderts, die den Menschen ernst nimmt und ihnen Eigenverantwortung zuspricht.„

Ähnlich „progressiv„ und „menschenfreundlich„ gibt sich Unternehmer Götz Werner in Deutschland. In einem TAZ-Interview meinte er schon vor Jahren „Hartz 4 ist offener Strafvollzug„ und „die Wirtschaft hat die Aufgabe, die Menschen von der Arbeit zu befreien„.

Das Grundeinkommen soll also eine postideologische und humane Idee sein.

Wenn Kapitalisten ihre Profitideologie hinter sich lassen und sich nur noch dem Humanismus verpflichtet sehen, heißt das für uns, dass wir uns ihre Vorstellungen genauer ansehen sollten.

Auf ihrem Parteitag 2016 hat die Liberale Partei Kanadas eine Resolution zur Unterstützung des Grundeinkommens verabschiedet. Diese Resolution, die „Armutsreduktion: Minimumeinkommen„ heißt, enthält folgende Begründung: „Die immer weiter wachsende Lücke zwischen den Reichen und Armen in Kanada wird zu sozialen Unruhen, steigenden Kriminalitätsraten und Gewalt führen…„und finanziert werden soll es durch „Einsparungen im Gesundheits- und Gerichtswesen, Bildung und Sozialhilfe sowie die Bildung eigenständiger, steuerzahlender Bürger gleichen die Investition wieder aus.„

Es geht unter Anderem also auch um Prävention vor sozialen Unruhen. Das ist nicht nur bei den kanadischen Liberalen so, sondern das gilt auch in Europa. So geht der Ökonom Thomas Straubhaar davon aus, dass es dramatische Veränderungen in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung geben wird und er meint: „Das Grundeinkommen nimmt sich dem technologischen Fortschritt an und gibt darauf eine humanistische Antwort„.

Dramatische Veränderungen in der Arbeitswelt haben die Konsequenz, dass die Widersprüche des kapitalistischen Systems deutlicher sichtbar werden. Daraus könnte sich, so die Befürchtungen der Herrschenden, eine revolutionäre Bewegung entwickeln, die den Kapitalismus grundsätzlich in Frage stellt. Durch das Grundeinkommen soll es, wie es die kanadischen Liberalen in ihrer Resolution ausdrücken, zur Befriedung und Ruhigstellung der lohnabhängigen Mehrheit kommen.

Da das bGE trotz allem auf den ersten Blick eine gewisse Attraktivität ausstrahlt, sollten wir uns die Finanzierungsvorstellungen der einzelnen Protagonisten betrachten.

Die Linkspartei ist in der Diskussion am weitesten. Nach der Auffassung der Arbeitsgemeinschaft bGE soll jeder Bürger 1.080 Euro pro Monat erhalten. Das würde fast eine Billion Euro im Jahr kosten. Um das zu finanzieren, sollen unter anderem alle Steuervorteile und steuerfinanzierte Leistungen gestrichen werden. Diese eingesparten Beträge können zur Finanzierung des Grundeinkommens herangezogen werden. Darüber

hinaus erfolgt die Finanzierung durch das ernsthafte Umverteilen des gesellschaftlichen Reichtums. Die Leistungen der Sozialversicherungen sollen weitgehend erhalten bleiben.

Katja Kipping und die Ihren sieht in dem bGE ein linkes Projekt im Rahmen einer transformatorischen und emanzipatorischen Veränderung der Gesellschaft.

Soweit die Träumereien von Teilen der Linken. Schauen wir uns die Unternehmer- und neoliberalen Vorstellungen zur Finanzierung des Grundeinkommens an. Einheitliche Modelle für ein Grundeinkommen gibt es allerdings bei ihnen nicht. Aber alle haben die Tendenz die Kapitalseite besser zu stellen.

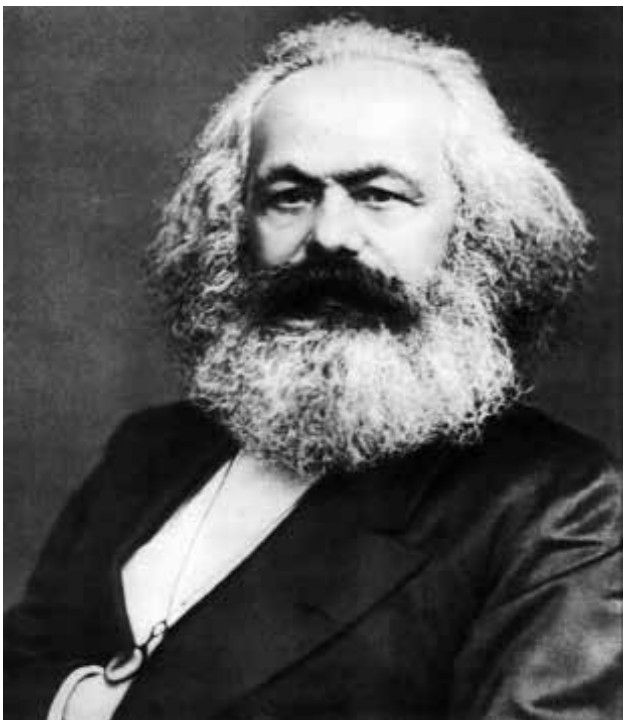
Bei Götz Werner soll das Grundeinkommen rund 1000.- Euro betragen (bei 82 Millionen Einwohnern ist das eine Summe von rund 1000 Milliarden.

Um dies zu finanzieren will er den Konsum stärker besteuern. Der Milliardär: „Nur Konsumsteuern sind wirklich sozial gerecht„. Die Mehrwertssteuer (aktuell 7 und 19 Prozent) soll nach seiner Vorstellung um 50 Prozent (also um 3,5 und 9,5 Prozent) erhöht werden. In Deutschland liegen die Ausgaben für den Konsum bei rund 1800 Milliarden. Durch die Erhöhung der Mehrwertssteuer würden somit rund 500 Milliarden zusätzlich eingenommen.

Alle übrigen Steuern sollen völlig abgeschafft werden (also auch alle Unternehmenssteuern, wie die Reichensteuer, die Gewerbesteuer, die Einkommenssteuer der Kapitalgesellschaften). Der Differenzbetrag von weiteren 500 Milliarden käme zusammen durch Einsparungen der staatlichen Bürokratie und dem Wegfall von Transferleistungen.

Der Ökonom Thomas Straubhaar hingegen möchte die Einkommen stärker belasten und das Grundeinkommen wie einen Freibetrag von der Steuerschuld abziehen. Wer kein Einkommen und deshalb keine Einkommenssteuerschuld hat, soll die Gutschrift ausgezahlt bekommen.

Der ehemalige CDU-Ministerpräsident von Thüringen, Althaus, will, jedem Bürger ohne Bedingungen 800 Euro auszahlen und dafür alle anderen Leistungen wie Arbeitslosengeld, Bafög, Kindergeld und anderes zu streichen. Er nennt das „Solidarisches Bürgergeld„. Einkommen bis 1 600 Euro würden mit 50 Prozent versteuert, Einkommen über 1 600 Euro mit 25 Prozent. Für die Finanzierung der Kranken und Pflegeversicherung müsste jeder Bürger 200 Euro abführen.



„Zur Verwandlung von Geld in Kapital muß der Geldbesitzer also den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden, frei in dem Doppelsinn, dass er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, dass er andrerseits andre Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen„.

Sehr wenig findet man zum Thema Sozialversicherungen. Teile der neoliberalen Befürworter des Grundeinkommens gehen davon aus, dass diese teilweise oder sogar ganz wegfallen. Götz Werner antwortet auf die Frage ob mit dem Grundeinkommen alle anderen Sozial- und Transferleistungen wegfallen würden mit „Nein, die werden angerechnet. Das Sozialgesetzbuch ist eine Errungenschaft, die über hundert Jahre erkämpft und errungen wurde. Das würde ich in keinem Fall abschaffen. Ich stelle mir das Grundeinkommen wie eine Art Flatrate vor. Wem nach dem Sozialgesetz ohnehin mehr zusteht, der bekommt auch mehr."

Bei allen Modellen würden übrigens die sogenannten Lohnnebenkosten, teilweise oder sogar ganz verschwinden.

Man muss kein Detailwissen zu den einzelnen Grundeinkommen-Modellen der neoliberalen Befürworter haben um zu erkennen, dass sie sich alle innerhalb ihrer ideologischen Schranken bewegen. Schon immer haben sie den „Bürokratieabbau„ und den „schlanken Staat„ gepredigt. Die Einführung eines Grundeinkommens wäre ein großer Schritt in diese Richtung - und ein erster Schritt zum Ende des Sozialstaats. Denn konsequent zu Ende gedacht, könnten am Ende alle Sozialversicherungen zerschlagen sein und alle sozialpolitisch begründeten Regulierung des Arbeitsmarktes, bis hin zum Kündigungsschutz, gestrichen werden. Der Ökonom Straubhaar kündigt es in einem Interview mit der Zeitschrift Capital so an: „Das Grundeinkommen ersetzt den heutigen Sozialstaat im Prinzip vollständig. Gesetzliche Altersabsicherung, Krankenversicherung und Arbeitslosenversicherung werden abgeschafft. Wer etwas haben möchte über das Grundeinkommen hinaus, muss sich selbst privat versichern„.

Das Modell des bGE einer Katja Kipping und das eines Thomas Straubhaar oder Götz Werner haben nur wenig gemeinsam. Während Kipping in der Durchsetzung des Grundeinkommens eine antikapitalistische Perspektive sieht, sehen Götz Werner, Straubhaar und Co darin die Möglichkeit der massiven finanziellen Entlastung der Kapitalisten. Was linke Anhänger eines Grundeinkommens offensichtlich vergessen ist, dass selbst wenn es ein Grundeinkommen für alle gäbe, der Kapitalismus noch immer bestehen würde. Das heißt, die reale Macht läge noch immer in den Händen der Bourgeoisie, der herrschenden Klasse. Und diese Macht wird sie nicht freiwillig aufgeben. Doch ein Grundeinkommen, das tatsächlich bedingungslos in einer wirklich existenzsichernden Höhe gewährt würde, würde die reale Macht der Kapitalisten erheblich einschränken.

Karl Marx schreibt im ersten Band des Kapitals:

„Zur Verwandlung von Geld in Kapital muß der Geldbesitzer also den freien Arbeiter auf dem Warenmarkt vorfinden, frei in dem Doppelsinn, dass er als freie Person über seine Arbeitskraft als seine Ware verfügt, dass er andrerseits andre Waren nicht zu verkaufen hat, los und ledig, frei ist von allen zur Verwirklichung seiner Arbeitskraft nötigen Sachen„.

Der Geldbesitzer muss(!) den Arbeiter, der nur über seine Arbeitskraft verfügt auf dem Arbeitskraft vorfinden. Das ist mit eine Voraussetzung für die kapitalistische Produktionsweise. Oder anders ausgedrückt, der Arbeiter muss gezwungen sein zu arbeiten, will er überleben.

Was aber würde geschehen, wenn die Menschen tatsächlich über ein wirkliches bedingungsloses Grundeinkommen verfügen würden? Katja Kipping beantwortet die Frage so:

„Wenn Kapitalismus geprägt ist durch den existenziellen Zwang zum Verkauf der Ware Arbeitskraft zwecks Reproduktion des Kapitals durch Lohnarbeit, dann lockert das Grundeinkommen diesen Zwang enorm„.

Aber das ist genau der springende Punkt, warum die herrschende Klasse ein wirklich bedingungsloses Grundeinkommen niemals zulassen würde. Sie braucht den Lohnabhängigen der gezwungen ist seine Ware Arbeitskraft zu verkaufen, will er überleben.

Durch ein Grundeinkommen würde allerdings Eines nicht geschehen, was bürgerliche Kritiker des Grundeinkommens befürchten und es aus diesem Grunde ablehnen, nämlich dass eine Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr arbeiten würden, sollte sie bedingungslos eine existenzsichernde Grundsicherung erhalten. Sie vergessen dabei, dass Arbeit mehr ist als nur Broterwerb.

Friedrich Engels sagt es in seiner Schrift „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen„ so:

„Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums, sagen die politischen Ökonomen…Aber sie ist noch unendlich mehr als dies. Sie ist die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens und zwar in einem solchen Grade, dass wir in gewissem Sinn sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen„.

Die Arbeit ist also auch ein menschliches Grundbedürfnis. Das zeigt sich auch an Umfragen. So stellte eine Bertelsmann-Studie 2015 fest, dass mehr als 70 Prozent der Befragten immer die Arbeit bevorzugen würden, selbst wenn das Arbeitslosengeld noch so hoch wäre. Auch ist eine Mehrheit von 67 Prozent tendenziell zufrieden mit ihrer Arbeit.

Aber es gibt auch unzufriedene. Die Gründe die sie für ihre Unzufriedenheit haben liegen in der Entlohnung, im Arbeitsklima, am Stress und an fehlenden Entwicklungsmöglichkeiten. Mit großer Sicherheit finden wir diese unzufriedenen Lohnabhängigen im Niedriglohnbereich, kurz im Bereich der prekären Beschäftigung. Mehr als 20 Prozent aller Arbeitsplätze in der BRD sind prekär. Für diesen Bereich würde schon zutreffen, dass ein Grundeinkommen den Zwang, ein solches Arbeitsverhältnis einzugehen, „enorm lockert„, wie Kipping sagt. Sicherlich wären sehr viele Arbeiter und Angestellte nicht mehr bereit unter prekären Bedingungen zu arbeiten, wenn ihnen 1080 Euro Grundeinkommen zur Verfügung stehen würden.

Damit hätten die Unternehmer dann ein Problem. Der vorhandene Niedriglohnsektor stände vollständig zur Disposition. Ein Umstand, den weder die Politik noch die Unternehmer zulassen werden. Trägt doch gerade dieser Sektor dazu bei, dass die deutsche Industrie ringsum alles nieder konkurrieren kann.

Deshalb wird es ein Grundeinkommen, wie es sich Teile der Linken vorstellen nicht geben. Sie sagen auch nicht, wie sie das bGE durchsetzen wollen. Dabei ist sicher, auf parlamentarischem Wege wird das nicht geschehen. Dazu wären vielmehr Klassenkämpfe in einem noch nicht dagewesenen Ausmaße von Nöten. Es ist derzeit aber weit und breit keine Kraft sichtbar, die diese Aufgabe stemmen könnte.

Wir wissen heute noch nicht wie sich die kapitalistische Ökonomie in der Zukunft entwickelt. Es ist ja nicht nur der Ökonom Straubhaar, der dramatische Veränderungen in der Arbeitswelt durch die Digitalisierung der Industrie prognostiziert. Auch die Linke muss von großen Arbeitsplatzeinbussen durch die Rationalisierungswelle im Zusammenhang mit der Industrie 4.0 ausgehen. Das Straubhaar´sche Modell eines Grundeinkommen könnte den Herrschenden als Lösung eines Teils ihrer Probleme dienen.

Sollten sie deshalb irgendwann bereit sein ein neoliberales Grundeinkommen einzuführen, dann wird es eben kein bedingungsloses sei. Irgendwie wird man schon erreichen, dass der Zwang, auch eine prekäre Arbeit anzunehmen, Bestandteil eines solchen Grundeinkommen - Modells ist. Dabei ist vieles vorstellbar – von einem Kombilohn bis zu anderen staatlichen Leistungen für Bedürftige.

Für die Herrschenden hierzulande könnte sich ein solches „Grundeinkommen„ durchaus rechnen. Der Sozialstaat ist abgeschafft, die Profite sprudeln, die Proleten sind ruhiggestellt und die Reichtumsverteilung kein Thema mehr im gesellschaftlichen Diskurs.

Anzeige

August Thalheimer:

Einführung in den dialektischen Materialismus

Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,– €.

Unsere Jahreskonferenz

Die 46. Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme fand heuer am 7. und 8. Oktober statt, also einige Wochen vor dem sonst üblichen Termin. Einige Genossinnen und Genossen sind dermaßen in Lohnarbeit und politischer Arbeit eingebunden, dass nur dieser Termin eine Teilnahme der Mehrheit ermöglicht hätte.

Aufgrund der Sturmschäden konnten dann doch einige Genossen aus dem Norden des Landes nicht kommen; sie hatten auf die Bahn als Transportmittel gesetzt, aber die wird ja ihrem Werbespruch aus vergangen Tagen, als sie noch Deutsche Bundesbahn hieß, schon lange nicht mehr gerecht: „Alle reden vom Wetter – wir nicht„. Aus diesem Grund konnte auch unser englischer Freund und Genosse diesmal leider nicht an der Jahreskonferenz teilnehmen.

Trotz der geschilderten Ausfälle war die Teilnehmerzahl nur wenig geringer als in den letzten Jahren. Wir durften heuer vier Genossinnen und Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik, sowie Genossen der Gruppe International Dorfen und einen Genossen der DKP Nordbayern begrüßen. Auch unser österreichischer Genosse war wieder nach Nürnberg gekommen – er berichtete über den Wahlkampf und die Wahlen in Österreich. Die Jahreskonferenz diente wie stets dem Meinungsaustausch der Gruppenmitglieder und Sympathisanten und der Gäste aus anderen Gruppen, über die Innenpolitik, die Weltlage und die Krisenerscheinungen des Kapitalismus.

Die Redaktion hatte im Vorfeld der Konferenz einige Themenbereiche festgelegt, die tiefergehend behandelt werden sollten. Dazu hatten wir einige Genossinnen und Genossen gebeten, Referate auszuarbeiten.

Die Wahlen in der BRD hatten zwei Wochen zuvor stattgefunden; es war also ein Muss. auf diese einzugehen.

Doch nun zu den Themen im Einzelnen:

- Bericht zur Lage der Gruppe
- Nachlese zur Bundestagswahl
- Kommunistischer Widerstand am Beispiel einer oberbayrischen Marktgemeinde
- Bedingungsloses Grundeinkommen
- Auf den Spuren der russischen Revolution (ein Reisebericht)
- Zur Situation in der Türkei
- „Linksruck„ in der Labour Party

Leider mussten der Bericht aus England, sowie der Reisebericht aus Russland wg. der Sturmschäden ausfallen.

Erfreulicherweise sprangen einige der anwesenden Genossen ein und ergänzten die Tagesordnung mit den Themen Wahlen in Österreich und einem Bericht aus Barcelona.

Den Bericht zur Lage der Gruppe hatte sich wieder unser Nürnberger Altgenosse vorgenommen. Sein Fazit war, dass die Gruppe trotz der personellen Schwäche und der Überbelastung der Redaktion und der für Umbruch und Versand verantwortlichen Genossinnen und Genossen, noch in der Lage ist, die Arbeiterstimme vier Mal im Jahr herauszubringen; auch das Programm der Jahreskonferenz sei wieder eines, das sich durchaus sehen lassen könne. Insgesamt sieht er die Gruppe in einem Zustand der „stabilen Stagnation„. Erfreulich ist die konstruktive Zusammenarbeit mit der Gruppe International Dorfen und der Gruppe Arbeiterpolitik. Leider konnte im letzten Jahr keine der Redaktionssitzungen der Arpo von uns wahrgenommen werden. Das ist ein Manko, das wir bedauern, das aber nicht inhaltlichen Differenzen, sondern der Überlastung Einzelner und Terminüberschneidungen geschuldet ist. Das gegenseitige Abdrucken von Artikeln läuft problemlos und häufiger. Die gegenseitige Teilnahme an Konferenzen vertieft die Zusammenarbeit und fördert das freundschaftliche Verhältnis.

In der Diskussion zur Lage der Gruppe kamen wir im Meinungsaustausch über die Frage des Nachdrucks einiger vergriffener Broschüren überein, dass es notwendig sei, das zu tun; allerdings sollten aktuelle Vorworte dazu verfasst werden. Wir wollen uns an die Neuauflage folgender Broschüren machen: „Einführung in den dialektischen Materialismus„, „Der Faschismus in Deutschland„, „Volksfront – Einheitsfront„, sowie die „Bremer Linksradikalen„. Ein Genosse regte an, die Broschüren grundsätzlich auch als E-Book Reader aufzuarbeiten – ein Vorschlag, der auf Zustimmung stieß, und den wir auf seine Umsetzbarkeit hin prüfen werden.

In der Diskussion wurde natürlich auch deutlich angesprochen, dass es nötig wäre, häufiger in der Öffentlichkeit aufzutreten und unseren Standpunkt einzubringen – allein, es fehlt an den Kräften, die dies machen könnten.

Der nächste Tagesordnungspunkt war die Bundestagswahl. Aus dem Vortrag darüber ist ein Artikel entstanden, in den die wichtigsten Punkte der Diskussion eingearbeitet wurden. Er wurde allerdings um einige Seiten gekürzt, weil die Wahlergebnisse oft genug an anderen Stellen veröffentlicht wurden und bekannt sind. Einige der wichtigsten Aussagen der Diskussion sollen hier kurz dargestellt werden: Die Linke hat sich während des „Wahlkampfs„ deutlich und wohltuend von den anderen (neoliberalen) Parteien abgehoben; mit ihr gibt es keinen Sozialabbau, keine Auslandseinsätze, keine Rüstungsexporte und die Rente soll zu einem guten Leben im Alter reichen.

Ein Genosse führte an, dass Die Linke in Sachsen als eine Intellektuellenpartei wahrgenommen werde, der nicht zugetraut wird, die Sorgen und Ängste der Menschen im Freistaat aufzugreifen: 20 % der Arbeitsplätze sind dort prekär, in nur noch 11 % der Betriebe gibt es einen Betriebsrat, die Abstiegsängste des Mittelstandes sind durchaus realistisch. Ein Genosse aus Berlin berichtete von Wahlergebnissen in manchen Stadtteilen von 30% für Die Linke; da wo Die

Linke stark ist, ist die AfD schwach. Ein Teilnehmer meinte, dass es sich nicht um einen Rechtsruck, sondern vielmehr um eine kontinuierliche Rechtsentwicklung handle. Der Genosse der DKP verbuchte die Kandidatur der DKP als Erfolg für die Partei. So habe die DKP es geschafft, aus der Vergessenheit zu geraten – sie hat dadurch gezeigt, dass es die DKP als Partei überhaupt noch gibt. Durch den Wahlkampf konnten in einigen Regionen neue Sympathisanten gewonnen werden.

Das Wahlergebnis bedeutet eine Zäsur in der Geschichte der BRD; die AfD schiebt die anderen Regierungsparteien vor sich her. Ein Genosse meinte, dass die AfD das nur in der Flüchtlingsfrage tun könne, auf den andern Politikfeldern habe sie quasi nichts zu sagen und werde ihre Wähler enttäuschen.

Die Wünsche der Bevölkerung sind leicht zusammenzufassen: Sie will ein besseres Leben haben, eine gute Gesundheitsfürsorge, ausreichende Altersversorgung – man müsse die Menschen auf einfache Art ansprechen. Es müsse eine Integrationspolitik gemacht werden auch für alle Deutschen, die das Gefühl haben, ausgeschlossen zu sein. Vor einer „Linksentwicklung„ der SPD brauche sich Die Linke keine Sorge zu machen – linke Politik wird in der SPD nur verbal stattfinden.

Zum Wahlkampf in Österreich brachte unser Genosse aus der Alpenrepublik einige Fakten. Er bezeichnete den Wahlkampf als Schlammschlacht, die fast ausschließlich das Thema Flüchtlinge im Mittelpunkt gehabt habe. Die SPÖ sei im Sinkflug. Genauere Ausführungen zu den Wahlen und den Wahlergebnissen werden in einem Artikel in dieser Nummer abgedruckt.

Eine andere Art der Geschichtsaufarbeitung hatte sich die Dorfener „Geschichtswerkstatt„ zur Aufgabe gemacht. Früchte dieser Arbeit stellte unser Dorfener Genosse in seinem Beitrag „Kommunistischer Widerstand am Beispiel einer oberbayrischen Marktgemeinde„ vor. Dabei wurden die Geschichts„fälschungen„ der bürgerlichen Aufarbeitung des Faschismus in Deutschland und des Widerstands gegen den Nationalsozialismus deutlich. Hier gibt es Widerstand nur aus kirchlichen Kreisen, den Militärs des 20. Juni und der Weißen Rose. Der weit größere und bedeutendere Widerstand aus den Reihen der Kommunisten und Sozialdemokraten wird von den bürgerlichen „Aufarbeitern„ geflissentlich weggelassen. Eine Methode, die durchaus erfolgreich war und ist – kommunistischer Widerstand ist nicht in den Köpfen der Deutschen präsent, obwohl er in vielfältigster Art und Weise stattgefunden und eine immense Zahl an Opfern gekostet hat. Für die BRD standen die Widerständler halt auf der falschen Seite. In der Diskussion wurde die Meinung vertreten: „Widerstand gegen Nationalsozialismus ist alles, was die Nazis in ihren Zielen behindert hat.„

Das Projekt „Geschichtswerkstatt Dorfen„ wendet sich mit der Thematisierung des Nationalsozialismus und seiner Vor- und Nachgeschichte gegen die Mythologisierung vieler „kleinerer„ Nazis quasi aus der Nachbarschaft, die erst gar nicht mehr so schlimm waren und dann bald zu aufrechten, echten Demokraten wurden. Die Initiatoren der Geschichtswerkstatt enthüllten diese Ungeheuerlichkeiten, deren Belege teilweise von Archivaren jahrzehntelang unter Verschluss gehalten worden waren. „Vieles aus der Zeit zwischen 1933 und 1945 ist immer noch tabuisiert beziehungsweise wurde und wird beschönigend dargestellt. Viele Opfer und deren Leiden sind vergessen, während nach Mitläufern, Opportunisten und Profiteuren des NS-Systems Straßen benannt wurden.„

Dem entgegenzutreten, hat sich die Geschichtswerkstatt zur Aufgabe gemacht. Wir können gespannt auf weitere Veröffentlichungen sein, denn Material für weitere Enthüllungen ist reichlich vorhanden. Das Referat des Genossen wird in leicht überarbeiteter Form abgedruckt.

Als nächster Tagesordnungspunkt folgte ein Referat zum Bedingungslosen Grundeinkommen. Mit diesem Thema hatten wir uns bis jetzt in der Gruppe nur am Rande bzw. individuell beschäftigt – umso wichtiger, sich dazu einen Standpunkt zu erarbeiten. Das Referat „Das bedingungslose Grundeinkommen – die humanistische Antwort auf den technologischen Fortschritt?„ bildete eine hervorragende Grundlage, um Klarheit in die vielen diffusen Schwurbeleien zu bringen, die in den Köpfen herumspuken. Fazit der Diskussion war, so unkritisch wie das Thema – auch in der linken – Öffentlichkeit behandelt wird, dient es dazu, Kapitalverhältnisse und Klassenverhältnisse zu verschleiern und gewerkschaftliche Errungenschaften abzubauen. Es

Anzeigen

könnte auch als eine Art Prävention vor befürchteten sozialen Unruhen wegen des Arbeitsplatzabbaus durch die bevorstehende 4.0 Produktion verstanden werden.

Dem gilt es, das Recht auf gute bezahlte Arbeit und eine entsprechende Absicherung bei Arbeitslosigkeit statt Hartz IV entgegenzustellen.

Als praktische Form der Solidarität führten wir heuer unsere Sammlung für Kuba durch, in dem die Hurrikans dieses Herbstes schwerste Schäden angerichtet hatten. Nur den besonnenen Vorkehrungsmaßnahmen und Evakuierungen der Kubaner ist es zu verdanken, dass die Hurrikans nicht noch größere Verwüstungen und Schäden angerichtet hatten; eine Tragödie, die von unseren „Qualitätsmedien„ nahezu ausgespart worden war. Die Sammlung erbrachte 560 €, diese werden an die Hurrikanhilfe der Deutsch-Kubanischen Freundschaftsgesellschaft überwiesen.

Statt des geplanten Reiseberichts „Auf den Spuren der russischen Revolution„ gab ein Genosse der Arbeiterpolitik seine Eindrücke einer Reise nach Barcelona wieder, von wo er gerade erst zurückgekommen war. Er berichtete über die Massendemonstrationen für die Unabhängigkeit in der katalanischen Hauptstadt. Das war kurz vor den Demonstrationen für einen Verbleib Kataloniens in Spanien und vor dem Referendum. Der spanische Nationalstaat war auf diese Proteste nicht vorbereitet. Durch sein übermäßig hartes Vorgehen und die unversöhnliche Haltung der Befürworter der Unabhängigkeit war der Konflikt zusätzlich angeheizt worden. In der Diskussion wurde auch die Frage erörtert, ob Kleinstaaterei in unsere Richtung weiterführend sein kann.

Den despotischen Zuständen in der Türkei geschuldet, begannen wir den Sonntag mit einer Analyse der Situation in der Türkei. Unser Genosse und interne Kenner des Landes machte deutlich, dass in der Türkei Krieg herrscht. Seit dem Putsch vom letzten Jahr sind aus den Reihen von Gülen-Anhängern, Kurden und Gewerkschaftern 60.000 bis 80.000 Menschen ins Gefängnis geworfen worden. Die Presse ist gleichgeschaltet, die Arbeitslosigkeit liegt bei 12%, die Inflation bei 11,5 %. Trotz der angespannten Lage und aller Einschüchterungen finden immer wieder kleinere und auch größere Arbeitskämpfe statt, über die in Deutschland nicht berichtet wird. Die Türkei ist außenpolitisch isoliert, was ein guter Nährboden für Erdogans „Verschwörungstheorie„ ist: „Alle anderen Länder wollen der Türkei etwas böses.„ Trotz allem war unser Referent der Meinung, dass Erdogans Machtbasis gar nicht so gesichert ist. Die „Stabilität„ der Türkei könne sich schnell als ein Schein entpuppen.

Das Ende der Jahreskonferenz bildete dieses Jahr nicht der fast schon traditionelle Bericht aus England, sondern Überlegungen zum gefährlichen Konflikt zwischen Nordkorea und den USA, der ja, nicht nur, was sprachliche Aggression angeht, immer weiter eskaliert. Der Genosse, der vor drei Jahren die Artikelserie über Nordkorea verfasst hatte, hatte sich im Zuge der Zuspitzung der Spannungen zwischen den USA und Nordkorea genauer mit dieser für die Weltlage äußerst brisanten Krise auseinandergesetzt – und hat seine vorläufigen Ausführungen zu diesem Thema zur Diskussion gestellt.

Ausgangspunkt war die Aussage: „Sich auf die Atomrüstung einzulassen, bedeutet, sich auf die Logik des Feindes einzulassen. Rüstung und Waffenbeschaffung sind sehr teuer und bedeuten gewaltige Einschränkungen; sie verschlingen einen Großteil der Ressourcen und schwächen die innenpolitische Entwicklung, die Nordkorea bitter nötig hätte. Der Genosse hat seine Gedanken zu einem Artikel zusammengefasst, der in dieser Nummer abgedruckt wird.

Mit der Jahreskonferenz der Gruppe konnten wir die persönlichen Kontakte der Genossinnen und Genossen untereinander intensivieren und festigen. Auch fanden die Diskussionen in freundschaftlicher, solidarischer und zielführender Art statt. Dieser Umstand wurde von einem Genossen, der zum ersten Mal auf einer Jahreskonferenz teilgenommen hatte, besonders gewürdigt. Als Resümee der Konferenz können wir festhalten: Wir können in „stabiler Stagnation„ weiterarbeiten und mit Hilfe und Unterstützung unserer Leserinnen und Leser die uns gestellte Aufgaben angehen.

Anzeige

August Thalheimer

Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst

Das Essay Thalheimers entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Mit editorischen Vorbemerkungen und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Broschüre, DIN-A5, 80 Seiten, 6,– €

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Anzeige

Wieder Lieferbar:

Die Bremer Linksradikalen

Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur. 3,– €.

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Die Bundestagswahlen 2017
Ergebnisse, Ursachen und Folgen

Beim Erscheinen dieser Arsti liegen die Bundestagswahlen schon fast ein Vierteljahr zurück. In der Zwischenzeit sind die Jamaika-Verhandlungen kläglich gescheitert Die SPD steht vor der Frage, ob sie nun tatsächlich wie angekündigt in die Opposition geht. Oder springt sie über das Stöckchen „staatstragend„, kümmert sich mal wieder nicht um ihr Geschwätz von gestern und geht „verantwortungsvoll„ eine große Koalition mit der Union ein? Das dürfte ihr von vielen Wählern nicht verziehen werden, was gleichzeitig ein großer Schritt auf den Abgrund der Bedeutungslosigkeit hin sein wird. Von den politischen Inhalten her passen Union und SPD gut zusammen, das war ja lange Jahre deutlich genug zu sehen und zu spüren. Soll das die kämpferische Antwort auf und die deutliche Opposition gegen die AfD sein? Für dieses Umfallen wird die SPD bei den nächsten Wahlen ihre Quittung erhalten. Um dem vorzubeugen, könnte sich die alte Tante doch ruhig auf etwas Neues in der Bundesrepublik einlassen: eine Minderheitsregierung mit Duldung der SPD.

Entscheidungen zum Vorteil der Lohnabhängigen werden natürlich auch von so einer Regierung nicht zu erwarten sein.

Insgesamt stellt das Wahlergebnis eine deutliche Rechtsentwicklung dar; die Bezeichnung Rechtsruck gibt die Entwicklung, die ja schon seit längerem andauert, nicht richtig wieder. Die neoliberal geprägten Kräfte haben nicht verloren, sondern gewonnen. Spätestens nach der Agenda-Politik, der Wiedereinführung von Kriegseinsätzen als Mittel deutscher Politik und den Steuergeschenken an die Reichen durch die Schröder-Fischer Regierungen (60 Mrd. € jährlich), müssen auch SPD und Grüne zu diesen Kräften gezählt werden.

Als einzige Kraft, die dieser neoliberalen Entwicklung kritisch gegenübersteht, bleibt da nur Die Linke mit 9,2 % übrig.

Die Wahlbeteiligung ist deutlich auf 76,2 Prozent gestiegen, was ein gestiegenes politisches Interesse der Bürgerinnen und Bürger spiegelt. Der Anstieg ist nicht allein zuvor

nichtwählenden AfD-Wählern geschuldet.

Verlierer des Wahlabends sind die drei Regierungsparteien. Sie verlieren zusammen 13,8% - eine deutliche Absage an die Politik der Großen Koalition.

Die **Union** fährt das zweitschlechteste Ergebnis in der Geschichte der Republik ein. Die Gründe hierfür sind auf mehreren Ebenen zu suchen: Eine weitere Kanzlerschaft von Angela Merkel war lange Zeit unsicher. Viele in der Partei waren mit der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin nicht einverstanden. Es waren sogar Stimmen laut geworden, die eine erneute Kandidatur Merkels in Frage stellten. Erst als sie – wg. fehlender aussichtsreicher Kandidaten – alternativlos war, um den Machterhalt der Union zu sichern, schwenkten die Unionsparteien wieder auf Merkel-Kurs ein. Einen weiteren Aspekt dürfte die diffuse Kernaussage der Union »Für ein Land, in dem wir gut und gerne leben« symbolisieren: Auch in konservativen Kreisen ist nicht mehr klar, was darunter zu verstehen ist.

Wie weit die herrschende Klasse sich von den Sorgen und Nöten der Menschen entfernt hat, zeigt Merkels Aussage am Wahlabend: „Ich wüsste nicht, was wir anders machen sollten.„

Die Union verliert Sachsen an die AfD. Offensichtlich sind für viele Unionswähler die Übergänge nicht nur zur FDP, sondern auch zur AfD fließend.

Die **CSU** verliert in Bayern 10,5% und landet bei nur noch 38,8%, weit entfernt von der magischen 50%-Marke, die die absolute Mehrheit ermöglichen würde. Rechts von der CSU gewinnt die AfD 12,4%. Der CSU ist es nicht gelungen, trotz ihres strammen Rechtskurses, der von Obergrenze und „Integrations„gesetz geprägt war, die AfD kleiner zu halten. Motto: Rechts von der CSU ist nur die Wand. Die Bayern wählten dann schon lieber das Original – und nicht die Kopie. Sie gingen zum Schmied und eben nicht zum Schmiedel.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums ist der Wahlerfolg der Linken mit 6,1% im CSU-Land Bayern ein beachtliches und erfreuliches Ergebnis.

Die **SPD** erzielte ihr historisch schlechtestes Ergebnis bei Bundestagswahlen. Sie steht vor einem politischen Scherbenhaufen. Nichts machte dies deutlicher als die Ansage bereits am Wahlabend, direkt in die Opposition zu marschieren, obwohl es durchaus eine Mehrheit für die Fortsetzung der bisherigen Koalition und damit die Möglichkeit der Regierungsbeteiligung gegeben hätte. Sicher, es wäre eine Koalition der Verlierer. Gleichzeitig aber unterstreicht der erklärte Verzicht, dass es der Partei an sozialdemokratischer Politik, strategischer Orientierung und gesellschaftspolitischen Alternativen mangelt, für die es sich zu kämpfen lohnte.

Bei den Wählern hatte das Märchen von der sozialen Gerechtigkeitspartei SPD nicht verfangen. Zu tief sitzen Enttäuschung und Misstrauen. Die Leute haben die Agenda 2010 mit den Hartz IV Gesetzen nicht vergessen und schenkten den Wahlverheissungen der SPD keinen Glauben mehr, da konnte sie noch so viel Kreide gefressen haben. Schulz hatte sich nie wirklich von der Agenda distanziert, sondern nur auf den Zeitrahmen hingewiesen, der damals richtig war.

Mit der Absage an eine große Koalition hat die SPD – von ihrem Verständnis her – einen klugen Schachzug getan. Sie hat die Schuld an der neoliberalen SPD-Politik der CDU/CSU zugeschoben nach dem Motto: wir hätten ja schon gewollt, allein mit den Koalitionspartnern war das nicht möglich. Ein paar Mal hatte sie schon den Blinker nach links gesetzt und mit Mindestlohn und Rente mit 63 waren durchaus Erfolge zu verzeichnen. Andererseits war es die SPD, die das Tarifeinheitsgesetz angestoßen und durchgesetzt hatte, in „glorreicher„ Zusammenarbeit mit den Führungen von IGM, BCE und EVG. Allein deswegen sind die Verluste der SPD aus unserer Sicht gerechtfertigt.

Es ist nicht auszuschließen, dass der SPD in den nächsten Jahren das Schicksal der anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa droht – das Versinken in die Bedeutungslosigkeit.

Eine Fraktionsvorsitzende Nahles ist da wirklich keine Persönlichkeit, die es zum Besseren für die SPD wenden könnte.

Die **FDP** kehrt als Christian Lindner-Wahlverein in den Deutschen Bundestag zurück. Dieser Erfolg ist so eng mit dessen Person verbunden, dass eigentlich völlig unklar blieb, wofür die Partei steht – wir wissen: ein deutlicher neoliberaler Kurs. Ihr Erfolg dürfte auch dem Bedürfnis vieler ehemaliger CDU-Wähler geschuldet sein, eine konservative Alternative zur AfD wählen zu können.

Der Wahlerfolg zeigt auch deutlich auf, welche Macht die Medien haben. Lindner und seine FDP sind von ihnen hochgejubelt worden. Offensichtlich gibt es eine starke Identifizierung zwischen Medienmachern und den gesellschaftspolitischen und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der FDP. Sie fördert die Gutverdiener. Das hat sich offenbar in den führenden Journalistenkreisen herumgesprochen.

Die **AfD** gehört zu den eindeutigen Siegern des Wahlabends. Sie verfehlte ihr Wahlziel von 15% nur relativ knapp; ein erstaunlicher Erfolg in einer Periode der Hochkonjunktur, in denen materielle Zukunftsängste relativ gering sind. In Sachsen wurde sie stärkste Partei und erreichte drei Direktmandate, in den anderen ostdeutschen Flächenländern reichte es für Platz 2 hinter der Union.

Erstmals seit 1961 zieht mit der AfD wieder eine Partei rechts von der Union in den Bundestag ein. Denn von 1949 bis 1961 waren mit der Deutschen Partei (Fritz Thielen) und (1949 bis 1953) der Deutschen Reichs-Partei bzw. Sozialistischen Reichspartei (Adolf von Thadden) rechtsextreme, zum Teil faschistische Parteien, die die Wurzeln der späteren NPD waren, schon im Bundestag vertreten.

Die „Wählerwanderung„ macht deutlich, dass die AfD viele Nichtwähler für sich gewinnen konnte aber auch Stimmen von allen anderen Parteien erhielt, am meisten von der Union.

Es ist noch unklar, welche Rolle die völkisch-nationalistischen Kräfte in der AfD spielen werden, die auf einen Umsturz der Grundregeln des demokratischen Zusammenlebens zielen und ob diese womöglich sogar über eine Mehrheit in der Fraktion verfügen. Der Einzug der Partei stellt eine gewaltige Zäsur im parlamentarischen Politikbetrieb dar, deren Auswirkungen auf vielen Ebenen, der Parlamentsarbeit, der provokativen Inszenierungen, der medialen politischen Debattenkultur, sichtbar wird. Gaulands Jagdruf war sicherlich nur der Anfang. Der Erfolg der AfD war nicht überraschend nach den Erfolgen bei den vorausgegangenen Landtagswahlen. Er bestätigt, dass jene Wahlergebnisse kein einmaliger Protest waren. Die Linie, die die AfD ab 2015/2016 verstärkt verfolgte, alles auf Flüchtlinge und die Angst der Bürger vor Überfremdung zu fokussieren, verschaffte ihr bislang ein Alleinstellungsmerkmal, mit dem sie damals schon die anderen Parteien vor sich hertrieb.

Im Osten ist sie mit 21,2% zur zweitstärksten Partei nach der Union geworden, deutlich vor Der Linken und der SPD.

Gründe für die Wahlerfolge der AfD

Vierzehn Jahre nach Verabschiedung der Agenda 2010 wird das Land von starker Verunsicherung durchzogen. Statt tariflicher Anstellungen in klassischen Berufen gibt es befristete, prekäre Jobs; vielen Rentnerinnen und Rentnern droht die Altersarmut.

Es war die Politik von CDU, SPD, Grünen und der FDP und deren Folgen für die Gesellschaft, die das Aufkommen und Erstarken der AfD begünstigt hat.

Die Flüchtlingskrise war sicher nicht die Ursache, sondern eher der Katalysator für das Erstarken der

AfD. Die AfD-Klientel mag keine Veränderungen und Unsicherheiten. Eine „Masseneinwanderung„ von Flüchtlingen „muslimischen Glaubens„ wurde dem Volk von den Medien als maximale Veränderung und maximale Verunsicherung verkauft. In den Talkshows drehte es sich im Schnitt jede zweite Woche um das AfD-Themengebiet Islam, Terror, Flüchtlinge und Integration. Wer nach Gründen für den AfD-Erfolg sucht, darf die Talkshows der Öffentlich-Rechtlichen nicht vergessen.

Es gibt zahlreiche Motive, warum so viele Menschen die AfD gewählt haben. Natürlich gibt es die klassischen „Nazis„, für die die AfD ein Sammelbecken mit Aussicht auf Erfolg im Gefüge der parlamentarischen Demokratie ist. Doch wer die AfD darauf reduziert, macht es sich viel zu einfach. Neben den „Nazis„ und den „Protestwählern„ wurde die AfD wohl zu einem großen Teil vom konservativen bis reaktionären Bürgertum gewählt, das in der Provinz zahlreich vorhanden ist. Diese Klientel gab es schon immer und sie war auch nie wirklich weg, auch wenn man sie in den Berliner Regierungsstuben nicht wahrnehmen wollte. Früher fühlten diese Menschen sich noch durch Politiker wie Wallmann, Dregger oder Steinbach an die CDU gebunden. Der nationalkonservative Flügel der Union ist heute jedoch so gut wie bedeutungslos und hier hat die AfD wohl den eigentlichen Kern ihrer Wählerschaft gefunden. Protestwähler kommen und gehen, die „Nazis„ können schon morgen eine neue Heimat gefunden haben; der nationalkonservative Kern dürfte der AfD indes lange erhalten bleiben.

Zukunft

Wie kann es jetzt weitergehen? Ist ein Deutschland mit der AfD im Bundestag ein anderes Deutschland? Wie sich die Zukunft entwickeln wird, hängt ganz maßgeblich vom Verhalten der etablierten Parteien und der Medien ab. Wenn man künftig die AfD als „normale„ Partei behandelt und sie inhaltlich in die Pflicht nimmt, dürfte dies die Partei schon sehr schnell entzaubern. Denn die Inhalte, die sie zu den maßgeblichen Themenbereichen Soziales, Rente, Wirtschaft und Arbeit beizutragen hat, sind zum Teil gar nicht vorhanden oder sie sind arbeitnehmerfeindlich. Denn letztendlich hängt der Erfolg der AfD aber vor allem damit zusammen, sich als „Alternative„ zu verkaufen. Mangels echter Alternativen kann dies schnell scheitern.

Die **Grünen** gehen stabil aus der Wahl hervor. Sie erreichen mehr Prozentpunkte, als die Umfragen ihnen vorhersagten. Die offensichtliche Orientierung ihres Spitzenduos auf eine schwarz-grüne Koalition hat ihnen nicht geschadet, eher im Gegenteil. Sie sind die Partei eines neuen Bildungsbürgertums, polarisieren in gesellschaftlichen Debatten entsprechend und bilden in vielfacher Hinsicht, vor allem hinsichtlich der soziopolitischen Milieus, den Gegenpol zur AfD. Eine Koalition mit den Grünen wird für die CDU den Graben zu den abgewanderten AfD-Anhängern jedenfalls nicht verkleinern.

DIE LINKE bleibt stabil, sie erreicht absolut mehr Zweitstimmen als 2013 und erzielt das zweitbeste Ergebnis der Parteigeschichte. Allerdings wird sie nicht zweistellig und auch nicht stärker als die AfD. Die Linke verliert die Position der stärksten Oppositionspartei und wird es noch schwerer haben, sich gegenüber den größeren Oppositionsparteien mediales Gehör zu verschaffen. In ihrer Wählerschaft gibt es erhebliche Veränderungen. Der Rückhalt im Osten geht deutlich zurück, auf 17,1%. Hier wird die Linke bereits vielfach als Teil des Systems wahrgenommen; hausgemachte innerparteiliche Fehler und Grabenkämpfe tun ihr übriges.

Die Partei befindet sich im Umbruch. Im Westen wächst die Partei auf 7,2% der gültigen Stimmen. Das verschiebt die Kräfteverhältnisse innerhalb der Partei weiter in Richtung der westlichen Landesverbände. Auch der überdurchschnittliche Zuspruch unter jüngeren Wählerinnen und Wähler hält an. Dazu kommt auch, dass die Partei wieder einen überdurchschnittlichen Stimmenanteil unter Akademikern erreicht. Offensichtlich setzt sich für die Partei der Trend einer wachsenden Kluft zwischen den Ergebnissen in Städten und ländlichen, peripheren Regionen fort. Das dürfte daran liegen, dass die Alternativen der Linken naturgemäß an der konservativen Klientel auf dem Lande vorbeigehen.

Unter den veränderten politischen Bedingungen wird es darauf ankommen, wie es Der Linken gelingen kann, die vorhandenen strategischen und gesellschaftspolitischen Blockaden zu überwinden, um größere politische Handlungsspielräume zu erlangen. Das erfreulichste Ergebnis dieser Wahlen ist trotz allem, dass sich Die Linke im Westen nun doch etabliert hat und hier auch als eine wählbare Partei wahrgenommen wird, die auch auf eine feste Wählerbasis setzten kann.

Ausblick

Nachhaltige Lösungen für die großen gesellschaftlichen Fragen sind nicht zu erwarten. Für die Lohnabhängigen in diesem Land bedeutet das Wahlergebnis und was nun daraus gemacht wird, sicherlich nichts Gutes. Wir müssen auch in der nächsten Zeit weiterhin die Politik der Linken kritisch unterstützen, uns da, wo es unsere bescheidenen Kräfte erlauben und wo wir vor Ort sind, einmischen und weiterhin für eine Politik im Interesse der Lohnabhängigen eintreten.

„Die sozialistische oder kommunistische Linke wird mit Sicherheit nicht an Gewicht gewinnen, wenn sie der Versuchung erliegen sollte, die AfD in den Mittelpunkt ihres politischen Kampfes zu stellen oder sie totzuschimpfen. Wir müssen dort wirken, wo Menschen bereit sind, sich für gesellschaftliche Anliegen zu engagieren und gegebenenfalls dort in Konkurrenz zu rechten Organisationen treten. Die Bewährungsprobe für uns wird kommen, wenn die nächsten Wirtschaftskrisen hereinbrechen, die im Kapitalismus wohl nicht vorhersagbar aber unvermeidlich sind. Dann wird sich auch zeigen, ob die Wählerschaft von Linkspartei und SPD über die Stimmabgabe bei Wahlen auch bereit ist, ihre Interessen tatkräftig zu verteidigen.„

(von einem Genossen der Arpo)

Von der Räterevolution zum antifaschistischen Widerstand

Kommunist*innen in der oberbayerischen Marktgemeinde Dorfen

Eine eher beschauliche Ansiedlung, nicht mehr Dorf und noch nicht Kleinstadt, also eine Marktgemeinde mit weniger als dreitausend Einwohnern, weitab von großstädtischer Hektik und Umtriebigkeit, das war Dorfen zu Beginn des 20. Jahrhunderts. 60 Kilometer östlich von München, heute keine Entfernung mehr, damals für die Landbevölkerung oft kaum in Reichweite. Aber immerhin hatte Dorfen einen Bahnhof und damit eine Anbindung an die Welt außerhalb. Informationen bekam die Bevölkerung über die vierseitige Dorfener Zeitung, zugleich Amtsblatt und Parteizeitung. Sie erschien um die Jahrhundertwende nicht täglich. Man unterhielt die Bevölkerung, die noch nicht mit Rundfunk und Fernsehen verwöhnt war, mit einer halbseitigen Ansammlung von Kuriositäten aus aller Welt, auch mit dem Abdruck von Witzen, wobei die meisten davon Judenwitze waren, tiefsitzende antisemitische Vorurteile bedienend und diese verstärkend. Wenn man heute in Dorfen von offizieller Seite auf besondere Ereignisse in der Vergangenheit mit einem gewissen Stolz blickt, geht's zumeist um den sog. Dorfener Bierkrieg. 1910 sollte der Bierpreis um zwei Pfennige angehoben werden. Diese Ungeheuerlichkeit veranlasste empörte Bürger in Dorfen, ein paar Wirtshäuser in Schutt und Asche zu legen. Seit 1995 wurden drei Festspiele zu Ehren dieses sog. Bierkriegs mit jeweils um die 30 000 Besuchern aufgeführt. Der Beginn des 1. Weltkriegs war wie auch anderswo als großes Spektakel betrachtet worden, doch das bittere Ende hinterließ auch in Dorfen Spuren, nicht zuletzt auf dem Friedhof. Über ein Ereignis wurde und wird in Dorfen kaum gesprochen. Es hat unmittelbar mit dem Ende des ersten großen Krieges der Neuzeit zu tun.

Dorfen und die Räterevolution.

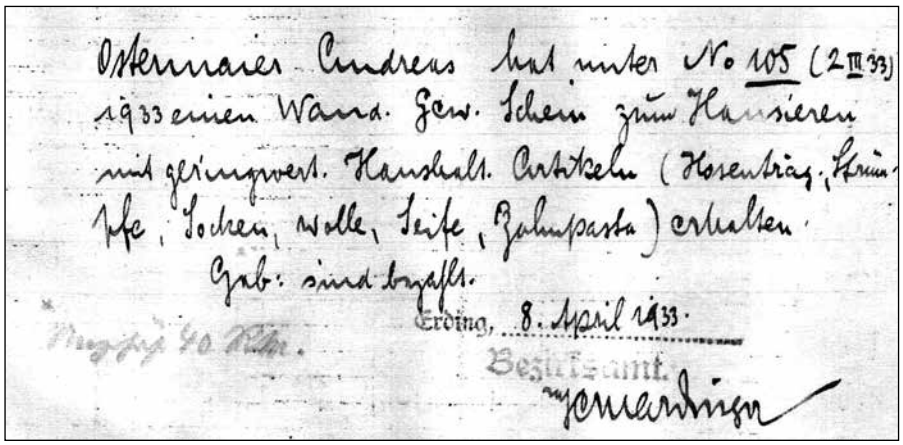
Im April 1919 hatte nämlich die Gendarmerie Dorfen auf einen Anruf von Mühldorf hin russische Kriegsgefangene verhaftet, die mit der Eisenbahn in Richtung München unterwegs waren, um dort die Revolution zu unterstützen. Als Reaktion darauf schickte die Räteregierung ein bewaffnetes Kommando nach Dorfen. Laut einem Bericht der Regierung von Oberbayern an das Innenministerium vom 20.6.1919 ereignete sich dann folgendes:

„In Dorfen kamen am 24. April [1919] nachts um 1 Uhr mit Extrazug gegen 100 Mann der Roten Armee an, besetzten den Bahnhof und das Postamt, entwaffneten die Gendarmerie und den Polizeiwachtmeister Kargl, entließen die im Gefängnis inhaftierten Gefangenen und nahmen auch dem Gefängniswärter … die Waffen ab. Um drei Uhr morgens begaben sie sich zur Redaktion der Dorfener-Zeitung, ließen mehere Flugblätter mit der Überschrift „Arbeiter, Bauern erwacht„ drucken und sie an die Bevölkerung in Dorfen und Umgebung verteilen. Am gleichen Tage morgens um 7 Uhr veranstalteten sie auf dem Marktplatz von Dorfen eine öffentliche Versammlung, bei welcher der Vollzugsrat der Räteregierung München für Dorfen eine Arbeiterwehr gründete, der sich der größte Teil der Arbeiterschaft anschloß. Es wurde ein prov. Volksrat gewählt, welcher einstimmig den Anschluß der Gemeinde Dorfen an die Räteregierung München erklärte. Der bisherige Bürgermeister Wilm wurde seines Amtes enthoben; zum stellv. Bürgermeister wurde der Badereibesitzer Anton Stapfner von Dorfen ernannt. Weiter wurde der Sparkassenverwalter Günther sowie die Gendarmerie und Polizeiwachtmeister Kargl mit sofortiger Wirksamkeit ihres Amtes enthoben. Die Versammlung bestellte ein Revolutionstribunal und ernannte als Vorsitzenden den Amtsgerichtsrat Frech.„ Der Maurer und Händler Franz Nohr wurde zum Ortskommandanten ernannt. Mitglieder der Roten Armee nahmen die vier Gendarmen fest. Sie wurden in München vor das Revolutionstribunal im Justizpalast gestellt und dort freigesprochen. „Am 30. April vormittags um 5 Uhr zogen Regierungstruppen ein und machten der Herrschaft der Roten Garde ein Ende.„

Ein Chronist des Dorfener Historischen Arbeitskreises kommentierte das Ende dieser Episode: „Von den Spartakisten ist noch zu berichten, dass sie auf diese Schüsse hin ihre Waffen und Armbinden weg warfen und nach Hause gingen. Sie wurden zu relativ milden Gefängnisstrafen verurteilt und diese kommunistische Episode in der Geschichte Dorfens war bald vergessen. Nur die Frau der Herausgebers der Dorfener Zeitung, Frau Zauner, hatte sich bei der Besetzung der Druckerei so aufgeregt, dass sie sich ein unheilbares Nervenleiden zuzog und zehn Jahre nach den turbulenten Tagen errichteten Dorfener Bürger an der Stelle, an der die letzte Granate eingeschlagen hatte, ein kleines Denkmal zur Erinnerung.„ Anzumerken wäre noch, dass es nicht einfach nur Bürger waren, denen die Angst in die Knochen gefahren war, sondern einflussreiche Geschäftsleute, deren Nachkommen auch heute noch in Dorfen über das große Geld verfügen und entsprechenden Einfluss ausüben.

Die KPD in der kleinen Marktgemeinde vor 33

Dass sich in den 20er Jahren sogar in Dorfen eine kommunistische Ortsgruppe entwickeln konnte, dürfte nicht zuletzt mit der Ziegelei Meindl zusammenhängen. Im 19. Jahrhundert waren im Münchner Osten zeitweise über 100 Ziegeleien in



Ostermaier Andreas hat unter Nr. 105 (2.III.33) 1933 einen Wand. Gew. Schein zum Hausieren mit geringwert. Haushalt. Artikeln (Hosenträg., Strümpfe, Socken, Wolle, Seife, Zahnpasta) erhalten. Gab: sind bezahlt.

Erding, 8. April 1933.

Bezirksamt.

Hausierer-Gewerbeschein von Andreas Ostermeier

Volkspartei) war in diesen Jahren die politisch dominierende Kraft in Dorfen. Dr. Hundhammer wurde nach dem II. Weltkrieg Kultusminister in Bayern. Der Redakteur J.M. Bauer war bis 33 als BVP-Mann ein Gegner der Nazis, trat nach einer Bewährungspause 1937 in die NSDAP ein und wurde zu einem gefeierten Blut und Boden Schriftsteller.

Die zweite erwähnte Aktion fand am 18.Februar 1933 statt und wird im Protokoll wie folgt beschrieben:

Betrieb. Dadurch kamen Bauern, die auf ihrem Grund und Boden Lehm („Loam„) hatten, zu Wohlstand. Sie wurden Loambarone genannt. Die Arbeit in der Ziegelei war schwer und gefährlich, Arbeitsunfälle gab's immer wieder. Außerdem fanden die Arbeiter und Arbeiterinnen nur saisonal eine Beschäftigung, d.h. nur den Sommer über. Schon damals waren viele ausländische, vor allem italienische Arbeitskräfte in den Ziegeleien. In der Dorfener Ziegelei Meindl waren Andreas Ostermeier und seine Frau Maria beschäftigt. Der Vater von Andreas war Maurer. Er schickte seinen Sohn nach der Schule zu einem Bauern. Als er das erforderliche Alter für die schwere Arbeit hatte, wechselte er zum Meindl. Die beiden Ostermeiers wurden Mitglieder der KPD, Andreas dann auch Vorsitzender der Ortsgruppe. Die meisten Mitglieder und Sympathisanten der KPD in Dorfen dürften in diesen Jahren als Hilfsarbeiter in der Ziegelei Meindl beschäftigt gewesen sein. Genau wissen wir es noch nicht. Maria Ostermeier war vier Sommer in der Ziegelei und dürfte wegen ihrer KPD-Mitgliedschaft nicht wieder eingestellt worden sein. Andreas verlor mit 18 Jahren an der Presse seinen rechten Unterarm und musste sich später seinen Lebensunterhalt als Hausierer verdienen.

Für die Zeit der zwanziger Jahre liegen uns über Aktivitäten der KPD in Dorfen kaum Unterlagen vor. In einem Bericht über KPD-Gruppen in Südbayern von 1921 wird Dorfen nicht erwähnt. Es blieb der NSDAP-Ortsgruppe vorbehalten, Aktionen Anfang der 30er Jahre , an denen die KPD beteiligt war, der Nachwelt zu überliefern. So berichtete Alfons

Dass die KPD darauf aus war, uns nicht nur ideel, sondern auch materiell zu schädigen, zeigt folgendes Bubenstück: Am 18.Februar 1933 stellte die Ortsgruppe auf dem Grundstück eines Pg. einen 11 m hohen Fahnenmast mit Hoheitszeichen auf. Bereits in der Nacht vom 19.zum 20.Febr.33 Früh 1/2 3 Uhr wurde derselbe von 5 Moskau-Jünglingen nach Anweisung ihres örtlichen Führers abgeschnitten und das Hoheitsabzeichen gestohlen. Ein hinzukommender Pg. der ihrem Tun Einhalt gebieten wollte, wurde bedroht; jedoch erkannte er 3 der Täter. Auf erfolgte Anzeige hin, konnte der mit der Aufklärung des Falles betraute Gend. Wachtmeister Nesselthaler – der übrigens der einzige nationalsozialistisch gesinnte Gendarmeriebeamte Dorfens ist– alsbald auch die übrigen Beteiligten feststellen. Am 22.Februar 1932 wurde durch ihn auch das Hoheitsabzeichen, welches an einer Leine in der Isen versenkt war, wieder beigebracht. 8 bis 14 Tage Gefängnis war für jeden der Lohn für diese Heldentat.

Auszug aus dem Protokoll der NSDAP

Wilm, seines Zeichens Stützpunktleiter der Dorfener NSDAP, in einem Protokoll entrüstet über zwei Aktionen, die noch vor der Machtübergabe an die Nazis in Dorfen stattfanden:

„Als einzige für uns ungünstig verlaufene Versammlung ist die am 10. März 1932 im Jakobmayer-Saal in Dorfen abgehaltene zu erwähnen. Während der als Redner verpflichtete Pg. Sturm wegen Krankheit nicht erscheinen konnte, war dessen Ersatz dem Diskussionsredner der BVP Dr. Hundhammer nicht gewachsen. Als die Anhänger der BVP und KPD in einträchtiger Zusammenarbeit eine geordnete Weiterführung der Versammlung unmöglich machten, schloss unser Versammlungsleiter dieselbe. Dies war das Signal für die BVP um im gleichen Atemzuge durch den Redakteur der Dorfener Zeitung Josef Martin Bauer eine BVP (Versammlung) zu eröffnen.„

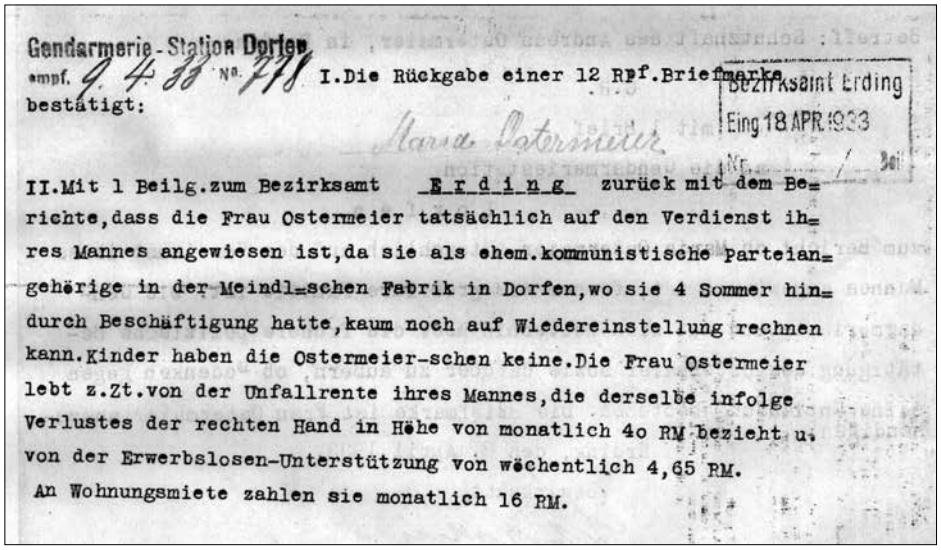
Zu diesem vom NSDAP-Protokollanten geschilderten Vorfall ist zu ergänzen: Die BVP (Bayerische

Die Ostermeiers im Visier der Nazis: „Schutzhaft„ , Postzensur, Überwachung

Am 11.März 33 wurde von der Gendarmeriestation Dorfen an das Bezirksamt Erding gemeldet, „dass der hiesige Ortsgruppenführer der Kommunistischen Partei, der verh(eiratete) Hausierer Andreas Ostermeier von Dorfen heute abends 6 Uhr dahier festgenommen und um 6,45 Uhr in das Amtsgerichtsgefängnis Dorfen eingeliefert wurde.„ Und weiter wurde in dem Bericht ausgeführt: „Im Verlaufe des heutigen Tages wurde noch bei einer Reihe von Kommunistenanhängern dahier Haussuchungen vorgenommen, bei denen jedoch nur ein Gummiknüppel vorgefunden wurde. Dieser wurde weggenommen und wird auf hies. Station verwahrt.„

Noch am selben Tag wurde das Postamt Dorfen angewiesen „die für den Hausierer Andreas Ostermeier

in Dorfen eingehende Post bis auf Weiters„ zu beschlagnahmen und der dortigen Gendarmeriestation auf Ersuchen auszuhändigen. Bei dieser Maßnahme berief man sich auf die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 29.2.1933. Diese Verordnung wird auch als Reichstagsbrandverordnung bezeichnet. Hindenburg hatte damit wesentliche Rechte eingeschränkt und den Nazis u.a. Eingriffe in das Brief- und Postgeheimnis ermöglicht.



Gendarmerie-Station Dorfen
empf. 9.4.33 No. 718 I.Die Rückgabe einer 12 Rpf.Briefmarke
bestätigt:

Bezirksamt Erding
Eing 18 APR 1933
Nr. / Bei

Maria Ostermeier

II.Mit 1 Beilg.zum Bezirksamt E r d i n g zurück mit dem Berichte,dass die Frau Ostermeier tatsächlich auf den Verdienst ihres Mannes angewiesen ist,da sie als ehem.kommunistische Parteiangehörige in der Meindl=schen Fabrik in Dorfen,wo sie 4 Sommer hindurch Beschäftigung hatte,kaum noch auf Wiedereinstellung rechnen kann.Kinder haben die Ostermeier-schen keine.Die Frau Ostermeier lebt z.Zt.von der Unfallrente ihres Mannes,die derselbe infolge Verlustes der rechten Hand in Höhe von monatlich 4o RM bezieht u. von der Erwerbslosen-Unterstützung von wöchentlich 4,65 RM.
An Wohnungsmiete zahlen sie monatlich 16 RM.

Wie gings in Dorfen mit der Bekämpfung der kommunistischen Gefahr weiter? Die findigen Beamten vom Dorfener Postamt stellten fest, dass nunmehr vermehrt Post an die Ehefrau des Ostermeier adressiert ist. Und so „bittet„ (man beachte die Wortwahl) das Amt, „die Beschlagnahme auch dieses Posteinlaufs zu veranlassen„, was wiederum das Erdinger Bezirksamt umgehend mit der entsprechenden Weisung veranlasste.

Am 7. April wandte sich Maria Ostermeier an das Bezirksamt in Erding mit der Bitte um eine Besuchserlaubnis und um Auskunft, wie lange ihr Mann noch in Haft sei. Sie verwies auf ihre desolate finanzielle Situation und gab zu bedenken, „dass mein Mann als kein gefährlicher Kommunist bekannt war„. Was nun folgte, ist auch insofern interessant, weil es zeigt, dass man in bestimmten staatlichen Bereichen noch bemüht war, formale rechtstaatliche Abläufe einzuhalten, während in den Folgejahren die Willkür immer mehr überhandnahm. Das Bezirksamt Erding fragte umgehend bei der Gendarmeriestation Erding nach, wie es um die finanzielle Lage der Ostermeiers bestellt sei, wie groß die Familie sei und ob Bedenken gegen eine Entlassung aus der Haft bestünden. Außerdem wurde angeordnet, der Frau Ostermeier die 12 Rpf-Briefmarke auszuhändigen. Die Antwort von Gendarm Brennauer fiel wohlwollend aus: „Ostermeier hat wohl eifrig für die kommunistischen Ziele geworben besitzt auch die geistigen Fähigkeiten dazu und ist einigemal in hiesigen Versammlungen als Diskussionsredner aufgetreten. Die Gendarmerie hat er aber stets respektiert und hat ihr bei politischen Anlässen auch nie Schwierigkeiten bereitet. Ich glaube auch annehmen zu dürfen, dass er nun durch die bereits 5 Wochen dauernde Schutzhaft eines Besseren belehrt ist, zumal er bei ev. Entlassung die politischen Verhältnisse ganz anders finden wird, als sie vordem waren. Nach diesseitiger Auffassung könnte daher wohl die Aufhebung der Schutzhaft in Erwägung gezogen werden.„

In einem Schreiben des Bezirksamts an den Politischen Polizeikommandeur Bayerns - wenige Tage später - wurde die Entlassung befürwortet mit der Begründung, Ostermeiers sonstiges Verhalten sei stets einwandfrei gewesen. Das „stets„ ist per Hand durchgestrichen. Ergänzend heißt es: „Das Bezirksamt wird im Fall der Entlassung anordnen, dass sich der Hausierer Ostermeier jeden Sonntag Vormittag bei der Gendarmeriestation Dorfen meldet.„ Am 26. April wurde der Schutzhaftbefehl durch die Bayerische Politische Polizei aufgehoben. Etwas befremdlich in dem Bescheid liest sich ein Passus, der besagt, dass Ostermeier „freiwillig in Schutzhaft zurückkehren darf, wenn er glaubt, sich nicht mehr schützen zu können.„ Am 28. April durfte Ostermeier das Gefängnis verlassen.

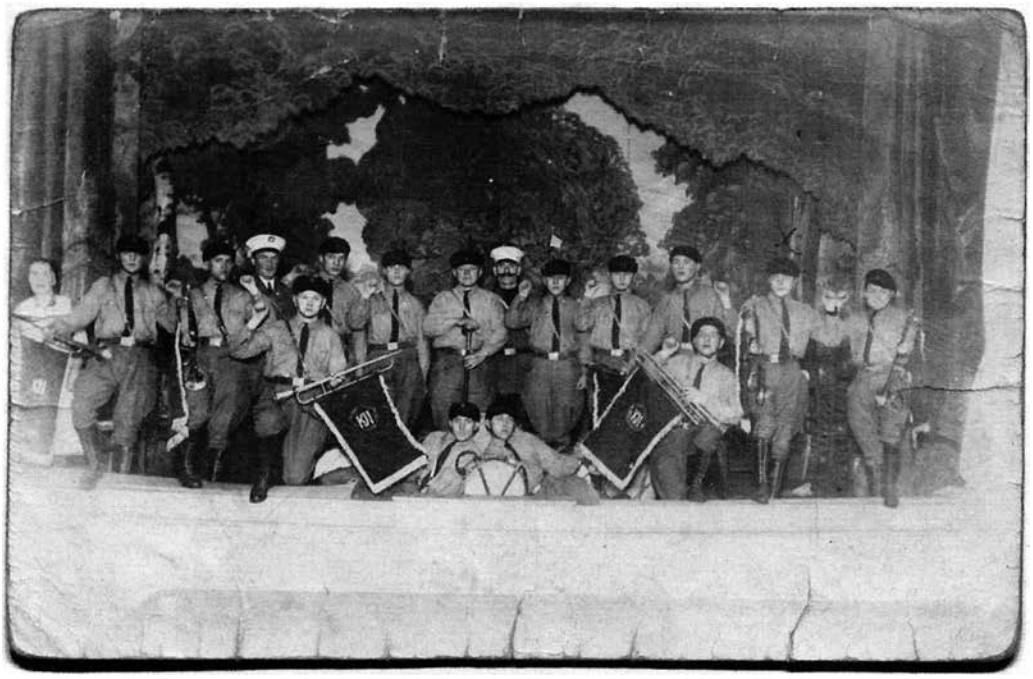
Weitere Überwachung von 1934 bis 37

Der ehemalige KPD Vorsitzende war nun frei, wurde aber in den folgenden Jahren penibel überwacht. Er war aufgrund seiner beruflichen Tätigkeit viel unterwegs und konnte seine früheren Kontakte unauffällig weiterpflegen. Das vermuteten auch seine Überwacher. Im Dezember 1934 meldete die Gendarmeriestation Velden an das Bezirksamt Vilsbiburg, „dass er in fast regelmäßigen Abständen von 4 bis 6 Wochen nach Velden a./V. gekommen ist. Dabei hat sich Ostermeier jeweils bei dem Rentner und Zimmermann Franz Ehm von Velden aufgehalten und ist bei ihm auch übernachtet. Ehm war früher Leiter der Ortsgruppe Velden der KPD.„ Da war es naheliegend, den Verdächtigen abzupassen und auf der Gendarmeriestation eine Leibesvisitation vorzunehmen. Zur Enttäuschung der Beamten wurde außer einem Postkartenbild (s.Abb.) und der üblichen Hausiererware nichts gefunden.

Im ausführlichen Protokoll heißt es: „Ostermeier leugnet, dass er aus politischen Gründen den Ehm aufsuchte oder deshalb bei ihm übernachtete.„ Außer der wenig ergiebigen Karte, die er den Gendarmen freiwillig überließ, war die Durchsuchung ein Flop.

Im Januar 1935 wurde wieder einmal eine Stellungnahme von der Dorfener Gendarmerie angefordert. Der zuständige Stationschef Brennauer musste passen und feststellen, „dass sich Ostermeier seit der Schutzhaftentlassung ganz einwandfrei verhalten hat„. Er regte sogar die Aufhebung der Postsperre an. Im Februar nahm die Reichspostdirektion Landshut die Beschlagnahmeanordnung der Postsendungen zurück. Die Posteingänge wurden aber insgeheim weiter kontrolliert. Im März meldete die Dorfener Gendarmeriestation an das Bezirksamt Erding, dass Oster-

meiers Verhalten „nicht den geringsten Verdacht staatsfeindlicher Betätigung aufkommen ließ„. Mehrere, fast wortgleiche Berichte wurden bis Ende 36 verfasst und nach Erding weitergemeldet. Aufschlussreich ist ein Bericht vom Juli 37. Darin heißt es u.a.: „Er verkehrt zwar gesellschaftlich mit Gesinnungsgenossen, trinkt aber wenig Bier und kommt daher auch nicht in politische Verwicklungen. Eine Umstellung zum Nationalsozialismus ist aber bei ihm nicht zu erkennen.„ Gendarm Brennauer scheint kein Scharfmacher gewesen zu sein und bemühte sich, dem Ostermeier nicht allzu sehr zu schaden. Im November 37 bestätigte er, sein Gesamtverhalten lasse jedenfalls keine staatsfeindliche Betätigung vermuten. Auch für April 38 liegt eine fast wortgleiche Erklärung vor. Was das Verhalten der damaligen Dorfener Gendarmen betrifft, schreibt ein Dorfener Chronist im Dorfener Heimatbuch: „Denunziation und die Verfolgung politisch Andersdenkender waren damals an der Tagesordnung. Aus Dorfen ist aber nicht bekannt, dass hiesige Polizeibeamte sich dabei besonders unrühmlich hervorgetan hätten. Da die Polizisten Beamte waren und mit der Entfernung aus dem Dienst bedroht wurden, wenn sie nicht der NSDAP beitraten, waren alle Polizeibeamte nach dem Ende des Krieges politisch belastet. „ Was den Umgang mit Ostermeier betrifft, scheint die Einschätzung des Chronisten zuzutreffen. Die Behauptung, Beamte hätten damals der Partei mehr oder weniger beitreten müssen, wird zwar häufig kolportiert, wird aber dadurch nicht richtiger. Genau das Gegenteil ist der Fall. Da nach der Machtübergabe an die Nazis die NSDAP geradezu von Beamten überschwemmt wurde, sah sich die Partei gezwungen, für mehrere Jahre eine Aufnahmesperre zu erlassen.



Konfiszierte Postkarte (Kommunistische Jugendinternationale)

Bürgermeister von Dorfen war seit 1933 der Schreinereibesitzer Georg Erhard. Seit 1. Mai Mitglied der NSDAP, seit 1934 Mitglied der SA-Reserve ,durfte er 1936 auch noch (natürlich sehr widerwillig) die Funktion des Ortsgruppenleiters der NSDAP übernehmen, da sein Vorgänger in dieser Funktion zu lasch gewesen sein soll. War nun Erhard ein überzeugter Nationalsozialist? Lassen wir ihn diese Frage selber beantworten. Am 6. April 1938 anlässlich der Schulschlussfeier in Dorfen gab der Bürgermeister den Entlassschüler*innen folgenden Rat auf den weiteren Weg:„Ihr deutschen Buben und Mädel, nehmt euch Adolf Hitler als Vorbild, den Mann der Tat, dann braucht uns (um) die Zukunft des Deutschen Volkes nicht bange sein.„ Am 3. Mai 45 wurde Bürgermeister und NSDAP-Ortsgruppenleiter Erhard im Rathaus verhaftet und für 28 Monate in verschiedene Internierungslager gebracht. Zuerst nach Hersbruck bei Nürnberg, dann nach Dachau und schließlich nach Moosburg. Im Entnazifizierungsverfahren kam die Spruchkammer Erding zu der Einschätzung, Erhard „war ein überzeugter Anhänger des Systems„. Andererseits war Erhard in Dorfen so beliebt, dass er bei der Bürgermeisterwahl im Juli 1949, obwohl er nicht kandidiert hatte, die meisten Stimmen bekam. Er musste jedoch die Übernahme des Amtes ablehnen, da die Entnazifizierung noch nicht abgeschlossen war.

Erst bei den Gemeinderatswahlen im März 1952 konnte er antreten, und Dorfen hatte wieder den Bürgermeister, den sich die Bürger*innen in der Mehrheit gewünscht hatten.

Zurück aber in die dreißiger Jahre. Mitte 1937 meldete Erhard, diesmal nicht in seiner Funktion als Bürgermeister, sondern als Ortgruppenleiter der NSDAP an die Kreisleitung in Erding Vollzug „Betreff: Kartei der Staatsfeine: In der Anlage bringe ich die Bogen mit den Personalien der als offenkundige Staatsfeinde geltenden Personen der (KPD) Ortsgruppe Dorfen in Vorlage.„ Acht Personen werden gemeldet. Nummer eins ist Ostermeier Andreas, Händler „ehemaliger Vorsitzender der KPD. in Dorfen„. Nummer zwei ist Hübler Franz, Hilfsarbeiter, „(Hübler hat sich sehr rührig in der KPD. betätigt und befand sich in Dachau)„. Platz drei nimmt Daller Thomas ein, auch Hilfsarbeiter „(Befindet sich in Dachau in Schutzhaft)„. Auf Platz vier ist der Schuhmacher Andreas Dörr „(befindet sich wegen Zeitungs- u. Flugblätterverteilung heute noch in Dachau)„. Nummer fünf ist der Handelsmann Max Schmid „(war wegen politischer Äußerungen in Dachau) „. Bei der Nummer sechs, Hermann Neubauer, fehlt eine Berufsbezeichnung „(ehem. Mitglied der KPD., befand sich in Schutzhaft.„ Nummer sieben ist der Hilfsarbeiter Georg Samberger „(ehem. eifriger KPD. Anhänger)„ Als letzter ist aufgeführt Josef Hübler, Schirmmacher „(ehem. eifriger KPD-Anhänger)„.

Auf einer Liste, die im Februar 1946 vom damaligen Bürgermeister Wilm als Kopie bestätigt worden ist, erscheinen deutlich mehr Namen als auf der von 1937. Ob diese Liste noch in der Nazizeit erstellt worden ist oder doch erst 1946, ist unklar. Jedenfalls wurden unter der Rubrik K.P.D. 26 Personen aufgeführt. Zusätzlich unter „Rote Hilfe„ weitere sechs. Bei dem KPD- Mitglied Dörr Andreas ist folgende Erläuterung angefügt: „...wurde am 25. September 1936 zu München Oberlandesgericht wegen Vorbereitung z. Hochverrat zu 1 Jahr und 2 Monaten Gefängnis verurteilt. 1 Jahr hat er bereits in Untersuchung verbüßt. – Entlassen wurde Dörr am 24.Dezember 38 nach 3 Jahren und 3 Monaten.„ Er wurde in die Wehrmacht eingezogen und überlebte den Krieg nicht.

Es existiert noch eine „Liste aller Personen, die als Antinazi angesehen werden können„. Sie ist unterschrieben vom Bürgermeister Hornstein, der von der Besatzungsmacht im Juni 45 eingesetzt worden ist. Auf dieser Liste mit 19 Namen erscheinen nur noch drei Namen aus den vorherigen Listen, darunter der von Andreas Ostermeier. Schließlich sind in der Entnazifizierungsakte des ehem. Nazibürgermeisters noch eine Liste vorhanden, die mit „Sympathiemitgl. f. KPD.„ überschrieben ist und 30 Personen verzeichnet. Diese Liste ist ohne Datum und könnte bereits 1933 von der Gestapo erstellt worden sein. Auf dieser Liste befindet sich eine Person, über die ein Akt von 1934 vorliegt. Es handelt sich um Josef Harreiner, der als Fabrikarbeiter bezeichnet wird und vermutlich in der Ziegelei Meindl gearbeitet hat, wo er in Kontakt mit Andreas Ostermeier gekommen ist. Harreiner wurde Opfer einer Denunziation. In einem ausführlichen Protokoll, angefertigt von Oberwachtmeister Nesselthaler, NSDAP-Mitglied schon vor 33, wird der Anlass wie folgt geschildert: „Der ledige Metzgergehilfe und SA.-Mann Matthias Üppisch, wohnhaft und bedienstet bei dem Metzgermeister Xaver Albrecht in Dorfen, machte folgende Mitteilung: Am Samstag, den 3.3.34 gegen 23 Uhr seien er und der verheiratete Ladeschaffner Köller, wohnhaft in Dorfen, vor dem Eingang der Strasserschen Gastwirtschaft in Dorfen gestanden und haben sich über Geschäftliches unterhalten. Während dieser Zeit seien die ehemaligen KPD-Genossen bzw. Anhänger dieser Partei Josef Harreiner, Eduard Haas, Jakob Lutz, Anton Mayer und Johann Weber auf die Strassersche Gastwirtschaft zugekommen. Nach seiner Ansicht seien sie vorher in der Wiedlschen Gastwirtschaft gewesen. Vor der Strasserschen Gastwirtschaft seien sie stehen geblieben. Er und Koller haben sich weiter unterhalten und sich nicht stören lassen. Harreiner hat dann die Türe zur Gastwirtschaft aufgemacht und in das Gastlokal geschaut. Währenddessen habe Haas zu Harreiner gesagt: „Heut glangts, gehn wir heim, wir können das Bier morgen trinken da schmeckts uns besser.„ Auf dies hin äußerte Harreiner: „Hast recht, die sollen uns am Arsch lecken die Hitlerbande dadrin. „ Mayer, der etwas abseits gestanden sei und sie gesehen habe, hat dem Harreiner durch „bst bst„-Zeichen gegeben, dass er nichts mehr sagen solle. Daraufhin sei Harreiner ruhig gewesen. Die KPD-Genossen seien dann gleich fortgegangen. Er nehme an, dass in der Wirtschaft SA-Leute bzw. Parteigenossen gewesen seien. Außerdem halten sich in der Strasserschen Wirtschaft sehr oft SA-Leute auf, weil auch der Sohn der Wirtschaftspächterin SA-Mann sei. Bemerkt wird, dass Harreiner, der früher zweifellos Anhänger der KPD war und seinem Verhalten nach heute noch Gegner der jetzigen Regierung ist, schon mehrmals mit den Strafgesetzen in Konflikt gekommen ist.„ Nesselthaler merkte noch an, man habe Harreiner nicht mit diesen Vorwürfen konfrontiert, da man befürchtete, er würde sich seiner eventuellen Strafe durch Flucht entziehen. Wenige Tage später wurde Harreiner nach einem bezirksamtlichen telefonischen Auftrag in Schutzhaft genommen. Begründung: „Es konnte ihm nachgewiesen werden, dass er Angehörige nationaler Verbände als „Hitler-Bande„ bezeichnet hat.„

Kundgebung in Dorfen,links Betriebsgruppe Ziegelei Meindl der DAF (Deutsche Arbeitsfront)

Der Vorgang wurde wie immer über das Bezirksamt Erding an die Bayerische Politische Polizei in München weitergeleitet. Diese reagierte eher ungehalten. Vermutlich war die Behörde überfordert durch die große Zahl von derartigen Denunziationen. Man wies das Bezirksamt umgehend darauf hin, dass Schutzhaft nur noch verhängt werden dürfe, „wenn die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder der persönlichen Sicherheit einer Person ernstlich zu befürchten ist„. Und weiter wird in dem Schreiben ausgeführt: „Keinesfalls darf Schutzhaft verhängt werden an Stelle einer gerichtlichen oder polizeilichen Strafe oder an Stelle der Einleitung eines Strafverfahrens.„ In diesen Jahren war die untere Polizeibehörde mit einer Menge von Wirtshausdenunziationen, verbunden mit erheblichem Alkoholkonsum, beschäftigt, die zumeist ergebnislos im Sande verliefen, da sich die Denun-

zianten in nüchternem Zustand oftmals an Details nicht mehr erinnern konnten oder wollten. In der Sache Harreiner konnte der Ermittlungsrichter des Amtsgerichts Dorfen bereits am Tag darauf dem Erdinger Bezirksamt mitteilen: „Hinsichtlich der Straftat des Harreiner - der im Amtsgericht Dorfen sich in Schutzhaft befindet, erscheinen dem Gerichte die Voraussetzungen zum Erlasse eines richterlichen Haftbefehls nicht gegeben, vorbehaltlich der Beibringung weiterer Anhaltspunkte. Die Straftat des Harreiner stellt sich als ein Verbrechen nicht dar.„ Auch eine Fluchtgefahr konnte der Ermittlungsrichter nicht erkennen. Schließlich sah sich die Staatsanwaltschaft München II veranlasst, das Strafverfahren einzustellen. Der Hauptzeuge war gerade nicht greifbar, und ein weiterer Zeuge, der Sohn der Wirtshauspächterin, selber SA-Mann, wollte nichts gehört haben und keinen Strafantrag wegen Beleidigung stellen. Der Delinquent , der etwa zwei Wochen in Schutzhaft war, musste entlassen werden.

Ostermeier nach Ende des Krieges

Was den Ostermeier Andreas betrifft, hatte seine körperliche Beeinträchtigung einen Vorteil. Er konnte nicht zur Wehrmacht eingezogen werden wie andere aus der Dorfener KPD, von denen mehrere den Krieg nicht überlebte. Ostermeier betätigte sich nach Kriegsende in einem kommunalen politischen Ausschuss, der Informationen in Sachen Entnazifizierung weiterleitete. So liegt eine von ihm verfasste eidesstattliche Erklärung vor, mit der er die Reinwaschung des Dorfener Lehrers und NS-Aktivisten Poschner zurechtrückte: Herr Poschner „war als Schulkraft einer der eifrigsten Verbreiter und Künder der Naziideologie, indem er seine Schuljugend stets von der Unfehlbarkeit während des Unterrichtes überzeugte. Kinder von Anti-Faschisten waren ihm ein besonderer Dorn im Auge. Bei ihm galt in der Öffentlich(keit) ausschließlich der Gruß mit Heil Hitler„. Schon Ende der 40er /Anfang der50 er Jahre hatten in Dorfen Antifaschisten kaum noch etwas zu melden. Die alte Naziriege war- manchmal mit etwas Verzögerung -wiederwieder präsent. Antikommunismus war wie ehedem unter dem Nazifaschismus erneut Staatsdoktrin.Im Juni 1966 meldete die Dorfener Zeitung: „Auf dem Dorfener Friedhof wurde der 63jährige Händler Andreas Ostermeier, dieser das Lokal verlassen wollte, eilte ihm K.(reitmayer) nach und stach ihn zunächst in den Rücken, dann in der weiteren Folge in den Bauch und in den Oberschenkel, worauf Ostermeier kurze Zeit später verstarb.„

Damit endete ein Kapitel des Wi-

24. Juni 1966

DORFEN

Bluttat im Wirtshaus

Dorfen. Zu einem blutigen Drama kam es am Mittwoch gegen 17 Uhr in einer Dorfener Gastwirtschaft. Der 63jährige Händler Andreas Ostermeier wurde im Verlauf einer tätlichen Auseinandersetzung mit einem langen Küchenmesser von Matthias Kreitmayer erstochen. Die aufgebrachten Gäste konnten den Messerstecher, der anschließend zu entkommen versuchte, nur mit Mühe in Schach halten, bis die Polizei am Tatort erschien. Ostermeier schleppte sich noch in die Küche der Gastwirtschaft, wo er kurz darauf verstarb. Matthias Kreitmeyer wurde festgenommen und tags darauf in das Amtsgerichtsgefängnis Erding eingeliefert. Wie gestern der „Anzeiger" von der Kriminalaußenstelle München telefonisch erfuhr, bestand zwischen den beiden Männern seit mehreren Jahren eine Feindschaft, deren Auswirkungen nach Ansicht der Kripo das Tatmotiv völlig erfüllen. Gegen den Messerstecher wurde nach richterlicher Einvernahme vorläufig Haftbefehl erlassen.

der, wie berichtet,..einer schrecklichen Bluttat des 70jährigen Matthias Kreitmayer aus Dorfen zum Opfer gefallen war, zur letzten Ruhe gebettet. Die Bevölkerung war dieser Tage erschüttert von dieser hinterhältigen Wahnsinnstat, und so gab eine große Trauergemeinde dem beliebten und rechtschaffenen Mitbürger das letzte Geleit.„ Beim anschließenden Prozess in München, wurde der Mordablauf wie folgt geschildert:„In der Gastwirtschaft angelangt, benahm er sich wie eine Bestie und beschimpfte den zeitungslesenden Ostermeier als Verräter und Kommunistenschwein. Als

derstandes in Dorfen auf tragische Art.

Seit einigen Monaten gibt es in Dorfen eine Geschichtswerkstatt, die es sich zur Aufgabe stellt, vergessene Geschichte aufzuarbeiten und bisher verfälschte zu berichtigen. Dazu gehören auch die vielen Geschichten aus dem Widerstand der einfachen Leute. An sie zu erinnern soll nicht zuletzt Grundlagen für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit den zunehmenden Rechtstendenzen in der Gesellschaft schaffen - hoffen wir zumindest.

Stand: 24.11.17/Hans Elas

Nordkorea und die Atombombe

Glanz und Elend der militärischen Abschreckung

Andere Weltregionen werden mit Interesse verfolgen, ob und wie nukleare Spannungssituationen gelöst werden und sie werden ihre Politik danach ausrichten. Kim Jong-un ist unversehens zu einer zentralen Figur geworden, die jetzt an diesem großen Rad mitdreht. Besteht er die Probe nicht, reichen die Folgen weit über sein persönliches Schicksal hinaus. „ So endete die Analyse der Übergangszeit vom Sohn auf den Enkel Kim Il-Sungs in der ***Arbeiterstimme***, Nr. 181 vom Herbst 2013. Im Herbst 2017 beschimpfen sich die Regierungschefs Nordkoreas und der USA in gröbster Weise, kündigen den Untergang des Anderen an. Die Drohung der Vernichtung durch den Einsatz nuklearer Waffen steht, und zwar von beiden Seiten. Mittel- und Langstreckenraketenversuche sowie drei atomare Tests allein 2016 und 2017 auf nordkoreanischer Seite stehen verstärkten US-amerikanisch-alliierten Manövern und Kampfjeteinsätzen in unmittelbarer Nähe zu Nordkorea gegenüber. Dazu wird der internationale Druck durch ein Sanktionierungsregime beständig erhöht. Bedeutsam ist dabei, dass der UNO-Sicherheitsrat diese Sanktionen inzwischen ohne große Einschränkungen passieren lässt. Die Anrainerstaaten Russland und vor allem die VR China tragen die Verschärfungen mit.

Die Vorgeschichte der Atommacht-Strategie

Kaum eine Medienanalyse der letzten Monate wies nicht darauf hin: der Beschluss der Atombewaffnung Nordkoreas habe mit dem regime change vor allem im Irak und in Libyen zu tun. Das Abräumen unliebsamer Regime durch den Westen, das menschenrechtlich veredelt wird, zeigt, dass Zugeständnisse, vertragliche Verein-barungen und goodwill-Aktionen wie bei Ghadafi nicht davor schützen, auf die Abschussliste zu geraten. Das ist richtig, aber auch eine Binsenwahrheit.

Die Folgerung, sich zum Schutz vor dem eigenen Untergang atomar zu bewaffnen und damit dem Imperialismus die Grenzen aufzuzeigen, hat im ersten Augenblick seinen Reiz, sie ist aber falsch.

Die konsequente Frage wäre, welche Konstellation ein in allen Belangen unterlegenes Land vor den Zugriffen des Westens überhaupt bewahren kann.

Eine Regierung, beispielsweise die kubanische, war geschützt durch die Sowjetunion – so gut es unter den Bedingungen der Systemauseinandersetzung denkbar war. Sie war geschützt durch deren politische und militärische Macht und durch die Glaubwürdigkeit, diese Macht im Konflikt auch zum Einsatz zu bringen. Die USA hätten im Konfliktfall ihre eigene Existenz auf‘s Spiel gesetzt. Unterhalb der Schwelle zur militärischen Eskalation kann selbst diese äußerste Drohung die Subversion des Feindes nicht verhindern. Das Leben im Lande bleibt schwierig und wird beständig bedroht, auch dafür war und ist Kuba ein Exempel.

Eine saubere Bewertung dieser Erfahrungen hätte aus der Sicht Nordkoreas den Weg zur Atommacht in Frage stellen müssen, zumal das Land kein Verteidigungsbündnis mit einem Alliierten eingegangen ist. Die Bombe ersetzt weder eine handlungsfähige Diplomatie, die auf mehrere Optionen zurückgreifen kann, noch eine „Schutzmacht„, in deren Interesse die koreanische Unversehrtheit liegt.

China soll dies nach nordkoreanischen Vorstellungen nicht sein. Eine Entscheidung, die zu akzeptieren ist, deren Konsequenzen aber weitreichend und nicht ab-schließend zu beurteilen sind.

Nordkorea war 2003 aus dem Atomwaffensperrvertrag ausgetreten und hatte 2006 den ersten unterirdischen Atomtest unternommen. Trotzdem öffnete sich das Land in der Folge für die IAEO-Inspektoren. Als die USA die Aufhebung der Sanktionen ver-weigerten, verschärfte es bis zum Ende des Jahrzehnts seinen Atomkurs. Nach dem letzten Machtwechsel 2012 zum Enkel Kim scheint sich Nordkorea entschieden zu haben, Bau und Besitz der Atomwaffen nicht mehr unter taktischen Gesichtspunkten einzuordnen, sondern Atommacht mit allen Attributen werden zu wollen.

Der atomare Status sei nicht mehr verhandelbar. Seit 2013 ist die Anzahl der Raketentests stark gestiegen, zuletzt auch solcher, denen Langstreckenfunktion zugeschrieben wird und die somit das Festland der USA erreichen könnten. Allein 2017 registrierte man 19 Tests.

Die Abschreckung als Ziel der Politik

Diese Rüstungsanstrengungen lassen die Folgerung zu, dass Nordkorea die Flucht nach vorne antritt, um den USA auf Augenhöhe zu begegnen. Dafür werden die Beziehungen zur VR China einer außerordentlichen Belastungsprobe ausgesetzt.

Der Wunsch, unangreifbar zu sein, ist nachvollziehbar, aber er birgt hohe Risiken und bleibt, unter den Bedingungen der jetzigen weltweiten Kräfteverhältnisse, eine gefährliche Illusion.

Wer unangreifbar sein will, muss sich auf die Rüstungslogik der USA einlassen, mit allen Konsequenzen. Unter dem Sanktionsregime, das über Nordkorea verhängt wurde und an dem beständig weiter gearbeitet wird, ist die Beschaffung der benötigten Waffensysteme und der dazu gehörenden Treibstoffreserven schwieriger und deshalb wesentlich teurer.

Das Land muss im Vergleich mit seinen höher entwickelten Gegnern einen größeren Anteil seiner Ressourcen einsetzen, sowohl finanziell als auch wirtschaftlich und personell.

Begleitend wird die Innenpolitik, im wahrsten Sinn des Wortes, auf den Atomkurs umgerüstet. Nur so kann die Akzeptanz erreicht werden, zumal der Lebensstandard der Bevölkerung schwer unter Druck gerät.

Die zivilen Entwicklungsziele Nordkoreas sind nicht mehr zu halten, die eigene Zukunft wird der Fiktion atomarer Sicherheit geopfert.

Sanktionen betreffen selbstredend nicht nur den militärischen Komplex. Nordkorea hat sich, nicht nur wegen der entsprechenden Einstufung durch den US-Präsidenten, zu einem „Schurkenstaat„ entwickelt, der international geschnitten wird.

Handelsbeziehungen, Import und Export, Lande- und Transportrechte zur See unterliegen dem politischen Kalkül des Westens. Dass in diesem engen Rahmen nur mehr teillegale und, häufiger noch, illegale Kontakte möglich sind, ergibt sich zwangsläufig. Dann werden eben zigtausende eigener Bürger als Arbeitssklaven ohne Rechte und Verfügung über ihr Einkommen für beliebig harte, gefährliche und gering bezahlte Aufträge vermittelt, ob nach Osteuropa, in den Nahen Osten oder nach Russland. Ausgebeutet von solch kriminellen Organisationen wie dem internationalen Fußballverband .

Die Notlagen in Nordkorea und die Ausrichtung auf die atomare Bewaffnung stärken das Militär weiter und schwächen, falls das noch möglich ist, die Partei und jegliche Organisierung ziviler Interessen. Die kommenden Aufgaben werden die Entwicklung zusätzlich beschleunigen.

Um in seiner Abschreckung glaubwürdig zu sein, d.h. wenn man für die USA und ihre Verbündeten Japan und Südkorea ein nicht berechenbares Restrisiko darstellen will, wird der Norden die gesamte militärische Palette abdecken müssen. Rüstung ohne Ende steht zu befürchten.

Der US-Präsident hat gerade Rüstungsdeals mit Südkorea und Japan, nicht zu vergessen am Persischen Golf, in dreistelliger Milliardenhöhe unter Dach und Fach gebracht. Worüber die Rüstungsindustrie (nicht nur) der USA jubiliert, sorgt dafür, Ostasien zu destabilisieren und die Prolieferation von Atomwaffen nach Japan und Südkorea wieder denkbar zu machen.

Und deshalb ist die eigene Fähigkeit zum Atomschlag keine Garantie dafür , nicht selbst heiß oder kalt „abgerüstet„ zu werden. Denn merke: Die atomare Logik ist immer die Logik des Feindes.

Ein Nachtrag

Auch wenn wir die Entscheidung Nordkoreas zur atomaren Bewaffnung aus genannten Gründen für politisch falsch halten, so ist dessen Entscheidung nicht der Kern des Problems. Nordkorea verfügt über 10 atomare Sprengköpfe, weltweit liegt ihre Zahl bei 15 000. Allein 14 000 halten die USA und Russland in ihren Arsenalen vor (Angaben entnommen der Monatszeitung Le Monde diplomatique vom Oktober 2017, S. 8).Diese Bedrohung des Lebens weltweit ist der tatsächliche Skandal, der von der gegenwärtig stattfindenden Hatz auf den „Schurkenstaat„ verdeckt und verharmlost wird. Mit diesem Theaterdonner, der sich unvermittelt in realen Kriegslärm verwandeln kann, wird die Rüstungsspirale hemmungslos weiter gedreht und die Panikmache in politischen und finanziellen Profit überführt. Nicht nur der gegenwärtige US-Präsident ist ein Meister in diesem Geschäft. Und Kim, der „kleine Raketenmann„, wird zum kostenlosen Werbeträger der Aufrüstung.

Kürzen und spitzeln für den Heimatschutz

Österreich nach der Wahl: neoliberaler Rechtsradikalismus

In Österreich ist eine schwarz/türkis – blaue Koalition so gut wie sicher. Erste verkündete Maßnahmen im Regierungsübereinkommen : auf Asylwerber und Bedürftige kommen Restriktionen zu, bei der Polizei wird massiv ausgebaut und das Bundesheer wird aufgerüstet. Die Mindestsicherung, als letztes soziales Netz, bisher Ländersache soll an den Bund gehen. Als Vorbilder in Sachen Mindestsicherungskürzung gelten das VP/FP geführte Oberösterreich und das unter ÖVP-Dominanz stehende Niederösterreich. Widerstand gegen die angedachten Maßnahmen hat das „rote Wien„ unter dem Sozialdemokraten Häupl angekündigt. Das Innenministerium wird wahrscheinlich nach US-amerikanischen Vorbild den Zusatz Heimatschutz erhalten, die Bespitzelung und Überwachung wird massiv ausgebaut werden und mit all diesen Maßnahmen die schwarzblaue, vom Boulevard zusätzlich aufgehetzte Wählerklientel bedient. Die Furcht vor den Flüchtlingen muss am Köcheln gehalten werden.

„Die Zurückweisung einer im internationalen Vergleich überschaubaren Zahl von Geflüchteten wird zur Frage der nationalen Sicherheit stilisiert, Zäune werden gebaut, ‚Schicksalsgemeinschaften' beschworen … Es scheint, als würde sich die politische Elite Europas in dem Bestreben annähern, an den Geflüchteten ein Exempel zu statuieren…„ (*Ulrich Brand: Imperiale Lebensweise*, München 2017, S. 10)

Auswirkungen werden weiters sein: die Zerschlagung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und deren staatliche Zentralisierung mit Langzeitperspektive der Privatisierung, Umwelt- und Klimaschutz finden im Regierungsübereinkommen große Überschriften, allerdings wie etwa Greenpeace bemängelt keine konkreten Schritte zu deren Konkretisierung (für einige der FPÖ-Verhandler ist der Klimawandel naturbedingt). Angriffe auf die Rechte der Arbeitenden (Arbeiterkammer etwa), Sozialabbau, Steuersenkung für große Konzerne und bei Besserverdienenden. Eine außenpolitische Annäherung an die VISEGRAD-Staaten ist wahrscheinlich.

Die Wirtschaft ist im Aufschwung, die Arbeitslosenzahlen nehmen ab, gleichzeitig vergrößert sich die Einkommensschere massiv. Aber den Wahlkampf dominierte die Flüchtlingsfrage. Der rechtsextremen FPÖ gelang es mit dieser Thematik die Hegemonie zu erlangen.. Obwohl Österreich laut OECD eines der Schlusslichter bei der Besteuerung von Vermögen und Gewinnen ist, plant die neue Regierung weitere Erleichterungen.

Gesamtergebnis	
SPÖ:	26,9%
ÖVP:	31,5%
FPÖ:	26,0%
Grüne:	3,8%
Pilz:	4,4%
Neos:	5,3%

ÖVP

Dem Wahlsieger Sebastian Kurz(33.6 Prozent, plus 7,6%), wahrscheinlich der neue Kanzler, gelang es mit taktisch klugen Winkelzügen mit seinem ausländerfeindlichen Kurs die FPÖ zu überholen. Kurz, mit 31 Jahren jüngste Minister ist paradoxerweise der längst dienende

aller Minister. Er versteht es blendend im Wahlkampf für den bewusst herbeigeführten Stillstand in der Regierungsarbeit, die Sozialdemokraten verantwortlich zu machen. Er putscht mit Hilfe von VP-Granden, wie Schüssel und der Großindustrie, in einem minutiös ausgearbeiteten Plan seinen Vorgänger Mitterlechner, einen relativ moderaten, auf Konsens ausgerichteten Konservativen hinweg.

Es gelingt ihm in einem nach US-Vorbild geführten Wahlkampf, unterstützt von den Boulevardmedien, den Eindruck einer auf Erneuerung und vor allem Veränderung gerichteten neuen Politik zu vermitteln mit leeren Formeln, wie „tun was richtig ist„, „sagen, was Sache ist„ (!!!). Seine inhaltsleeren Wahlkampfauftritte kann man mit „Brot und Spiele„ am besten umschreiben: Freibier, Würstl, Show, Musik und ein nichtssagender Kurzauftritt des Kandidaten.

Kurz , einer der reaktionärsten Politiker der westeuropäischen Konservativen spielt als junger dynamischer Macher und Akteur, er schmeißt die ganze bisherige Bündestruktur seiner Partei auf den Haufen. Er gründet, in Anlehnung an Jörg Haider nur erfolgreicher, eine „Bewegung Sebastian Kurz„ mit türkis als neuem Markenzeichen. Er spricht damit die in der Bevölkerung verbreitenden Ablehnung „der Parteien„ mit Erfolg an. In den inflationären Fernsehdiskussionen gelingt es ihm geschickt praktisch jedes Problem mit den Flüchtlingsproblematik zu verbinden! Und gerade rechtzeitig bevor dieses Thema an Bedeutung verliert, wird es wieder und wieder in den Vordergrund gerückt und die durch Digitalisierung und den raschen Wandel der Arbeitsverhältnisse verunsicherten und benachteiligten Teile der Bevölkerung angesprochen.

Er setzt seiner Partei ein Ultimatum: ich als Alleinbefugter oder der Abfall auf Platz drei in Österreich. Und die mächtigen Landeshauptleute, die Chefs der Bünde (Bauernbund, Wirtschaftsbund, ÖAAB) usw. unterwerfen sich seinem Diktat, genau wissend, dass nur er als Führer die Wahl gewinnen kann.

Erstaunlich, wie das fast ohne Widerstand über die Bühne geht.Eine Partei entmachtet sich selbst, um erfolgreich ihre Macht zu erhalten. Der Chef ernennt seine Kandidaten in diktatorischer Weise, darunter als Aushängeschilder viele Quereinsteiger mit wenig bis gar keiner Erfahrung in Politik. Und in Anlehnung an Jörg Haider: profitieren sollen die Fleißigen und die Tüchtigen, die anderen sollen schauen, wo sie bleiben.

Die ganzeWahlauseinandersetzung wird hauptsächlich zu einer drei-Personenshow, ohne tiefgreifende Inhalte.

FPÖ

Kurz künftiger Regierungspartner, die FPÖ erreichte 26,0 Prozent, das war ein Gewinn von 5,5%, und liegt praktisch gleichauf mit der SPÖ.

Die Rechtsextremen hatten vor der „KURZerscheinung„ die ideologische Hegemonie und lagen gleichauf mit der von Kern geführten SPÖ. Die FPÖ hat geschickt die Abstiegsängste der kleinbürgerlich denkenden Masse der Bevölkerung artikuliert und verstärkt. Flüchtlinge und Kriminelle als Feindbildprojektion verwenden sowohl FPÖ als auch ÖVP, diese allerdings weniger radikal und historisch vorbelastet.

Die Linke wird insgesamt massiv angegriffen. In Oberösterreich forderte der LH-Stellvertreter Haimbuchner in einer eigenen Webseite Schüler auf, kritische Lehrer zu bespitzeln und anzuzeigen.

Bei Wahlkampfbiertischveranstaltungen wird der übliche verlogene Hurrapatriotismus „Österreich zuerst„ mit den üblichen Hetzparolen für die einfältigen Wähler zelebriert, während Strache sich bei TV-Shows betont staatsmännisch zurückhaltend präsentiert.

Programmatisch wird die Partei dominiert von deutschnationalen, schlagenden Burschenschaftern, die das *Dokumentationsarchiv des österr. Widerstandes* überwiegend als rechtsextrem einstuft. Jörg Haider hatte diese Seilschaften bewusst zurückgedrängt, unter Strache und Hofer haben dies Cliquen massiv an Einfluss gewonnen.Im aktuellen Parlament sind wieder ein Großteil der FP-Abgeordneten Burschenschaftsmitglieder mit Nahverbindungen zu den Identitären. Ehrung von NS-Kriegsverbrechern etc. Vorfälle dieser Art passieren ständig, meist ignoriert von den Massenmedien.

Strache betonte gebetsmühlenartig die Gesetzesverletzung bei der Aufnahme der vielen Flüchtlinge im Herbst 2015, unterstützt vom auflagenstärksten Boulevardmedium, der *Kronenzeitung*.

Den Rechten unter Kurz ist die rechtsextreme Ideologie offensichtlich kein Hindernis. Sie werden zum Steigbügelhalter der FPÖ und diese dadurch salonfähig.Nicht zum ersten Mal in der Geschichte.

Deren Wirtschaftsprogramm, etwa formuliert in den Leitlinien des „Atterseerkreises„ trägt brutale neoliberale Grundzüge. Einsparungen im Sozial- und Gesundheitsdienst in Milliardenhöhe (man nennt das „Optimierung„), für Kapitalgesellschaften sollen die nicht entnommenen Gewinne halbiert und schlussendlich abgeschafft werden. Für Besserverdienende werden Steuersenkungen vorgeschlagen, die Arbeitszeitflexibilisierung mit 12-Stundentag soll kommen und ein Angriff auf die Kollektivverträge steht im Programm.

Als unter Kanzler Schüssel die FPÖ unter Haider zum Regierungspartner wurde, war der Aufschrei in der EU groß. Man erinnert sich an die verhängten Sanktionen. Heute erregt das kein großes Aufsehen mehr. Verzweifelte Versuche von NGOs , wie *SOS Mitmensch*, die kürzlich eine Dokumentation über die Verwicklung freiheitlicher Spitzenpolitiker in die rechtsextreme und neonazistische Szene an Kurz und Bundespräsident V.d. Bellen sandte, wird kaum Auswirkungen haben. Zu sehr deckungsgleich sind die Programme von ÖVP und FPÖ, was am Beispiel in Oberösterreich deutlich wird. Dort haben beide Parteien, nach der Wahl, ein brutales Einsparungsbudget auf Kosten der Sozial schwachen beschlossen.

Nur in der Haltung zur EU gab es große Differenzen. Um regierungsfähig zu werden und auch wegen der sichtbar werdenden negativen Auswirkungen des Brexits auf Großbritannien, musste die FPÖ ihre ablehnende Haltung gegenüber der EU ändern. Der Austritt ist für sie derzeit keine Option. Gleichzeitig schmiedet sie im EU-Parlament unter Führung Harald Vilimskys rechtsextreme Allianzen mit Austrittsgegnern wie dem

Front National, der AFD und dem Vlaams Block.

SPÖ

Die Sozialdemokraten erreichten, dank vieler ehemaliger Grünwähler mit 26,9 Prozent (keine Veränderung) ein respektables Ergebnis. Bei Meinungsumfrage sackten sie, infolge einiger Skandale in der Zwischenzeit schon auf 20% ab.

In den Fernsehkonfrontationen der drei Spitzenkandidaten konnte der Noch-Kanzler Kern mit seiner Kompetenz punkten. Er sieht sich als Manager der Nation. Er präsentierte ein keynesianisch inspiriertes auf soziale Abfederung der Modernisierung entwickeltes Programm.. In der alten Regierung initiierte er in diesem Sinn die Aktion 20.000 für ältere Arbeitnehmer und eine Jobprämie für Neueinstellungen. Beide Aktionen werden wahrscheinlich von der neuen Regierung eliminiert. In seinen Plänen schlug er eine Computer- und Maschinensteuer vor. Pläne die bereits vor Jahrzehnten vom damaligen Sozialminister Dallinger gefordert wurden. Chancen zur Verwirklichung in der Koalition mit den Vertretern des Großkapitals null. Insgesamt driftet die Partei als gesamtes nach rechts. Kern forderte im Einklang mit Frontex Flüchtlinge in Libyen in Lagern einzusperren- natürlich human. Die jetzt veröffentlichten Berichte zeigen ein grausiges Bild der Realität.

Die SPÖ ist eine tief gespaltene Partei, u.a. was die Frage der Zusammenarbeit mit der FPÖ betrifft. Obwohl im gültigen Programm eine Zusammenarbeit ausgeschlossen wird, ignorieren dies große Landesorganisationen. Die Burgenländer haben nach der Landtagswahl eine Koalition mit den Freiheitlichen gebildet. In Linz, einer der größten SP-Organisationen gibt es im Gemeinderat eine de facto Koalition. Der FP-Chef in Linz ist Mitglied einer rechtsextremen Verbindung mit besten Kontakten zu den Identitären!

Ein strikter Gegner einer Zusammenarbeit ist der Wiener Bürgermeister Häupl, der überraschenderweise als einziger deutliche Gewinne bei der Wahl eingefahren. Doch in Wien gibt es heftige Auseinandersetzungen um seine Nachfolge. Die sogenannten Außenbezirke verlangen eine härtere Gangart gegen Asylanten, stehen der FPÖ kaum ablehnend gegenüber und hoffen ihren Bürgermeisterkandidaten durchzubringen.

Christian Kern verzichtete, entgegen den Gepflogenheiten seines Vorgängers Faymann auf geschaltete Wahlwerbung in den Boulevardmedien. Er brüskierte außerdem die *Kronenzeitung*, indem er einen paranoiden Psychotest, dem sich alle

Kanzlerkandidaten einschließlich der Grünen(!!!) stellten, abbrach. Es folgt bis heute eine Hetzkampagne der übelsten Art. Der Boulevard puscht den sozialdemokratischen Verteidigungsminister Doskozil, Ausländerfeind und Wahlaushängeschild für FPÖ-nahe Sozialdemokraten zum Nachfolger von Kern.

Die Wahlkampagne der SPÖ war eine Serie von Pannen und Fehltritten. Zu Beginn wollte man unter dem unglücklich formulierten Slogan: „Holt Euch, was Euch zusteht„ auf die ungerechte Einkommensverteilung hinweisen. Sofort hagelte es Kritik von den bürgerlichen Medien. „Penetranter Klassenkampf„ meinten die bürgerlichen *Oberösterr. Nachrichten*. In der *Kronenzeitung* drückte ein Leserbriefschreiber, stellvertretend für viele das so aus: „startet die SPÖ einen Klassenkampf im ultralinken Stil und ruft die benachteiligten Menschen auf, sich zu holen, was ihnen zusteht. (schlimm, Anm des Autors) Das ist ein Aufruf zu kriminellen Handlungen: … Hausbesetzung und keine Steuern bezahlen.„ (7.10.2017,S. 40)

Im Land der Vorzeigesozialpartnerschaft und jahrelangen Entideologisierung kam diese Kampagne schlecht an.Es folge der Schwenk auf das Leitbild des staatsmännisch erfahrenen Bundeskanzlers bis zum Auffliegen einer Facebookaffaire.

Kern und sein Team hatten auf Empfehlung des Ex-Bundeskanzlers Gusenbauer, Ex-Chef der SPÖ Bildungsakademie und Berater von Diktatoren und Inhaber eines riesigen Finanz- und Beratergeflechtes, den bekannt zwielichtigen Silberstein als Wahlkampfmanager engagiert. Nach seiner Verhaftung in Israel wegen dubioser Geldgeschäfte trennte sich Kern von ihm, doch leider zu spät. Ein paar übereifrige Mitarbeiter hatten bereits im Internet eine Verleumdungskampagne gegen den ÖVP-Kandidaten Kurz inszeniert. Diese Affaire beherrschte tagelang die Schlagzeilen.

Die SPÖ befindet sich jetzt in einer Selbstfindungsphase. Die ungewohnte Oppositionsrolle zwingt dazu. Dabei werden für den zukünftigen Kurs auch neoliberale Töne laut. Nach wie vor dominieren die Sozialdemokraten die Gewerkschaften und Arbeiterkammern, während bei Wahlen die FPÖ längst zur Arbeiterpartei aufgestiegen ist. Besserverdienende und Akademiker wählen überwiegend SP. Die Forderung nach Umverteilung, etwa in Form einer Erbschaftssteuer oder Besteuerung großer Vermögen hat zwar in Koalition mit der ÖVP keine Chance auf Verwirklichung, kann aber offenbar die Schwächsten der Gesellschaft auch nicht anspreche

Das Grüne Desaster!

Die Grünen erreichten 3,80%, was einen Verlust von 8,60 Prozent bedeutete. Eine katastrophale Schlappe und der Rauswurf aus dem Parlament!!! Das bedeutet für viele NGOs und Alternativprojekte das mögliche Aus und für die Grünen selbst ein riesiges Finanzloch, das nun hauptsächlich von den Bundesländern getilgt werden muss!

Im Parlament werden viele kritische Anfragen zu Umwelt- und Klimaschutz, zur Flüchtlingsfrage und zum Antifaschismus fehlen. Nach neuesten Umfragen stürzt die Partei auch in den Bundesländern ab. Keine guten Voraussetzungen für die Wahlen in den Ländern im ersten Halbjahr 2018. In Wien, der größten Bastion der Grünen steht die grüne Vizebürgermeisterin unter heftiger Kritik der Basis. Sie konnte am letzten Parteitag gerade noch ihre Abwahl verhindern.

Die Wahl Alexander van der Bellens zum Bundespräsidenten war ihr größter Erfolg, doch dem Höhenflug, folgte der rasante Absturz. Zu Beginn des Jahres gab es heftige Konflikte der Jungen Grünen mit der Parteichefin Eva Glawischnigg. Die Hintergründe waren eher lächerlich, doch Glawischnigg setzte in ihrer verkrusteten Führung den Ausschluss der Grünen Jugend durch. Einige blieben in der Partei, der größere Teil formierte sich unter Abkürzung PLUS und kandidierte gemeinsam mit der KPÖ.

Glawischnigg legte kurz danach genervt der Vorsitz zurück und ein Dreiervorstand sollte nun die Bewegung in die Wahl führen. Ein Relikt aus grauer, grüner Vorzeit, die Basisdemokratie, verursachte die nächste Katastrophe. Bei den Vorwahlen wurden etliche grüne Urgesteine abgewählt, so der äußerst kompetente Agrarsprecher, der Justizverantwortliche, sowie der „Aufdecker der Nation„ Peter Pilz, dessen gekränktes Ego verkraftete diesen Tiefschlag nicht. Er trat mit einer eigenen Liste an.

Obwohl sich die grüne Spitzenkandidatin, EU-Abgeordnete Lunarcek in den Diskussionen recht kompetent zeigte, wechselten viele ehemalige Grünwähler zur Liste Pilz oder zur SPÖ, um vielleicht doch noch eine blaue Regierungsbeteiligung zu verhindern.

Die Grünen sind längst zur etablierten Mittelstandspartei geworden. Im 7. Bezirk in Wien indem sie den Bezirksvorstand stellen, gibt es die meisten SUV-Fahrer. Im Salzburger Ort Goldegg haben die Grünen aus Rücksicht auf die Bevölkerung eine Gedenktafel für Verfolgte des NS-Regimes abgelehnt! Und in Tirol stimmte sie der Kürzung der Mindestsicherung für anerkannte Flüchtlinge zu!

Liste Pilz

Den Einzug in den Nationalrat mit 4,4% schaffte Peter Pilz. Pilz, ein Mann der das Rampenlicht braucht, zieht gerne eine One-man Show ab. Er hatte sich als Einzelkämpfer beim Aufdecken und initiieren von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, etwa zum Eurofighterskandal, österreichweit einen Namen gemacht. Er fand relativ großen Zuspruch und es gelang ihm mit prominenten Quereinsteigern eine diffuse Bewegung zu ins Leben zu rufen. Sein Leitthema: parlamentarische Kontrolle fand angesichts diverser Skandale (BUWOG, Kärntner Hyposkandal etc.) Anklang. Pilz forderte bereits bei den Grünen mehr Populismus, seine Broschüre:

„Heimat Österreich, ein Aufruf zur Selbstverteidigung„ rückte ihn in die Nähe der FPÖ- Heimatschützer. Resonanz in den Medien und bei vielen Menschen fand er mit seinem marktschreierischen Enthüllungen über den politischen Islam in Österreich. Und kurz nach Ausbruch der Flüchtlingskrise konterkarierte er die Parteilinie: „Ich will so wenig Flüchtlinge wie möglich. Da stehe ich nicht mit einer Kerze an der Südgrenze und freue mich über jeden der kommt.„ (*Oberösterr. Nachrichten*, 26.7.2017, S.3)

Nach der Wahl holte ihn die eigene Vergangenheit ein. Eine ehemalige Mitarbeiterin im Büro der Grünen beschuldigte, den anscheinend sehr dominanten Macho glaubhaft der sexuellen Belästigung Daraufhin meldeten sich noch weitere Opfer. Er entschuldigte sich bei den betroffenen Frauen und erklärte den Verzicht auf sein Mandat! Seine Liste steht nun vor einem Scherbenhaufen, will aber trotzdem weitermachen.

NEOS

Die NEOS stagnierten bei 5,3%. Ihr Wahlerwartung auf ein zweistelliges Ergebnis wurden enttäuscht, auch deswegen weil die Schnittmengen zur „Bewegung Kurz„ zu groß waren. Die Bewegung wurde vor der letzten Wahl hauptsächlich von der ÖVP nahestehenden Wirtschaftstreibenden gegründet, als Reaktion auf die bürokratische, in bündischen Strukturen verkrustete ÖVP. Sie präsentiert sich als dynamische, innovative neoliberale Bewegung. Sie vertritt, ähnliche Positionen, wie die FDP in Deutschland. Die NEOS verstehen sich als Vertretung der aufstrebenden, innovativen KMU´s. Und genau auf diesem Feld der Veränderung, des Aufbrechens bürokratischer Strukturen und des Erneuerns ackerte diesmal mit Erfolg auch der ÖVP Kandidat.

Als arbeitnehmerfeindliche Partei sind sie gegen den Mindestlohn, für den 12-Stundenarbeitstag und für weitere Privatisierungen. Mit 30.000 Mann sollten die EU-Außengrenzen gesichert werden, auf dass der Zulauf zur FPÖ sich verringere (!!!).

Das große Fragezeichen wird sein, wo die NEOS im Parlament der zukünftigen Regierung eine notwendige Zweidrittelmehrheit bei Verfassungsänderungen sichern werden. Dies betrifft etwa die Schwächung der Arbeiterkammern oder Neuaufstellung der Krankenkassen.

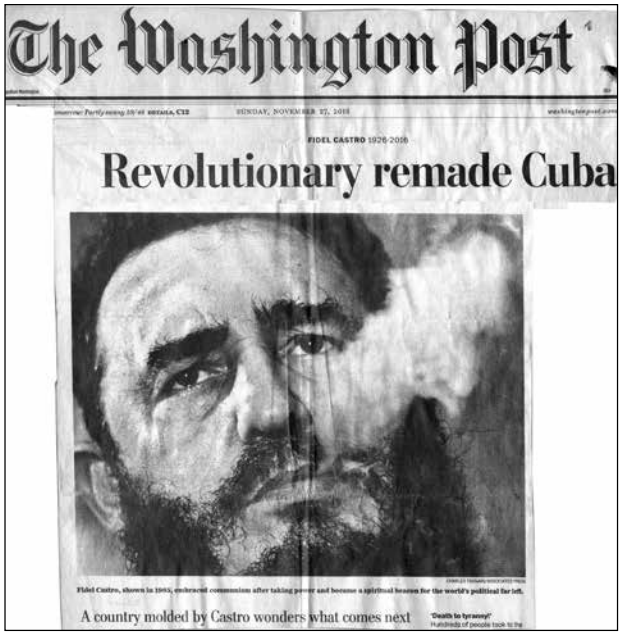
KPÖ PLUS

Über das Antreten und Abschneiden der einzigen linken Alternative gilt es zwei positive Aspekte zu erwähnen. Erstens das Aufbringen der notwendigen Unterschriften in ganz Österreich und zweitens die Verjüngung und Auffrischung der Kandidatenliste durch die schon erwähnten Bewegung PLUS der ehemals jungen Grünen. Das Ergebnis war nach einer auf soziale Fragen abgestimmten Wahlkampagne enttäuschend. 0,8% der Stimmen und wieder 0,25% verloren.

Österreich folgt dem europäischen Trend nach rechts. Es ist zu befürchten, dass auf Österreich frostige Zeiten zukommen!

Hasta el sobrevivir siempre!

Wie Kuba die Zeitläufe übersteht


The Washington Post

SUNDAY, NOVEMBER 27, 2016

FIDEL CASTRO 1926-2016

Revolutionary remade Cuba

A country molded by Castro wonders what comes next

Er war für viele Kubaner die Revolution. Als man seinen Leichnam über die Insel fuhr, säumten Hundertausende die Straßen.

Statt des Revolutionsslogans „Hasta la victoria siempre„ scheint mir „sobrevivir„ (überleben) angebrachter. Denn wie immer man den Sozialismusansatz auf der Insel einschätzt, bemerkenswert ist allein schon, dass er gegen heftigste US-imperialistische Strangulierungsversuche bis heute überlebt hat. Und das spürt man auch auf der Reise durchs Land. Die Kubaner/innen mögen nicht durchweg Sozialisten sein, Patrioten sind sie allemal. Seit die USA 1898 den Sieg der Aufständischen gegen die spanische Kolonialherrschaft nach langen blutigen Kämpfen für sich ausnutzten und die Insel zu einer Semikolonie umwandelten, sind die Fronten für die Kubaner klar. Eigenständigkeit ist nur gegen den machtvollen Nachbarn im Norden zu haben. Die neuerliche vorsichtige Öffnung des Landes setzen manche vorschnell mit einer kulturellen und politischen Yankee-Invasion gleich. Wenn sie sich da mal nicht getäuscht haben! Nach meinem Eindruck wissen die Kubaner durchaus, was sie an ihrem„Wohlfahrtsstaat„ haben. Und ihr Lebensstil will so gar nicht zur kapitalistischen Superbeschleunigung passen. Das ist gut so und kommt jedenfalls dem Reisenden zupaß.

Ich habe mich seit den 60-er Jahren mit Kuba beschäftigt, das damals geradezu als revolutionäres Aushängeschild galt, und auch immer wieder darüber geschrieben, in kritischer Leidenschaft. Ich habe Che Guevaras Ansinnen, mit der neuen Gesellschaft einen neuen, solidarischen Menschen zu schaffen, sein Anliegen der permanenten Revolution sowie den Glanz und die Mühen der nachrevolutionären Jahre verfolgt. In jenen Jahren bildete Kuba, die kleine Insel mit gerade mal zehn Millionen Einwohnern, geradezu die Blaupause der revolutionären Bemühungen in den „Metropolen„ des Kapitalismus. Nach gelegentlichen Stippvisiten dort unternahm ich im vergangenenJahr erstmals eine längere Reise durch das Land. Die Eindrücke derselben, unterfüttert mit strategisch-politischen Erwägungen, bilden die Achse des folgenden Berichts.

Die eingefrorene Revolution

Kuba weiß sich als letzter Antipode des Imperialismus und ist angesichts seiner mageren Ressourcen schier überfordert. Totgesagte leben länger. Allen Prophezeiungen zum Trotz hat die Revolution bis heute überlebt. Sie bietet den Kubanern einen im osteuropäisch-russischen Vergleich einen hochentwickelten Wohlfahrtsstaat mit ausgezeichnetem Gesundheits- und Bildungswesen und eine – hierzulande kaum wahrgenommene – partizipative Demokratie. Kuba praktiziert eine ärztliche Entwicklungshilfe, hinter der sich die reichen Länder verstecken können. Nach Ansicht des uruquaischen Schriftstellers Eduardo Galeano ist es das solidarischste Land der Welt. Die Kosten dieser Vorzüge sind hoch, zumal in Zeiten der lang andauernden Krise. Versorgungsmängel und Dollarisierung reiben auf, aber Reformen sind nicht in Sicht. Mühsam wird die Festung gehalten.Aber die reaktionäre Hochstimmung unter den Exilkubanern in Miami ist vorbei.

Auf dem Flug sinne ich über Kolumbus nach. Gemäß einem Bonmot der Philosophen H.Chr. Lichtenberg machte der Indianer, der die Weißen erstamsl sah, eine „böse Entdeckung„, in deren Gefolge während der nächsten hundert Jahre ca. 50 Millionen „Indios„ starben – durch Krankheiten, Hunger, massive Ausbeutung, Krieg und generell tiefgreifende Entfremdung. Der Schock saß so tief, dass die Frauen von Hispaniola nicht mehr gebaren. Er ist bis heute nicht ganz abgeklungen und in vielen Verästelungen zu spüren. In seinem Bordbuch notierte der ‚Entdecker':Die Einwohner von Guanahani seien wohl gestaltet und gesittet. Was fällt ihm dazu ein? „Sie müssen gewiß treue und kluge Diener sein, da sie in Kürze alles, was ich sage, zu wiederholen verstanden.; überdies glaube ich, dass sie leicht zum Christentum übertreten können... „ (Sonntag, 12. Oktober 1492)

Die ersten Eindrücke meines ersten längeren Besuchs der Insel. Wohl bestelltes Land in üppigem Grün, gelassener Trubel auf dem Flughafen und auf der langen Fahrt nach Havanna. Gleich hier stießen wir auf die erste „Ente„, wonach alle in uralten US-amerikanischen Straßenkreuzern führen. Wir sollten noch auf mehr dieser ideologischen Flugfehlbotschaften stoßen. Die Stadtteile, die wir durchfahren, machen einen gut gehaltenen Eindruck. Natürlich, und da schlägt ein linkes Herz höher, überquerten wir auch die riesige Plaza de la Revolución, auf der Fidel Castro seine stundenlangen Reden zu halten

pflegte. Wir kommen in einem alten Pflanzerpalast aus dem 19. Jh. unter, in dem es verwunschen und verblichen zugeht. Drei Frauen hüten ihn im Auftrag des Besitzers. Die Miete ist moderat und sollte es auch anderwärts sein, ca. 25 Euro pro Nase. Bei den Frauen und in vielen späteren Begegnungen fällt zweierlei sofort auf: Sie fühlen sich nicht im Mindesten dem Mann nachgesetzt. Ihre Bemerkungen und Hantierungen geschehen mit ruhiger Selbstverständlichkeit, denen so gar nichts Unterwürfiges gegenüber den (für sie) reichen Westlern eignet. Eher ist so etwas wie verhaltener Stolz zu bemerken. Ich muß an den revolutionären Schwarzen auf Haiti in dem Film „Quemada„ (mit Marlon Brando) denken. Apropos schwarz. Ca. ein Drittel der Kubaner sind es, die anderen in allen möglichen Mischungen. Die Schwarzen litten unter dem alten Regime am meisten; heute sind sie jedenfalls formell gleichgestellt. Besonders ansprechend sollte mir die café con leche – Erscheinung werden.

Am nächsten Morgen brechen wir in die Ciudad Vieja, die Altstadt, auf, in der ich vor Jahren schon einmal gewesen war. Damals wirkte sie wie ein Ansammlung von Bauruinen. Heute sind die meisten Straßenzüge schmuck gehalten, auch wohl mit Geldern der UNESCO. Havanna ist Weltkulturerbe, da sich in keiner anderen lateinamerikanischen Stadt 500 Jahre Kolonialgeschichte derart deutlich und vollständig abgedrückt haben. Das Straßenleben, fast nur Fußgänge, ist heiter, bunt und unaufdringlich. Die soziale Schichtung von relativ wohlhabend bis arm gibt es,, aber kein Elend wie z.B. in Lima oder Honduras. Die Menschen wirken aufgeschlossen, nicht aber neugierig. Im Museum der Schönen Künste werden aus der Zeit gefallene architektonische Experimente und vor allem vielfältige, phantasievolle und meist farbenfrohe Bilder ausgestellt, in jüngerer Zeit lehnen sie sich an den Naivismus von Ernst, Magritte oder Dalí an, hingegen kaum an lokale Traditionen – hat ja ohnehin nur eine Handvoll Indianer überlebt. Wir schlecken ein wunderbares Eis und schließen den ersten Tag ab – um wieder zu kommen.

Gringos y cubanos

Die USA stahlen den Kubanern 1898 die von den Spaniern blutig erkämpfte, zum Greifen nahe Unabhängigkeit und zwangen das Land in einen demütigenden halbkolonialen Status. Die Gesellschaft wurde um ihre Identität betrogen. Die Yankees und ihre kubanischen Kumpels dominierten in der Zuckerproduktion (vgl. das wunderbare Buch von Rudolf Brunngraber: Zucker aus Cuba), Telekommunikation, Glücksspiel, Drogenhandel und Prostitution. Havanna mutierte zu einem riesigen Las Vegas. Wer diesen Hintergrund und das Massenelend der Bevölkerung damals nicht kennt, wird die Kubaner nie verstehen. In seiner berühmten Rede vor Gericht, „La historia me absolverá„ (Die Geschichte wird mich freisprechen) listete Fidel Castro diese Situation minutiös auf. Hier liegen die Wurzeln des hochsensiblen Souveränitätsbewußtseins der Kubaner und ihrer mannigfachen Revolutionsversuche, die im siegreichen Aufstand der „barbudos„ 1958/59 gipfelten. Und die Kubaner haben das nicht vergessen. Wer könnte glauben, dass die Millionen, die dem toten Casto auf seinem letzten Weg durch die Insel die Ehre gaben, auf die Straßen beordert worden und nicht aus Überzeugung und Trauer hingegangen wären! Übrigens verbat sich der máximo líder jedweden Kult um seine Person.

Wir sprechen mit einem Passanten. Mit breitem Lächeln läßt er sich über den socialismo aus. Auf dem Weg von Havanna nach Pinar del Rio erleben wir den ländlichen Alltag. Es ist eine eintönige Landschaft, flach, mit Robinien, Mimosen, Büffeln und Reihern besetzt. P. Ist ein ganz normaler kubanischer Ort ohne sonderliche touristische Glanzpunkte, aber quirlig. Die Versorgung scheint sich in eine der Basisbedürfnisse und solche des gehobenen Konsums zu gabeln. Die Provinz ist für ihrern Tabak berühmt, und so besuchen wir eine ehrwürdige fábrica de tabaco. Wie in der Volksschule sitzen die Frauen und Männer an Tischen und rollen Zigarren – keineswegs, wie eine lüsterne Männerphantasie will, auf den nackten Oberschenkeln. Das Radio läuft, die Unterhaltung ist munter, jedenfalls keine besondere Belastung zu spüren.

Che Guevara in den Wolken

Hinter Pinar del Rio beginnt ein reizvolles Hügelland mit urig-üppiger Vegetation. Es geht alles geordnet und ruhig zu. Dort wie auch anderwärts haben wir kaum je einen Polizisten oder Soldaten gesehen. Die Straßen sind passabel, die Erzählung von unendlichen Schlaglöchern ist, wenn sie denn je wahr war, augenscheinlich überholt.

Ein (Tag)Traum von Fidel Flohito, dem bayerischen Floh auf Kuba. Sein Vater heißt Seppelito von Flohhausen. Im Englischen Garten von München schlägt sich ein dickes Mädchen mit Hunden herum. Der sie mit eins anspringende Floh ist vom mitgeführten und ausgetanen Insektenspray keineswegs beeindruckt. Im Flugzeug nach Kuba fällt er in Schreckstarre. Schließlich schläft er ein und erwacht erst, als sie bereits in Havanna sind. Er reibt sich die Augen, die calles (Straßen) erscheinen ihm allzu schmutzig. Kubanische Flöhe machen ihn an und wollen seinen Bierbauch ausdrücken. Er ist allein und fühlt sich einsam, magert vor Kummer und Hunger ab. Ein Oldtimer

hätte ihn beinahe überfahren, aber Leute retten ihn. Flohito schließt druschba, Freundschaft, mit seinen kubanischen Genossen. Sie gehen ins Café, wo eine schöne, fette Flohin mit ihm liebäugelt. Gegen sein Eheversprechen wolle sie ihm reiche Nahrungsquellen zeigen. Ihr Bruder will ihn nach China schmuggeln, wo auch Kolumbus meinte, gelandet zu sein, aber es reicht nur bis Varadero. Dort trifft er auf einen Flohzirkus und lernt eine blonde deutsche Flöhin kennen. Indessen sucht ihn die Flohpolizei, da er angeblich Honig horte. Sie werden umsomehr dicke Kumpels, als der lokale TUI-Vertreter eine Hilfeleistung ablehnt. Gemeinsam beklauen sie Touristen, von denen es dort zahlreiche gibt. Aber der kubanische Flohclan wird mißtrauisch, es kommt zum Kampf und Flohito verliert ein Bein.Dann ergibt er sich ganz dem dolce vita und vergißt auch, die Kollegen des Flohzirkus zu befreien. Im Traum erscheinen ihm Fidel und Che, geben ihm den Auftrag, die Flohsklaven zu befreien. Sie gründen eine eigene colonia Saba, wo sie abends Salsa hören und schuhplattln. Seine Freundin erweist sich jedoch als Xanthippe, und er beginnt, sich nach Hause zu Weib und Kind zu sehnen. Leicht bedröppelt reist er zurück und gründet die deutsch-kubanische Flohassoziation, der sich alsbald große Chancen eröffnen…

(Wer das lesen mag, tue es, wer nicht, lasse es.)

Es ist jene tiefe Kränkung des kubanischen Nationalgefühls, das bis heute einen gesellschaftlichen Kitt darstellt, noch unabhängig von Realität und Mythos der Revolution. Im aufrechten Gang Davids gegen Goliath konnte zeitweise gar die ideelle Universalisierung der Revolution mit der vanguardia cubana blühen. Die Kubaner wissen sehr gut, was ihnen im Bannkreis der USA droht. Es ist ihnen auch bekannt, dass zwei Drittel der Insel geflohenen Exilkubanern gehören, die in Miami auf ihre Stunde warten, die allerdings reichlich fern gerückt ist. Noch immer stellt Kuba für die Nordamerikaner nicht gerade einen Pfahl im Fleisch mehr, wohl aber ein ständiges Ärgernis dar, das es lieber heute als morgen auszumerzen gelte. Mr. Trump kann sich derzeit angesichts seiner sonstigen troubles nicht noch auch mit Kuba auseinandersetzen. Das wird sich ändern. Mit einem über 50 Jahre währenden völkerrechtswidrigen Embargo, massiver ideologischer Kriegsführung und dem militärischen big stick im Hintergrund versuch(t) die USA, den ehemaligen Klientelstaat zurück zu zwingen. Auch die anderen kapitalistischen Länder, mit Ausnahme Kanadas, haben sich gegenüber dem Großen Bruder botmäßig erwiesen.

Muntere und blitzsaubere Schulkinder begegnen uns. Auf Fidel Castros Geheiß erhält jedes einen halben Liter Milch am Tag. Wir sind auf dem Weg nach Vinales, einer touristisch hoch angesagten Stadt, ja schier Partymeile, wie wir merken. Es gibt zahllose casas particulares (Privatunterkünfte) und paladares (einfache Restaurants). Schmuck sind die Häuschen im Ort. Vom Vogelnest „Los Yasmines„ in den Bergen nahebei hat man einen weiten Blick ins fruchtbare Land, Der Fußweg hinunter windet sich auf roter Erde entlang an bohíos (Hütten). „Hier bin ich Mensch, hier darf ich's sein.„ (Goethe) Vollends in der Begegnung mit einem Tabakbauern, Er bietet seine Zigarren an, und wir paffen gleich eine zusammen.

Das örtliche Museum (!) der Revolution wirkt reichlich verstaubt und pädagogisch eng geführt. Es besteht vorwiegend aus markigen Fotos und Zitaten, die allesamt auf eine Heldenlegende hinaus laufen. Ich kenne keine derart fotogene Revolution, der (höhnisch gesprochen) mehr an guten Bildern als an Kämpfen mit dem Feind, der übrigens nie auftaucht, gelegen zu sein schien Che Guevara liest und raucht eine Zigarre; Fidel Castro diskutiert mit den companeros. Die Verwandlung in einen Mythos ist mit Händen zu greifen. Immerhin ist die kubanische Revolution eine der wenigen der Neuzeit mit mindestens passiver Mitwirkung des Volkes. Ohne den vollkommen moralischen und sozialen Bankrott des Batista-Regimes wäre sie wohl nicht gelungen. Es ist dieser Sachverhalt, der die Revolution, die im Grunde am Schluß eher ein Putsch war, nach wie vor im Volksbewußtsein verankert. Es war dennoch nicht wie der Sturm auf das zaristische Winterpalais 1917 ein vereinzteltes entscheidendes Ereignis, sondern eine lang andauernde Revolte mit unabsehbaren Folgen, welche die Kippe brachte.

Altmännerband in Trinidad

Dialektik der Geschichte

Im „roten Jahrzehnt„ nach 1959 sah sich Kuba als Speerspitze der Weltrevolution und wurde bis in linksliberale Kreise hinein auch so wahr genommen. Ähnliuch wie die junge Sowjetunion schäumte die Insel vor kulturellem und politischem Schöpfertum. Die Utopie schien machbar, und Che Guevara war ihr Prophet, der in „Hombre y socialismo„ ein an Marx angelehntes Bild des neuen nachrevolutionären Menschen entwarf. Es sei das Unmögliche realistisch. Mit der Alphabetisierung startete eine wahre Massenveanstaltung, die das Bildungsmonopol der Oberklasse brach. Milizen, Komitees zur Verteidigung der Revolution, Frauenverbände entstanden. Sie sind bis heute der Kern des kubanischen Projekts, das sich insoweit drastisch von einer Parteiendiktatur unterscheidet.

Nach einem Wort von Maximo Gomez, des Generals des antispanischen Aufstandes, allerdings kommen die Kubaner nicht an oder schießen übers Ziel hinaus. Denn alsbald traten Gebrechen auf, die bis heute nur teilweise behoben sind. Statt die ökonomische Basis zu diversifizieren, führte die Integration in die Ostblockwirtschaft zu einer alt-neuen Arbeitsteilung, welche Kuba die Rolle eines Orangen- und vor allem Zuckerproduzenten zuwies. Mit dem Wegggang

Wollen wir´s hoffen!

und Tod Che Guevaras 1967 waren die Mühen der Ebene erreicht, die Revolution institutionalisierte sich. Es begann die decada gris, das graue Jahrzehnt. Der 1. Kongreß des neugegründeten kubanischen KP 1975, eine neue Verfassung und ein Wahl- und Vertretungssystem von unten nach oben schlossen diese Entwicklung ab. Unangefochten übte Fidel Castro den mando único, die gesammelte Regierungsmacht, aus. Schwierige Zeiten für die Opposition begannen. Ein ausgezeichnetes Gesundheits- und Bildungssystem wurde aufgebaut. Im satten Schatten des RGW entstand ein bescheidener Wohlstand der Arbeiter und Bauern, weswegen die Zeit nach 1975 als goldenes Jahrzehnt galt.

Auf dem Weg nach Cienfuegos passieren wir endlose Zuckerrohrfelder und Palmwälder. Aber die Landwirtschaft macht keinen guten Eindruck. Viele Felder liegen brach. Das ist eine Achillesferse der kubanischen Sozialismus. Trotz bester Boden- und Klimabedingungen muß das Land Lebensmittel importieren. Das ist schon keine Entschleunigung mehr, sondern Stillstand. Jene können wir in den ansprechenden Raststätten genießen; eine ist im luftigen Taino-Langhausstil gebaut. Auf der Fahrt nach Playa Girón (Schweinebucht) kommen wir an complejos agropecuarios vorbei, die wir uns leider nicht näher ansehen können. Dortselbst gibt es natürlich ein Museum, das den erhebenden Sieg der Kubaner gegen exilkubanische Invasoren unter dem Schirm der CIA darstellt. Danach besuchen wir den hellsandigen Stand am türkisfarbenen Meer. Es geht unaufgeregt zu, doch lärmt wie oft im Land (über)laute Musik vom Kokosmilchstsand her. Im geschäftig-freundlichen Cienfuegos erleben wir das kleine Glück einer anscheinend zufriedenen (bedürfnisarmen?) Bevölkerung. Die Gebäude weisen eine ‚französische' dünnsäulige Eleganz auf. Es gibt keinen Zeitdruck und null Reklame, dafür einen beständigen gesprächigen und musikalischen Kommunikationsstrom der Menschen.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion brachen für Kuba, das auf deren Subventionen angewiesen war, harte Zeiten an. Und die Imperialisten frohlockten schon, gefallen ist die Stadt Havanna. (Anlehnung an ein Lied von Ernst Busch) Aber die kubanische Zähigkeit und Fähigkeit zur Improvisation schafften das Überstehen des heftigen Mangels in der periodo especial, die folgte. Der Standard öfffentlicher Dienstleistungen konnte einigermaßen aufrecht erhalten werden, und das ist für die Kubaner mindestens die halbe Miete. Aber die Ökonomie zerfiel fortan in einen öffentlichen Sektor, Dollar-Enklaven etwa im Tourismus, einen informellen und den Marktsektor. Der Peso ging in den freien Fall, die Währung spaltete sich in einen konvertiblen und einen ordinario. Außerdem wurde der Dollar als Zweitwährung eingeführt, um den Pesoüberhang abzuschöpfen.

Die dadurch erreichte relative Stabilisierung konnte die strategischen Defekte der kubanischen Wirtschaft gleichwohl nicht aufheben: eine niedrige Arbeitsproduktivität und Investitionsrate, die schleppende Weltmarktintegration vor allem biotechnischer Produkte, ein vernachlässigter Binnenmarkt sowie eine offene und/oder verdeckte (aufgeblähte) Bürokratie Reservearmee von Arbeitskräften. Und noch immer, bis heute, die würgenden Folgen der US-Blockade. Die Erholung seit Mitte der 90-er Jahre, das zweite milagro der neueren kubanischen Geschichte, beruhte letztlich auf den remesas (Geldüberweisungen der Exilkubaner), Almosen und Pump.

Das kleine Glück

Der ausgewogen harmonische Parque de José Martí (Urvater der kubanischen Revolution) in Cienfuegos (=hundert Feuer) weist an einer Seite das intime Teatro Terry auf, ein Gesamtkunstwerk des 19. Jhs. Durch gefälliges Hügelland gelangen wir nach Trinidad. Es ist ein koloniales Dornröschen, das aber nicht von einem Prinz wachgeküßt wird, sondern sich mit eins in einer lärmigen Partymeile wieder findet. Der turismo sucht überall auf der Welt nach unverfälschtem Leben – und zerstört es just dadurch. Aber die Altmännerband an der Plaza, die einfach zu ihrem Vergnügen spielt, ist umwerfend. (vgl. den Film Buena vista. Social club). Das nahe gelegene museo contra los bandidos zeigt, dass die Nachwehen der Revolution alles andere als ein Zuckerschlecken

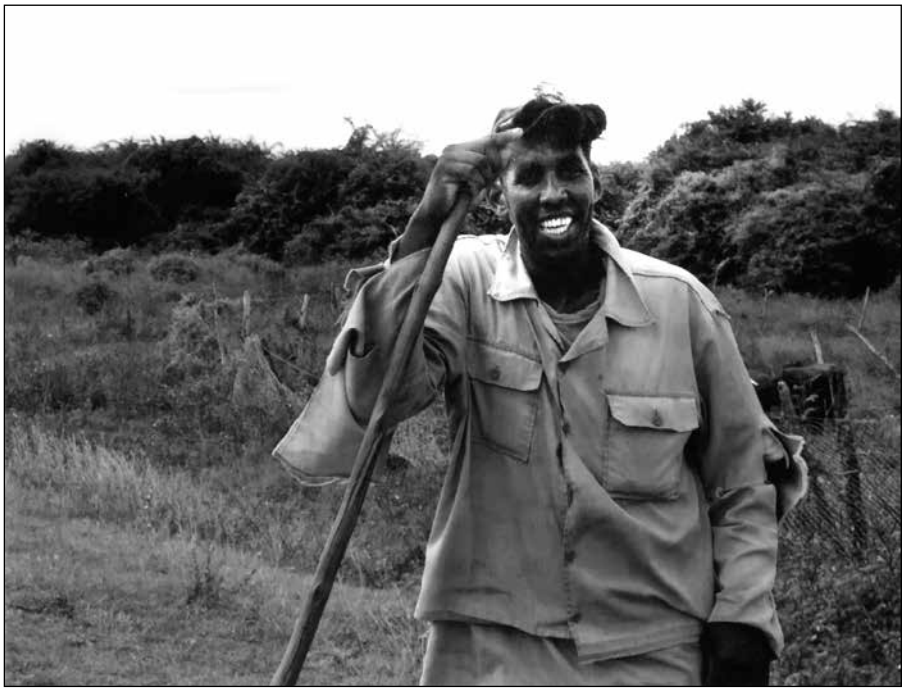
waren, denn es waren umfangreiche und blutige ‚Säuberungen' der Insel von aktiven Konterrrevolutionären nötig.

So unaufdringlich das dokumentiert, so klotzig ist das Che Guevara-Monument in Santa Clara, wo Che einen Munitionszug des Batistaregimes in die Luft sprengte und ihm damit einen entscheidenden Schlag versetzte. Vermutlich drehte er sich angesichts dessen im Grabe um. Es ist das einzige Mal, dass wir auf einen derartigen, künstlerisch minderwertigen, aber weihevoll inszentierten Heldenkult stoßen, der auch allem Augenschein nach auch die Kubaner wenig begeistert.

Es geht nun nach Norden, durch Städtchen und über staubige Straßen. Über den Damm zwischen Mangrovengehölzen (UN-Biosphäre) gelangen wir im Cayo Sta. Maria an. Ich höre schon der Hotels Getümmel, hier ist des Tourismus wahrer Himmel, zufrieden jauchzet groß und klein, hier bin ich Gast, hier darf ich's sein. (frei nach Goethes Osterspaziergang) Es sind geographische und sozial entlegene konsumistische kapitalistische Inseln. Aber das arg strangulierte Land braucht Devisen und wir nach mehreren Wochen ein Abhängen, machen daher das Beste aus der Situation. Unaufhörlich tingelt laute Musik. Die kubanischen Angestellten nehmen's ziemlich gelassen, ein diszipliniertes ‚Leistungsbewußtsein' ist auch nicht zu erkennen. Sie sind bestimmt doppelt so einverständig und fröhlich wie die häufig kanadischen Touristen.

Die Realität sieht weniger rosig aus

Etliche dieser fressen, saufen (Rum)und lärmen wie verrückt. Es ist gleichwohl ein kleines kommunistisches Paradies – für diejenigen, die es bezahlen können und wollen. Die Anlage ist hübsch angelegt, aber (die Häuser) leicht verlottert. Wir werfen uns an die atmende Meeresbrust, in das türkise, dann wieder flaschengrüne Wasser, über das auch ein Sturm brausen mag. Oft sind wir mit Pelikanen und Möwen, die in der Luft schaukeln und jagen, allein. Unseren Gedanken nachgehend. Viele geläufigen Vorurteile haben sich widerlegt, obschon es Mangel und Mängel gibt. Manana geht es wieder in die ‚Heimat'. Adiós Cuba! Wir kommen wieder.



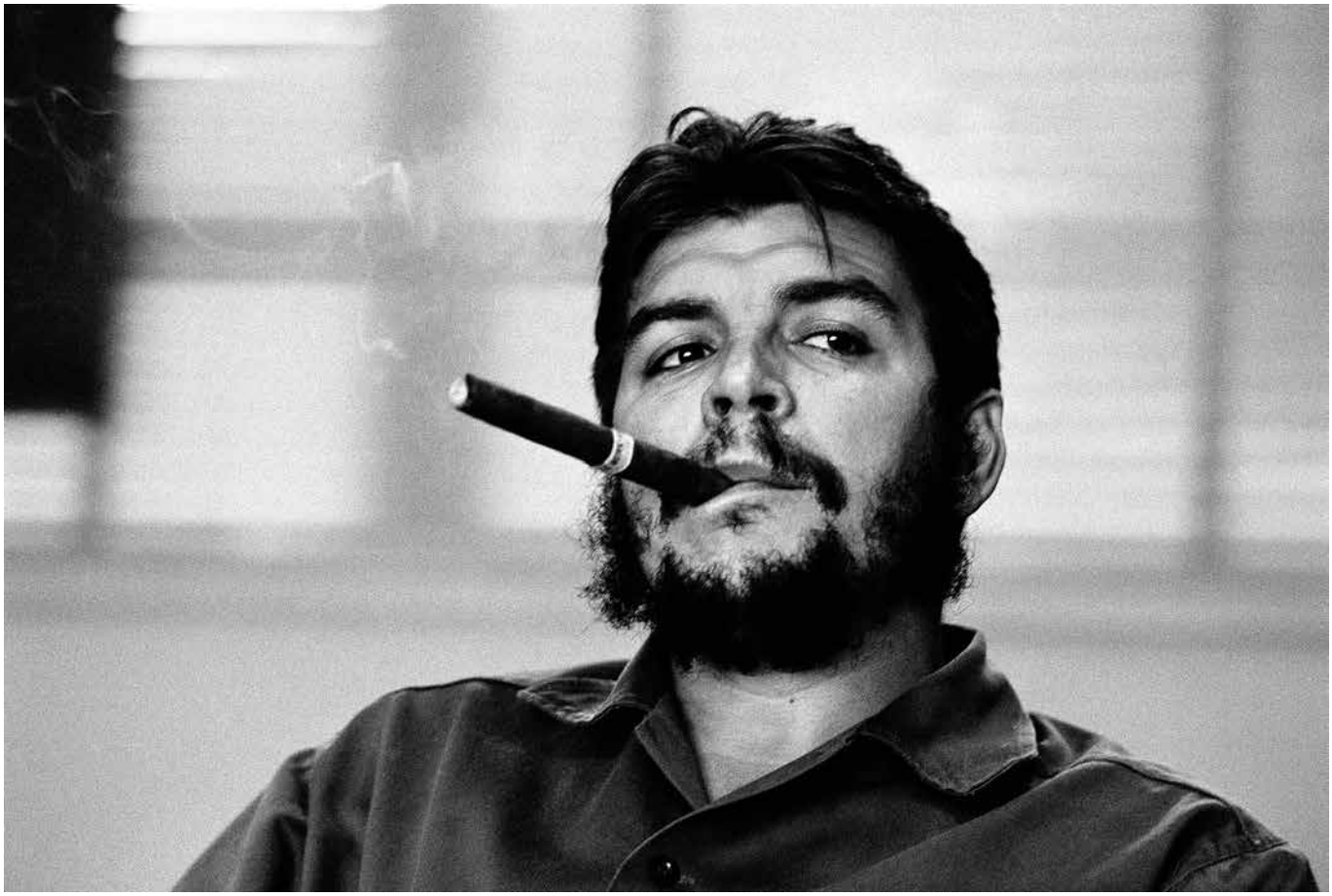
Landarbeiter

Kuba ist aus der großen Geschichte gefallen, kein geostrategischer Dominostein und kein revolutionärer Unruheherd mehr. Dennoch zieht es sich weiter Zorn und Feindschaft des übermächtigen Nachbarn im Norden zu. Vielleicht, weil es sich als ziemlich letzter Antipode des Imperialismus weiß. Alle Kubaner/Innen, mit denen ich sprach, fürchten sich nicht vor ihm, betonen, dass sie auch die nächste Attacke, die sich bereits abzeichnet, überstehen würden. Der maximo líder ist gerade nach seinem Ableben zur linken Weltlegende geworden, eine Art sozialmoralische Instanz der armen Länder. Totgesagte leben länger. Allen Prophezeihungen zum Trotz hat die Revolution bis heute überlebt. Hasta el sobrevivir siempre. Überleben wäre schon der halbe Sieg. Und immerhin weist das Land beachtliche Leistungen im Gesundheits- und Bildungssektor auf, auch einige moderne Industriezweige sind international Spitze oder jedenfalls konkurrenzfähig. Auf die Frage der Dissidenten will ich hier nicht eingehen, das würde den Rahmen sprengen. Solange die Einwohner ihren selbstbewußten Stolz behalten, werden sie nicht untergehen.

Gerhard Armanski

Ché! Person, Programm, Scheitern.

Zu Ernesto Che Guevaras Tod vor 50 Jahren



Ernesto Rafael Guevara de la Serna (14.6.1928 - 9.10.1967), genannt Che, war schon zu Lebzeiten ein Mythos, wurde nach seinem gewaltsamen Tod zur Legende. Linke verehrten ihn wie eine Ikone, hielten bei Demonstrationen auf Plakaten sein Porträt hoch. Der kubanische Fotograf Alberto Korda hatte das Glück, 1960 bei einer Trauerfeier das vielleicht berühmteste Foto („Guerrillero Heroico„) aller Zeiten zu schießen: Es zeigt Guevara in schlichter Lederjacke in fast entrückt wirkender Christuspose, den Blick visionär in die Ferne gerichtet. Als Kopfbedeckung die berühmte Baskenmütze mit dem Stern vorne in der Mitte. In seinem letzten Brief an seinen Vater („Don Ernesto") verglich Che sich selbst mit Don Quijote von La Mancha, dem spanischen Ritter von der traurigen Gestalt. Jener kämpfte vergeblich gegen Windmühlen an, die er für seine Gegner hielt.

Die Person.

Guevara war Arzt, Revolutionär, Guerillero, ein Kämpfer aus Leidenschaft und Überzeugung für die Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung durch eine soziale Revolution. Sein wenig bescheidenes Motto lautete: „Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche!". Er hatte ein ausstrahlendes, freundliches, sympathisches, dabei sehr energisches Wesen, ein offenes, ehrliches Gesicht, besaß sprichwörtlichen Humor, trieb Sport (Golf, Baseball) und interessierte sich für alles Mögliche. Er war zweimal verheiratet und hatte aus den beiden Ehen fünf Kinder. Che lebte und wirkte ganz für die Idee des „neuen Menschen", verfasste Artikelbeiträge, die in den Ausgewählten Werken unter dieser Überschrift erschienen (AW, Bd. 6). Er war auch - und dabei nicht weniger im Rampenlicht - Staatsmann, Industrieminister und Präsident der Bank Kubas. Sein vielleicht wichtigster theoretischer Beitrag zur Wirtschaftsthematik war sein Aufsatz „Über das Haushaltsmäßige Finanzierungssystem" (Februar 1964; AW, Bd. 3). Darin erläutert er unter Bezug auf Schriften von Marx, Lenin, Stalin und Oskar Lange (Polen) die wichtigsten Aspekte und Probleme des neuen ökonomischen Systems und Wegs auf Kuba bis hin zu Wertgesetz, Preisbildung und dem System kollektiver Prämien. Praktisch wollte er den Schwerpunkt auf die Industrialisierung Kubas und den Handel mit allen sozialistischen Ländern legen, kollidierte dabei aber bald mit dem Agrar-Kurs Castros allein in Abstimmung mit dem Bündnispartner Sowjetunion (SU), die monokulturelle Zuckerrohrproduktion oben anzustellen. Zunehmend orientierte er sich politisch und wirtschaftlich an China statt Moskau und kritisierte öffentlich (Rede in Algier im Febr. 1965) die SU für ihre Politik gegenüber der Dritten Welt.

Che trat auch als Redner vor der UNO in New York auf, war reisender Delegierter in Sachen PR für Kubas Revolution durch die zumeist staatsbürokratischen sozialistischen Länder der Welt. Er begegnete vielen Großen seiner Zeit: Chruschtschow, Breschnew, Mao Tse-tung, Ben Bella (Algerien), Sartre und Simone de Beauvoir, Frantz Fanon, Ägyptens Präsident Nasser u. a. Er hatte die Schriften von Marx und Mao Tsetung gelesen, vor allem dessen Aufzeichnungen über die Theorie und Praxis des Guerillakriegs. Mit Strohhut und nacktem Oberkörper, nur mit einer Kakihose bekleidet und Militärstiefeln, posierte er in Ernte- und Arbeitseinsätzen. Statt des Gewehrs die Schaufel in der Hand. Seht her, ein Guerillero ist auch ein Arbeiter an der Agrar- und Arbeitsfront und sich dafür nicht zu schade. In Kuba war Castro und seinen etwa 800 bis 1.000 Mitkämpfern der Sieg zuletzt fast kampflos in die Hände gefallen. 1967 in Bolivien, in den östlich auslaufenden Andenkordilleren am Rio Grande Oberlauf, waren Che und sein kleiner Guerilla-Fokus von vorneherein in der Defensive. Überdies scheiterte man an eigenen Unzulänglichkeiten und Fehleinschätzungen, aber auch an einem übermächtigen, vom US-Geheimdienst CIA in Antiguerilla-Taktiken bestens beratenen und angeführten bolivianischen Militär. Die erhoffte Unterstützung aus der Bevölkerung blieb aus.

Der Hinterhof

1967 war vor Nixon noch die Zeit der Regentschaft des Demokraten Lyndon B. Johnson in Washingtons puristisch strahlendem Weißen Haus, als hätte sich darin niemals jemand die Hände schmutzig gemacht. Noch immer galt die sog. Monroe-Doktrin, die den mittleren und südlichen amerikanischen Kontinent unter den vorrangigen Interessensprimat der USA stellte. So was wie in Kuba sollte den Amerikanern in ihrem angestammten Hinterhof nicht noch einmal passieren. Man war gut vorbereitet. Boliviens Diktator Barrientos (1969 tödlich verunglückt bei einem mysteriösen Hubschrauberabsturz) war nicht Batista in Kuba. Ches Fokus-Theorie hatte die Wahl für den südamerikanischen Aufstand ausgerechnet auf das wirtschaftsschwache agrarische Binnenland Bolivien mit seinen armen Indios und ausgebeuteten Minenarbeitern fallen lassen. In Kolumbien kämpfte seit kurzem die ELN, dort war nur ein Jahr zuvor der Priester-Guerillero Camilo Torres gefallen. In Uruguay am La Plata waren die Tupamaro-Stadtguerilleros aktiv. Douglas Bravo hatte in Venezuela einen revolutionären Aufstand angeführt. Lateinamerika war ein gäriger Kontinent unter der Knute, aber auch im Aufruhr gegen einige Militärdiktaturen. In vielen Ländern existierte ein bewaffneter linker Widerstand. Was lag scheinbar näher, als hier die Lunte nur noch anzuzünden? Es gab revolutionäre Traditionen. Viele aus südeuropäischen Ländern, Spanien und Italien vor allem, eingewanderte, aus ihren Ländern exilierte politische Aktivisten, Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten, Syndikalisten. Ein Vielvölker-Kontinent wie geschaffen für die Theorie der permanenten Revolution Trotzkis und der Vierten Internationale. Trotzki war 1940 von einem von Stalin beauftragten Mörder in einem Vorort von Mexiko-Stadt umgebracht worden. Mexiko war das Land des Frühlings und der Revolution, die von 1910 bis 1920 gedauert hatte. Unter Präsident Cardenas gab es in den 1930er Jahren eine umfassende Landreform. Als eines der wenigen Länder überhaupt hatte es neben der Sowjetunion und den Internatonalen Brigaden den Kampf der linken Republik im Spanischen Bürgerkrieg (1936-39) gegen Francos Faschistenarmee unterstützt mit Freiwilligen und einer Lieferung von ungefähr 100.000 Gewehren. Mexiko war in den 1940er Jahren auch das Land anderer berühmter Exilanten, darunter Thalheimer und Brandler, die einstigen deutschen KPD-Gründer an der Seite Luxemburgs und Liebknechts. Von Mexiko aus als Basis initiierte und bereiteten Castro und seine kleine Gruppe 1956 die Landung in Kuba vor, bei der die Truppe von 82 Mann bis auf 17 Überlebende fast aufgerieben wurde. Der Rest zog sich in die äußerste südöstliche Sierra Maestra zurück und schuf sich dort allmählich eine neue Basis. In seinem „Cubanischen Tagebuch" (AW, Bd. 2) beschreibt und hält Che Guevara seine Kampferfahrungen fest. Er hatte sich der Truppe zuerst als betreuender Arzt angeschlossen. Als einer der besten Schützen während der Ausbildung in Mexiko führte er ab Anfang 1958 als Comandante eine eigene Truppe an, die selbständig operierte und beim Kampf um die Großstadt Santa Clara in der Mitte von Kuba hervortrat. Es wird berichtet, er habe bei einem Gefecht vor die Wahl gestellt, seinen medizinischen Koffer oder eine Kiste mit Munition zu retten, sich für die Munitionskiste entschieden.

Die Lehrjahre

Der junge Ernesto Guevara aus wohlhabender, angesehener Oberschichtfamilie, hatte sich 1955 Castro in Mexiko angeschlossen. In Argentinien war gerade der Populist Juan Perón gestürzt worden. Wie viele Argentinier benutzte er oft die Sprachfloskel „ché", was soviel wie „hei, du" bedeutet, das brachte ihm den weltberühmten Spitznamen ein. Bereits 1953, dem Jahr seiner Promotion zum Arzt, knüpfte er erste Kontakte zu linken Exilkubanern um Raúl und Fidel Castro, der nach seinem fehlgeschlagenen Sturm auf die Moncada-Kaserne für zwei Jahre ins Gefängnis musste. Noch als Medizinstudent hatte Guevara ab 1949 auf insgesamt drei Reisen mit Fahrrad (1. Reise) und Motorrad, z. T. zusammen mit dem Freund Alberto Granada (s. sein eigener Reisebericht), einem angehenden Biochemiker, den Kontinent kreuz und quer bereist. In Argentinien nach Patagonien, von dort über die Anden nach Chile, Bolivien, Peru, Kolumbien bis Venezuela, Guatemala und Florida, was er auch in journalistischen Tagebuch-Reportagen (The Motorcycle Diaries u. a.) festgehalten hat. Mitunter führten die Reisen per Anhalter oder selbst gebautem Floß namens Mambo-Tango weiter. Es waren die frühen bis mittleren 1950er Jahre, die den verwöhnten Muttersohn das Unrecht und die tiefe soziale Not der Menschen in den bereisten Ländern lehren sollten und einen bleibenden Eindruck bei ihm hinterließen („Dieses ziellose Streifen durch unser riesiges Amerika hat mich stärker verändert als ich glaubte„). In Peru arbeitete er eine

Zeitlang mit seinen fortgeschrittenen medizinischen Kenntnissen im Leprosorium San Pablo, einer Lepra-Kolonie, die Geißel der Armen des südlichen Kontinents. Guevaras politisches Bewusstsein und soziales Gewissen formte sich entscheidend unter dem Einfluss der Reiserlebnisse und den Eindrücken von Not, Krankheit und Elend in den einzelnen Regionen, die im Kontrast zum Reichtum in den Metropolen geradezu nach einer Veränderung schrien und verlangten. Aber die Massen blieben meist passiv oder folgten populistischen Führern wie Perón. Auf die Reisen folgte Antworten suchend eine anwachsende Lektüre an marxistisch-leninistischer Literatur, außer ausgewählten MW und LW Schriften von Mao Tse-tung, Trotzki, Stalin, dazu Werke zur politischen Ökonomie (Politische Ökonomie, Lehrbuch, Baran, C. Bettelheim, O. Lange, Mandel, Pareto) und zu Lateinamerika (Bolívar, Castro, Martí). Sowie auch Werke von Gandhi und Nehru und eine Reihe belletristischer Titel, darunter Goethe und südameri-kanische Autoren. Michael Löwy führt an „Lektüre des Che" in seinem Che Guevara-Buch eine durchaus stattliche Liste von als sicher gelesenen Büchern auf (S. 125 ff.; s. Literatur). Es fällt dennoch auf, dass Che Engels völlig aussparte, wie überhaupt spezielle Werke des dialektischen Materialismus und er rezipierte auch keine Diskussion unter marxistischen Strömungen und Positionen, wie sie in Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts intensiv geführt wurde. Was natürlich auch mit dem beschränkten Angebot von auf Spanisch vorliegender Literatur zu tun haben mag. Er sprach nicht einmal Englisch, las jedoch französische Autoren im Original. Sein revolutionäres Weltbild war demnach, obwohl er sich als Internationalist verstand, eher begrenzt, d. h. lateinamerikanisch zentriert.

Der Fokus

Es brauchte Ches Auffassung nach offensichtlich eines Impulses, eines Beispiels, einer Vorhut, die wie in Kuba voraus ging und einen revolutionären Kern bildete, den Fokus. Um diesen herum und sich von diesem ausweitend, müsste es möglich werden, unter bestimmten günstigen Bedingungen eine soziale Umwälzung vor allem in der Landbevölkerung zu organisieren und reaktionäre Regimes zu stürzen. Soweit in etwa verkürzt die Theorie, die stark durch den kubanischen Weg vorgegeben und geprägt war. Vorhandene revolutionäre Bewegungen, Parteien und aktive Gewerkschaften sollten dabei als Transmissionsriemen eine wichtige Rolle spielen. Auch wenn die Fokus-Theorie postuliert, dass es in gewissen Situationen (wie in Kuba) ohne die Beteiligung einer Arbeiterbewegung geht. Sie gilt deshalb auch als voluntaristisches Konzept und wird von Marxisten kritisiert, da sie dem Prinzip der Befreiung der Arbeiterklasse durch sie selbst widerspricht. Die vor allem von Guevara u. a. (Régis Debray) formulierte Theorie hatte nicht unbeträchtliche Auswirkungen auf lateinamerikanische Stadtguerilla-Konzepte und den „bewaffneten Kampf in Westeuropa" (Rote Brigaden, RAF, action directe), weil sie einen entschiedenen Willen zur Aufnahme eines bewaffneten Kampfs ausdrückte und bündelte. In Bolivien waren Ches Ansprechpartner vor allem die studentische Jugend und Kommunistische Partei mit ihrem Vorsitzenden Mario Monje, in der nicht wenige Mineros organisiert waren. Es kam im Dezember 1966 zu Verhandlungen von Che Guevara und seinen wichtigsten Vertrauten mit Monje und weiteren Abgesandten der KP im Guerilla-Camp. Die aber nicht zu den aus Ches Sicht erforderlichen unterstützenden Konsequenzen führten. Monje beanspruchte die politische Leitung der Guerilla, was Che ablehnte. Boliviens KP war eine Moskau treue und hörige Partei, die im eigenen Land nichts ohne das billigende Placet aus dem Kreml unternahm. Dort bestimmte seit kurzem der friedliche Koexistenzler Breschnew. Guevara hatte sich schon früher mit seinen Parteinahmen für China, gegen die USA und auch seiner „Botschaft an die Völker der Welt" im April 1967 (AW, Bd. 4), zwei, drei Vietnams zu schaffen, bei den gemäßigten Sowjets wenig beliebt gemacht. Während der Kubakrise war er sogar dafür, im Falle einer US-Intervention atomar zurückzuschlagen.

Die Moral

Guevara war in seinen Forderungen radikal und maximal, ein bisschen oder Kompromisse gab es für ihn nicht. Einsatz des ganzen Menschen. Für das volle Revolutionsprogramm. Es gibt markante Stellen in seinem hinterlassenen Werk, die in diesem Sinn seine Überzeugung zum Ausdruck bringen. Der Revolutionär wurde bei Che fast zu einem heroischen „Heiligen" überhöht. Immer wieder gab es in Bolivien auf den Märschen in den Bergen und durch die Täler kleinliche Zwischenfälle unter den Männern mit Egoismen im Verhalten und Disziplinlosigkeiten, die Che zuwider waren, aber nicht dulden konnte und die deshalb sein regelndes Eingreifen erforderten. Man war eben auf einem langen Weg bei der Erziehung zum „neuen Menschen" und zur Emanzipation von der charakterlich stark verinnerlichten Entfremdung im Marxschen Sinn. Der Basis für fehlendes Klassenbewusstsein und kleinbürgerliches Denken. Das Wort sei erinnert des idealistischen deutschen Philosophen J. G. Fichte: „Was man für eine Philosophie wählt, hängt davon ab, was man für ein Mensch ist". Man könnte vielleicht sagen, Che Guevara hat dabei sich und seine Weggefährten und Mitkämpfer überfordert, die „Furcht vor der Freiheit„ (E. Fromm) des Menschen hingegen unterschätzt. Er wollte und konnte nicht von der Auffassung ablassen, dass Revolution der Erziehung (und Umerziehung) des Menschen zum Guten dient, so wie in der chinesischen Kulturrevolution, die er begrüßte. Das war einst natürlich auch der Inhalt und Kern der sowjetischen Makarenko-Pädagogik in Gestalt der Menschen- und Charakterbildung. Aber wie weit hatten sich der Stalinsche Bürokratismus und das System der Vorteilnahme und Begünstigung davon entfernt! Alle Schweine sind gleich, aber einige Schweine sind gleicher, wie es George Orwell in seiner konterkarierenden Tierparabel Animal Farm zum Prozess der Entartung der neuen Führung formulierte. Der Kampf um den „neuen Menschen" in der Schule der Revolution ist in Guevaras Theorie und Philosophie ein zentraler, unverzichtbarer Gedanke und Eckpfeiler, der die kulturelle Dimension

mit einschloss. Kein Sozialismus und Kommunismus ohne neue Kultur, neue egalitäre Beziehungen unter den Menschen. Dieser Aspekt strahlte in der Che-Rezeption der 1960er und 1970er Jahre wohl am stärksten auf eine rebellisch eingestellte Jugend in der ganzen Welt aus. Der Philosoph J. P. Sartre nannte Che Guevara den vollkommensten Menschen unserer Zeit (siehe zu Moral und Disziplin in: AW, Bd. 1, S. 209-214).

Die Entscheidung

Als sich Che Guevara Anfang 1965 dazu entschied, alle seine politischen Ämter aufzugeben und wieder in den Guerillakampf zu ziehen, gab es schon beträchtliche Differenzen mit Castro, der Kuba immer mehr an den sowjetischen Handelspartner band und verpflichtete. Mit bekannt großer rednerischer Theatralik las Castro öffentlich Ches Abschiedsbrief (AW, Bd. 4) an ihn und das kubanische Volk vor. Im Grunde aber war er froh, dass er den unbequemen, rastlosen Che auf diese Weise los war. Der hatte mit seinem Brief an Fidel in solidarischem Ton zwar, aber mit ihm gebrochen und einen radikalen Schlussstrich gezogen. Che tauchte unter und erst im Kongo wieder auf. Sogar die CIA hielt ihn in dieser Zeit für tot. Doch der Guerillakampf in Zentralafrika war ein einziges Desaster, unzureichend geplant, mit unzuverlässigen, teils korrupten Anführern, die ihr Vergnügen mit Frauen und Whiskey höher stellten als ihren Kampfeinsatz. Vom Kongo kehrte Che im Sommer 1966 für ein knappes Vierteljahr geheim nach Kuba zurück, absolvierte ein weiteres Guerilla-Training und traf im Oktober als Beamter aus Uruguay getarnt mit dicker Hornbrille, Halbglatze und ohne Bart über Madrid und Sao Paolo reisend schließlich in La Paz in Bolivien ein. Von dort begab er sich Anfang November 1966 mit dem Jeep in unwegsamem Gelände in das schon vorbereitete, als Farm getarnte, Basislager am Nancahuazú. Die Truppe bestand im Kern aus: 1 Argentinier-Kubaner, 1 Deutsch-Argentinierin (Unterstützerin), 16 Kubaner, 29 Bolivianer, 3 Peruaner und auch der französische Journalist Debray war zeitweise daran beteiligt (lt. Auflistung im Tagebuch, AW, Bd. 5). Es gab zwei Hauptgruppen, die größere führte Che selbst an, die kleinere, die auch Vor- und Nachhutaufgaben übernahm, wurde von Ches kubanischem Vertrautem und Freund Juan Acunia Núnez („Joaquin„) geleitet. Im Nachhinein erwies sich dies als gravierender Fehler, denn einmal getrennt und ohne Funkkontakt, waren die beiden Gruppen in paralleler Bewegung auf den Rio Grande zu nur wenige Tagesmärsche voneinander entfernt vier Monate auf der Suche nacheinander.

Der Companero

Jules Régis Debray (*1940), deutlich jünger als Che, von ihm nur „der Franzose" oder „Danton" genannt, war Weggenosse und Co-Fokustheoretiker. Der Rechtsanwaltssohn hatte in Paris bei Louis Althusser Philosophie studiert. 1967 verfasste er die guevaristische Schrift zur Fokustheorie „Revolution in der Revolution? Bewaffneter Kampf und politischer Kampf in Lateinamerika„. Nach seiner Festnahme Anfang April 1967 in Muyupampa wurde er harten Verhören unterzogen und zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt. Bereits 1970 kam er auf Betreiben der französischen Regierung frei, während der kurzen Phase einer linksgerichteten Militärregierung von Präsident Torres in Bolivien. Er wandte sich darauf Chile zu und unterstützte dort die demokratische Volksbewegung Unidad Popular als Berater Salvador Allendes, konnte nach dem Pinochet-Putsch 1973 nach Frankreich zurückkehren. In den 1980er Jahren wurde Debray außenpolitischer Berater der Mitterand-Regierung. Eine weitere Schrift, die sich mit der Gewaltfrage auseinandersetzte, ist „Kritik der Waffen. Wohin geht die Revolution in Lateinamerika?" (1975).

Die Companera. Tamara Bunke Bíder (1937-1967) war eine deutschstämmige Argentinierin, deren politisch aktive, kommunistische Eltern vor den Nazis nach Argentinien geflüchtet waren und ab 1952 mit ihren beiden Kindern in die DDR zurückgekehrt waren. Sie betätigte sich in Stalinstadt (später Eisenhüttenstadt) in der Clara Zetkin-Oberschule als FDJ-Pionierleiterin, machte das Abitur und begann ein romanisches Sprachenstudium. Sie sehnte sich wieder zurück nach Argentinien, fasste Pläne für politische Aktivitäten und betrieb ihre Ausreise dahin. Nach ihrer Begegnung als Dolmetscherin mit Che bei dessen Besuch 1960 mit einer kubanischen Wirtschaftsdelegation in der DDR, änderte sich ihr Reisewunsch, der jetzt Kuba lautete. Die DDR-Staatssicherheit, Hauptverwaltung Ausland (HVA), wollte sie ab 1960 als Perspektivagentin für spätere Einsätze in Argentinien und den USA aufbauen. Das SED-Politbüro genehmigte dennoch ihre Ausreise. Kurz davor war ihr MfS-Führungsoffizier, Günter Männel, in den Westen übergelaufen und enttarnte viele Ost-Agenten. Männel hatte Tamara Bunke nach eigenen Angaben auf Che Guevara angesetzt. Nun aber war Bunke, wie man in Agentenkreisen sagt, „verbrannt". Ihr inoffizieller Kontakt zum MfS endete damit.

Bunke studierte in Kuba nun Journalismus und arbeitete als Dolmetscherin und Übersetzerin für Behörden, das Erziehungsministerium und den Frauenverband. Ab 1963 schloss sie sich der neu gebildeten revolutionären Volksmiliz an. Che Guevara wählte sie da schon als Unterstützerin für sein künftiges Südamerika-Unternehmen aus. Sie erhielt eine erste militärische und geheimdienstliche Ausbildung durch den kubanischen Geheimdienst und nannte sich nun mit Decknamen „Tania". Einer ihrer Ausbilder war Dariel Alarcón Ramírez („Benigno"), ein langjähriger enger Gefährte Guevaras, der als einer der drei überlebenden Kubaner von Ches Himmelfahrtskommando in Bolivien nach Kuba zurückkehrte. 1995 veröffentlichte er dort sein Buch „Die Überlebenden" und kehrte ein Jahr später der kubanischen Revolution den Rücken. Ab Oktober 1964 war Bunke getarnt als Privatlehrerin für Deutsch und volkskundlich Interessierte auf Agentenmission in Bolivien. Durch eine Scheinheirat (und baldige Scheidung) wurde sie Bolivianerin. Es gelang ihr sogar, persönliche Sekretärin des Pressesprechers von Präsident Barrientos zu werden. Als Moderatorin einer Frauen-Hörfunksendung sandte sie Ende 1966 per Radio verschlüsselte Botschaften an Che und die Guerilleros. Che wollte sie von seiner Männer-Truppe

fernhalten, untersagte ihr auch nach einem ersten Besuch im Camp und ausgeführten Auftrag in Argentinien zur Guerilla zurückzukehren.

Entgegen dieser Anweisung stieß sie im März 1967 erneut zu Ches Truppe und brachte Régis Debray und einen weiteren Unterstützer, Ciro Bustos, vom argentinischen Widerstand mit. Das Militär fand unterdessen ihren im Busch abgestellten Jeep und darin auch ein Notizbuch, in dem wichtige logistische Angaben und Informationen vermerkt waren. Damit war ihre Tarnung aufgeflogen. Als Che davon im Radio erfuhr, vermerkte er Ende März in sein Tagebuch, dass damit zwei wertvolle Jahre Arbeit umsonst gewesen wären. Gegen Ches ursprünglichen Willen musste sie nun bei der Guerilla bleiben und wurde zur Mitkämpferin, der einzigen unter mehreren Dutzend Männern. Sie blieb wegen einer fiebrigen Erkrankung bei der kleineren Gruppe zurück, die wegen des Ausfalls des Funkgeräts bald orientierungslos war. Am 31. August geriet die Gruppe unter ihrem erfahrenen Anführer Juan Acuna Núnez beim Durchqueren des Rio Grande in der Yeso-Furt (Kreidefurt) in einen Hinterhalt des Militärs. Er, einige andere und Bunke wurden dabei erschossen, Bunkes Leiche erst Tage später im Fluss treibend gefunden. Einiges über Tamara Bunkes Leben und Mission bleibt trotz vorliegender Biographien Spekulation und Annahme. War sie zeitweise die Geliebte des verheirateten Che? Sollte sie im kubanischen Auftrag Che beschatten, wofür einiges an ihrem Verhalten spricht? Gab es, wie immer behauptet wird, noch andere Verbindungen zu östlichen Geheimdiensten (KGB?), wenn ja mit welchem Auftrag? Hatte sie womöglich auch ein Verhältnis mit dem Präsidenten, der persönlich nach Vallegrande kam und ihr, der Staatsfeindin, die, wie General d. D. Prado (damals Hauptmann) wissen will, anscheinend an Unterleibskrebs erkrankt war, eine ehrenvolle Bestattung zukommen ließ? War sie vielleicht sogar eine Doppel-Agentin geworden? Vor allem arbeitete ihre Mutter Nadja Bunke, eine resolute Lehrerin, bis zu ihrem Tod 2003 mit Elan und allerlei juristischen Winkelzügen gegen Bunkes Biographen (darunter auch Eberhard Panitz) vehement an der Glättung und Schönung des Bilds ihrer Tochter. Als Tania, La Guerrillera genoss sie in der DDR bis zur Wende offiziell ein hohes Ansehen und genießt es populär in Kuba noch immer.

Das Scheitern

Mehrere Bedingungen erschwerten von Anfang an Ches Unternehmen: Da war zum einen sein chronisches Asthmaleiden, das ihn manchmal trotz seiner sonst zähen Konstitution („ich habe sieben Leben") und der trockenen, hoch gelegenen Gegend tagelang quälte und in seiner körperlichen Leistungsfähigkeit und auch mental beeinträchtigte. Als Arzt hatte er Mittel (Tabletten, Sprays und Spritzen) bei sich, die ihm erlaubten, die wiederkehrenden Anfälle meist unter Kontrolle zu halten. Doch insgesamt verschlimmerte es sich. Manchmal musste er erschöpft von anderen getragen werden, wenn keine Maultiere vorhanden waren. Dann gab es immer wieder Spannungen zwischen den „Erfahrenen" aus Kuba und den Neulingen, darunter Studenten aus La Paz, die noch viel über den Alltag des Kampfes lernen mussten und es mitunter an Selbstdisziplin mangeln ließen. Einige unter ihnen wurden diskriminierend von Che als „die Schwächlinge" bezeichnet. Der Ausfall der Unterstützung und Zuführung neuer Leute durch die KP Boliviens war ein weiterer, so nicht eingeplanter Schlag gegen die Operationsfähigkeit. Einige wenige von den Neuen setzten sich ab und desertierten. Gerieten sie in die Hände des Militärs, verrieten sie diesen nicht selten auch logistische Einzelheiten ihrer Beobachtungen und Kenntnisse. Das Hauptlager vom Anfang wurde so bald ausgehoben. Dort lagerten Lebensmittel, Medikamente und Ausrüstung, waren Waffen und Munition versteckt. Auch die wenigen Begegnungen mit den Landbewohnern, meist mittellose, verängstigte Indio-Bauern, die zudem nur das indigene Quechua sprachen, brachte von deren Seite keinen Zulauf. Das Militär schüchterte sie mit desinformierender Gräuelpropaganda ein, die Rebellen würden sie ausrauben, töten und ihre Frauen und Mädchen vergewaltigen. Einige, vor allem Kinder, konnten durch Che medizinisch behandelt werden. Andere verrieten die Rebellen ans Militär. Elmar May schreibt in seiner Che-Monographie, warum Che scheiterte u. a.: „1. Mangelhafte und unrichtige Informationen über Bolivien, die politische Einstellung der Menschen und die Position des Barrientos-Regimes. 2. Die Revolution in Bolivien vom Jahre 1952 hatte bereits eine Landreform durch Selbstaufteilung zahlreicher Großfarmen zugunsten von Landarbeitern und Kleinbauern zustande gebracht. Neugeschaffene Agrarsyndikate bildeten eine beträchtliche politische Macht." (Elmar May: Che Guevara; S. 112). Das Gros der bolivianischen Bevölkerung erfuhr über widersprüchliche Radiomeldungen nur bruchstückhaft etwas über eine in den östlichen Bergen operierende Guerilla. Es wurden von den Rebellen fünf Kommuniqués abgesetzt, vier an die bolivianische Bevölkerung, eines speziell an die Bergarbeiter (enth. im Anhang, Bolivian. Tagebuch; 2008). Ihre Wirkung blieb ungewiss. Selbst empfingen Che und seine Truppe Nachrichten und Meldungen per Kurzwellenempfänger von Radio Havanna, dem Sender Stimme Amerikas und bolivianischen Rundfunk.

Die Guerilleros vermieden in ihrem Operationsgebiet weitgehend die Berührung mit der einheimischen Landbevölkerung, es sei denn zum Kauf von Lebensmitteln, der immer ein hohes Risiko darstellte und zunehmend schwieriger wurde. Die Bergbauern in karger, tierloser Höhenregion zwischen 1.000 und 2.000 m hatten selbst nicht viel abzugeben. Zu Erschöpfungen aufgrund langer Märsche kam immer öfter der quälende Hunger dazu. Man aß zur Not und unter Widerwillen das zähe Fleisch mitgeführter Pferde oder Maultiere. Verdruss und Unzufriedenheit machten sich breit. Das Militär war schon ziemlich früh nachrückend auf den Spuren der Rebellen, ohne dass es zunächst zu nennenswerten Gefechten kam. Das Aufgebot der Armee betrug insgesamt etwa 1.500 Mann, davon ungefähr 6-800 von US Green Berets speziell ausgebildete Antiguerilla-Ranger. Man vermerkte zwischen März und Oktober Gefechte an 18 Orten mit 48 getöteten Soldaten. Die geringeren Verluste der Guerilla erfährt man aus Ches Tagebuch. Die in

zwei Gruppen operierende Guerilla war spätestens von dem Zeitpunkt an in einer prekären und bedrohlichen Lage, als nacheinander die Funkgeräte beider Trupps ausfielen und es keinen Ersatz für sie gab. Dazu blieb auch die erwartete Unterstützung aus Kuba durch Nachschub und neue Leute nach fünf Monaten völlig aus. Che Guevaras Einheit war zuletzt wegen der Entbehrungen und Probleme in einem desolaten und demoralisierten Zustand, einige glaubten schon, allmählich den Verstand zu verlieren. Zudem von Krankheiten wie Durchfall heimgesucht wie Che selbst. Zu allem hin hatte Che noch eine Tasche mit Medikamenten verloren, was lebensbedrohlich für ihn werden konnte. In der Tagebuch-Analyse des Monats September spricht Che erstmals vom Eintreten einer gefährlichen Lage. Er vermerkt weiter: „Die wichtigste Aufgabe ist es, hier abzuhauen und geeignetere Gebiete zu suchen.„ (AW, Bd. 5). Doch wollte er bis dahin diesen Schritt nicht ohne seine anderen Männer um Acuna beschließen, die er aber nie wieder treffen sollte. Die Lage war in Wahrheit noch schlimmer und nahezu aussichtslos geworden. Che hatte in dieser angeschlagenen Verfassung und bedrängten Situation im Grunde nur noch die Wahl irgendwie zu überleben und entkommen oder unterzugehen.

Die Gefangennahme

Die Armee hatte am 8. Oktober bei dem kleinen 100-Seelen-Gebirgsort La Higuera (Der Feigenbaum), dem östlichsten Punkt der Guerillaoperation, in der Yuro-Schlucht (Schnecken-Schlucht) Ches kleinen versprengten Trupp von noch 17 Mann gestellt. Che und die Männer waren isoliert und wurden von der Armee am Boden und aus der Luft getrieben. Es kam zu einem stundenlangen Gefecht, Schüsse peitschten in das Flusstal und wurden von unten erwidert. Eine Kugel traf Che im Unterschenkel, genug, um ihn am weiterflüchten zu hindern. Sein M-2 Karabiner war ihm aus den Händen geschossen worden und danach unbrauchbar. Es folgten am späten Nachmittag die Gefangennahme und bald danach das Verhör durch Hauptmann Prado von der Armee und den exilkubanischen CIA-Angehörigen und Funker Felix Rodriguez. Der war zwar nicht der wichtigste und auch kein führender CIA-Repräsentant, aber als ihr Mann vor Ort mit Beratungs- und Ermittlungs-aufgaben betraut und sollte die bei Che gefundenen Dokumente abfotografieren.

Che schwieg zu allen militärischen Fragen, wurde aber soweit korrekt und mit Respekt behandelt. So konnten drei seiner Leute (andere Quellen sprechen von fünf), vom zuverlässigen kubanischen Kern, noch entkommen und später über Chile nach Kuba zurückkehren. Die Entscheidung über Ches Schicksal war entgegen vieler Mutmaßungen keine der USA oder der CIA, sondern fiel in der Nacht zum 9.10. im Präsidentenpalast allein zwischen Barrientos und ranghöchsten Generälen seiner Armee. In Bolivien gab es keine Todesstrafe. Die Vorstellung, Che irgendwo in einem bolivianischen Hochsicherheitsgefängnis einzusperren und ihm vor den Augen einer beobachtenden Weltöffentlichkeit den Prozess machen zu müssen, war deren Albtraum.

Die Hinrichtung

Die Order zur Erschießung erging am frühen Morgen des 9. Oktober, ohne irgendeinen Prozess, ohne Beweis einer Schuld. Und gegen den Willen der CIA, wie Rodriguez im Interview mit History Channel versichert, die den gefangenen Che zu weiteren Verhörzwecken in ihr Antiguerilla-Ausbildungszentrum nach Panama bringen wollte. Es wäre vermutlich seine Lebensrettung gewesen, doch zu welchem Preis? Politisch wäre der erneut Gescheiterte erledigt gewesen, es hätte nur noch ein privates Weiterleben für ihn gegeben. Che wurde gerade auch durch die Art seines Todes zur Legende. Er selbst rechnete damit, dass man ihn seiner Berühmtheit wegen am Leben ließe und er von einem gewissen Wert für die Gegenseite vielleicht in einem Austausch wäre. Die Lehrerin Julia Cortés brachte Che eine Suppe und unterhielt sich mit ihm. Eigentlich sollte sie an Volkes Stelle Che die Meinung sagen, kehrte aber von der Begegnung sehr nachdenklich und betroffen zurück. Mit Che wurden noch zwei andere gefangen genommene Guerilleros erschossen, einer davon war Simón Cuba Sarabia („Willy„), bolivianischer Bergarbeiter aus Cochabamba, der den Verletzten noch gestützt und eine Strecke weit mitgeschleppt hatte. Ein junger Sergeant, Mario Terán, den man per Los auswählte, sollte die Tat ausführen, den berühmten Che erschießen. Er sollte vom Hals an abwärts zielen, es sollte laut Rodriguez so aussehen, als sei Che im Kampf erschossen worden. Die ganze Nacht durch hatten Soldaten ihren Erfolg gefeiert und viele waren betrunken. Der auch nicht mehr nüchterne Terán trat am späten Vormittag in den düsteren Nebenraum der kleinen Schule (heute ein kleines Che Guevara-Museum), der eher einem Schuppen glich, und gab aus seinem Schnellfeuergewehr nacheinander zwei Salven auf den gefesselten Che ab, der von neun Kugeln getroffen wurde. Eine davon drang in den oberen Brustraum ein und durchschlug Herz und Lunge, Che erstickte an seinem eigenen Blut. Der Gefangene soll dem erst zögernden Schützen noch sinngemäß zugerufen haben, schieß, Feigling, du triffst nur einen Menschen, aber meine Ideen kannst du nicht töten. Ein Ruf patria o muerte unterblieb, Che hatte keine Heimat mehr. Ein schmähliches Ende.

Ches Leichnam wurde mit einem Hubschrauber ins nahe Vallegrande geflogen. Dort präsentierten ihn hochrangige Offiziere, die die Militäraktion gegen die Guerilla leiteten, im Waschhaus des Krankenhauses den bestellten Fotografen wie eine Jagdtrophäe. Che, wie erlegtes Wild auf der Bahre über einem steinernen Waschbecken liegend, wo man ihn danach auch unter Anwesenheit von Publikum und Fotografen obduzierte. Der Kopf durch eine Stütze angehoben, mit starren offenen Augen, zerzaustem Bart, dichtem wolligem, wirrem Haar. Er sah jetzt anders aus, so schmucklos drapiert mit den vom Blut gereinigten Einschusslöchern im nackten Oberkörper, abgemagert, gespenstisch fast, und dennoch hatte die würdelose Szenerie etwas von der Aufbahrung Christi. Man trennte noch seine Hände ab und konservierte sie in Formaldehyd, die später wieder in Kuba auftauchten. An einer unbekannten Stelle am Rand der Landebahn des Flugplatzes von Val-

legrande, südwestlich der Millionenstadt Santa Cruz, wurde Ches Leiche verscharrt, wo sie jahrelang verborgen lag. 1995 brach einer der beteiligten Offiziere sein Schweigen. 1997 fand ein argentinisch-kubanisches Expertenteam dann von Che und einigen Mitkämpfern sterbliche Knochenüberreste, worunter jene Ches identifiziert und in einem kleinen Reliquiensarg nach Kuba überführt wurden. Der Maximo Lider, Freund und Weggefährte Castro, der einmal geschworen hatte, Che nie im Stich zu lassen, bestattete sie unter großer Trauerrede-Geste im eigens dafür hergerichteten Che-Mausoleum in Santa Clara. Ein Wallfahrtsort für Kubas Schulklassen und Touristen aus aller Welt.

Idol und Dämon

Wie häufig folgte in der Linken, auch der deutschen, oder bei denen, die ihr mal angehörten, auf die unkritische Idealisierung Che Guevaras (Wolf Biermann: „Christus mit der Knarre") seine kaum weniger reflektierte Dämonisierung. Guevara war nüchtern betrachtet ein bewusster Vertreter revolutionärer Gewalt, überzeugter Antiimperialist im Leninschen Sinn und Gegner des Neokolonialismus. Für ihn folgte die neue Macht aus den Gewehrläufen. Kuba hat im Kalten Krieg den Kontext bewaffneter Wehrhaftigkeit weitgehend bestätigt. Es gäbe sonst das sozialistische Land auf der karibischen Landkarte nicht mehr (siehe die US-Invasion in Grenada). Die USA hätten nicht gezögert, sich eines günstigen Tages die Insel im Invasionsstreich zurückzuholen. Der Preis dafür angesichts des Bündnisrückhalts durch die Sowjetunion war den Amerikanern immer zu hoch. Der Stationierungsversuch sowjetischer atomarer Mittelstreckenraketen auf Castros Wunsch, die die ganze USA erreichen und zerstören konnten, war ein gewagtes Vabanquespiel der Achse Havanna-Moskau und hätte um ein Haar zu einem dritten Weltkrieg geführt. Im letzten Moment wurde hinter den Kulissen an der kubanischen Führung vorbei ein bilateraler Deal zwischen Washington-Moskau ausgehandelt. Die USA gaben gegen Raketenabzug die Garantie der Nichtintervention. Dafür verhängten sie auf Jahrzehnte den totalen Handelsboykott und gaben ihre auf die SU gerichteten, veralteten Jupiter-Raketenstellungen an der türkischen Nordgrenze auf. Vom CIA unterstützte Kommandounternehmen wie 1961 mit der Landung von weit über tausend exilkubanischen Söldnern in der sog. Schweinebucht, scheiterten kläglich. Ebenso wie alle Pläne, Castro etwa durch Giftpillen im Essen zu ermorden. Er starb 2016 90-jährig eines natürlichen Todes. Die Bedrohung von außen kostete die antikommunistische „freie Welt" aber den hohen Preis der politischen Unterdrückung und Verfolgung jedweder Opposition auf Kuba als Reaktion, ein Zusammenhang, der so nicht gesehen bzw. stets ignoriert wurde.

Che Guevara war ein Befürworter des revolutionären Kriegs, notfalls auch eines Großen Kriegs zwischen den Supermächten. Eines seiner Vorbilder war der nordvietnamesische Theoretiker des Guerillakampfes und Militärführer im Volkskrieg der Vietminh, Vo Nguyen Giáp (1911-2013). Dessen Sieg 1954 bei Diên Biên Phu beendete Frankreichs Kolonialherrschaft in Indochina. 1968 plante und befehligte er vom Hó Chí Minh-Pfad in Kambodscha aus die überraschende Têt-Neujahrsoffensive, die, militärisch ein Fehlschlag, die politische Wende im Vietnamkrieg brachte. Der Systemwiderspruch und Antagonismus des Kapitalismus und Imperialismus zur Freiheit des Menschen von Entfremdung, Unterdrückung und Ausbeutung, lief für Che zwangsläufig auf diesen unausweichlichen Kampf in einem möglichen Weltkrieg hinaus. Seine Bereitschaft zu einem Atomkrieg mit den USA, kann man bei ihm nicht als politisch unreflektiert ansehen, sondern muss sie als schweren politischen Irrtum und fahrlässig ansehen, die dessen verheerende Folgen für die Menschheit weder einzuschätzen vermochte noch offenbar konnte. Chruschtschow und die sowjetische Militärführung sind der, seiner Auffassung von der Unvermeidbarkeit eines Weltkriegs Guevaras nicht gefolgt. Jede Revolution für die Belange des Menschen sollte so stark sein und menschlich ausstrahlen, dass sie gegenüber ihren Gegnern Milde und eine neue Gerechtigkeit walten lässt, nicht Willkür und neue Unterdrückung ausübt. Oder sie verdient ihren Namen nicht. Che Guevara hat den „revolutionären Hass" befürwortet und dazu aufgerufen. Als Arzt war er aber dem Erhalt und der Rettung des Lebens verpflichtet.

Gerd Koenen, einstiges Mitglied einer kommunistischen K-Gruppe und Buchautor („Traumpfade der Weltrevolution. Das Guevara-Projekt„; 2008) begeht genau den Fehler, dem Idol undifferenziert im Zeitwandel den Dämon folgen zu lassen. Gewiss hatte Che als Vorsitzender des Revolutionstribunals zu verantworten, dass nach Prozessen und auch standrechtlich vermutlich einige hundert Gegner der kubanischen Revolution, darunter viele höhere Militärs, hingerichtet wurden (nachgewiesen scheinen 216 Fälle), die sicher nicht unschuldig waren. Jede Todesstrafe aber, wo und gegen wen auch immer, ist als inhuman zu verurteilen und abzulehnen. Die Frage von Gewalt und Gewaltlosigkeit in einem revolutionären Umbruch - und nur für diesen ist sie überhaupt von Bedeutung -, ist eine nach den bestehenden Kräfteverhältnissen. Je stärker und massenhafter die revolutionären Kräfte sind und auftreten desto eher können sie Gewalt minimieren und beschränken. Was Che wohl zum bolivarischen Prozess gesagt hätte, der in Bolivien seit 2005 zu einer progressiv ausgerichteten Regierung führte mit einem indigenen, antiimperialistisch eingestellten Präsidenten Evo Morales? Die Menschen in Bolivien sind wach geworden und kamen in Bewegung, aber das brauchte seine Zeit und Entwicklung. Dieses Jahr fand in Bolivien im Oktober sogar ein mehrtägiges nationales Staatsgedenken in Erinnerung an Ches Ermordung durch das Militär statt. Man kann Che Guevaras Handeln nur aus seiner Zeit heraus unter der damaligen weltpolitischen Konstellation richtig verstehen und beurteilen. Und natürlich aus seiner Person selbst, die Geschichte machen wollte und machte. Diese Geschichte aber (und damit auch die Widersprüche), hat sich weiter entwickelt: Chile 1973 - Nicaragua 1979 - Zapatistischer Aufstand in Chiapas/Mexiko 1994 - Venezuela 1999 - Bolivien 2005 - ??

Neue Eine Welt?

Zwei scheinbar konträre Erkenntnisse lassen sich aus Ches gescheiterter Strategie gewinnen: sozialistische und revolutionäre Modelle lassen sich nicht linear von einem auf ein anderes Land übertragen („exportieren"), ohne die jeweils einzelnen sozioökonomischen, politischen, kulturellen und historischen Bedingungen zu bedenken und berücksichtigen. Bolivien war nicht Kuba, so, wie Jugoslawien, China und Russland nur bedingt miteinander vergleichbare, sozialistisch-kommunistische Wege gingen. Jede revolutionäre Arbeiterbewegung eines Landes muss ihre eigenen Analysen und Lösungen finden und Strategien entwickeln. So erwies es sich im Fall Deutschland nach 1923 für die KPD als fatal, dass sie sich kritiklos dem Parteidiktat und den Interessen Moskaus und der Komintern unterwarf. Sozialfaschismustheorie und der Kurs der „Revolutionären Gewerk-schaftsopposition (RGO)" entfremdeten die sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und kommunistischen Kräfte unnötig voneinander und schwächten ihr Potenzial entscheidend. Der zweite Aspekt ist, das mahnt Ches Beispiel ebenso an: Seit den schweren zyklischen Krisen und Wirtschaftsrezessionen der siebziger und achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts, der allgemeinen Globalisierung und informellen digitalen Revolution seit Anfang der 1990er Jahre sowie dem Ende des „Systemgegensatzes" gleichen sich die neoliberalen Verhältnisse weltweit einander mehr und mehr an. Nationale Arbeiterklassen, sozialistische und soziale Bewegungen stehen so zunehmend global vor Aufgaben, sich transnational zu orientieren, solidarisieren und verbünden, um zu wirksamen über- und durchgreifenden Antworten und Aktionsformen dagegen zu finden.

EK/HB, 9./14./21.10.2017

Literatur/Quellen (komment. Auswahl):

Biographisches: Che Guevara - Geschichte eines Rebellen. Filmdokumentation von History Channel (teilw. ungenau und einseitig!). Buch+Regie: Maria Berry (2006). Jorge G. Castaneda: Che Guevara. Biographie. Frankfurt/M. 1998 (solide, genaue Darstellung). Alberto Granado: Mit Che durch Südamerika. Reisebericht. Köln 1988. Waltraud Hagen/ Peter Jacobs: Ernesto Che Guevara. Eine Chronik. Berlin 2007 (ehem. DDR-Autoren-Perspektive; detaillierte Zeittafel). Daniel James: Che Guevara. Mythos und Wahrheit eines Revolutionärs. München 1969/97 (Detailreiche, kritische Sicht eines US-Journalisten m. v. Fotos). Elmar May: Che Guevara in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. Reinbek b. Hamburg 1993 (14. Aufl.). Paco Ignacio Taibo II: Che. Die Biographie des Ernesto Guevara. Hamburg 1997 (Umfangr. Standardwerk des mexikan. Sozial- und Wirtschafts-wissenschaftlers).

Schriften und (Reise-)Tagebücher: Ernesto Che Guevara: Ausgewählte Werke in Einzelausgaben. hrsg. u. übertragen von Horst Eckart Gross. Bd. 1: Guerillakampf und Befreiungsbewegung; Bd. 2: Cubanisches Tagebuch; Bd. 3: Aufsätze zur Wirtschaftspolitik; Bd. 4: Schriften zum Internationalismus; Bd. 5: Das vollständige Bolivianische Tagebuch; Bd. 6: Der neue Mensch - Entwürfe für das Leben in der Zukunft. Dortmund - Bonn - Köln 1986-1992. Ders.: The Motorcycle Diaries. Latinoamericana. Tagebuch einer Motorradreise 1951/52. Köln 2004. Ders.: Das magische Gefühl, unverwundbar zu sein. Das Tagebuch der Lateinamerika-Reise 1953-1956. Köln 2004. Ders.: Der afrikanische Traum. Das wieder aufgefundene Tagebuch vom revolutionären Kampf im Kongo. Köln 2001. Ders.: Bolivianisches Tagebuch. Köln 2008 (m. zwei Lageskizzen u. d. Vorw. v. Ches Sohn Camilo Guevara March)

Politische Theorie und Praxis: Roberto Massari: Che Guevara. Politik und Utopie. Das politische und philosophische Denken Ernesto Che Guevaras. Frankfurt/M. 1987. Michael Löwy: Che Guevara. Köln 1993

Hintergrund: Charles Bettelheim, Fidel Castro, Ernesto Che Guevara, Ernest Mandel, Alberto Mora: Wertgesetz, Planung und Bewußtsein. Die Planungsdebatte in Cuba; hrsg. u. eingel. v. Wolfgang Müller. Frankfurt/M. 1969. Reynaldo Escobar: Mission Kongo: Gesang auf die Niederlage. TAZ, 24.9.1996 (Buchbespr. zu Paco Ignacio Taibo II u. a. über Che und die afrikanische Guerilla). inprekorr (Internat. Pressekorrespondenz), Heft 1/2015 (Jan./Feb.): Lateinamerika - Das Ende der Emanzipation? Ein Dossier mit 7 Beiträgen, S. 30-46. Frankfurt/M. 1988. Eberhard Panitz: Der Weg zum Rio Grande. Ein biographischer Bericht über Tamara Bunke. Berlin 1989 (6. Aufl.). Günther Schaaf: Che Guevara. Begegnungen und Gespräche 1961-1964 in Kuba. Bonn 2002 (Vom ehem. Leiter der DDR-Handelsvertretung in Kuba).

Arbeiterstimme
Zeitschrift für marxistischeTheorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 197 Herbst 2017, 32 S.
- Zur Bundestagswahl
- Die AfD vor der Bundestagswahl
- Protest und Widerstand gegen G20-Gipfel
- Das Kreuz mit der Tarifeinheit
- Geist der Wehrmacht
- Soziale Bauernrevolution
- Die Parlamentswahlen im Vereinigten Königreich

Nr. 196 Sommer 2017, 36 S.
- Nachbetrachtung zur NRW-Wahl
- Oktoberrevolution und Sowjetunion
- Auswirkungen der Oktoberrevolution auf Lateinamerika
- Staat, Nation – Lenins Erbe bewahren und fortführen
- Der Traum der Revolutionr
- Nachruf auf Theodor Bergmann

Nr. 195 Frühjahr 2017, 40 S.
- Eine Schwalbe macht keinen Sommer
- Fakten über den Brexit
- Israelische Einmischung in die britische Politik
- 100 Jahre Oktoberrevolution
- Zur Rolle Kerenskis in der russischen Februarrevolution
- DKP nach dem 21. Parteitag
- Erklärung zum Syrienkrieg
- Deutsche Befindlichkeiten
- Zum Briefwechsel von Käte und Hermann Duncker
- Marxismus und Utopie

Nr. 194 Winter 2016, 36 S.
- In Zeiten der Cholera
- Zur Faschismusdiskussion
- Überlegungen zur Revolution
- Ist die Türkei auf dem Weg zum Faschismus?
- Zum Ausgang des Brexit-Referendums
- Kolumbien zwischen Skepsis und Hoffnung
- 1939: Bericht eines aus Spanien zurückgekehrten KPO-Genossen

Bestellungen bitte an:
Gruppe Arbeiterstimme
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme
www.arbeiterstimme.org

Neues aus Großbritannien

Wegen des Aufstiegs Corbyns und der Parlamentswahlen, bei denen die Tories ihre Mehrheit verloren, ist die Situation in Großbritannien jetzt sehr interessant. Diese Woche schlitterte die Regierung von einer Krise in die andere. Das kann sicherlich nicht mehr lange so gehen. Theresa May ist sehr geschwächt, aber die Tories können sich, in dieser für sie gefährlichen Situation, keinen Wettbewerb um eine neue Führung erlauben.

Zunächst einmal ist es notwendig, darauf hinzuweisen, dass das, was viele politische Kommentatoren aus anderen Ländern als Beispiele für "Populismus" beschreiben, indem sie Trump und Brexit vergleichen, falsch ist. Es gab keine populistische Bewegung für einen Brexit. Wir haben lange Jahre UKIP gehabt. Bis zu den vergangenen wenigen Jahren der Austeritätspolitik zog sie den rechten Flügel der Tory Party an und ein paar Rassisten/Faschisten. Seit Thatchers Zeiten waren die Konservativen innerlich gespalten über ihre Haltung zur EU. Die Autorität von John Major, der Thatcher folgte, wurde andauernd unterlaufen von der Anti-EU-Rechten in seiner Regierung; er nannte sie die "Bastarde". Cameron beschloss, ein Referendum abzuhalten, um die ständige Unruhe zu beenden; er dachte, er würde es gewinnen, aber er war nicht auf Tuchfühlung mit der Stimmung der Öffentlichkeit.

UKIP wurde von unzufriedenen Wählern der Labour Party während der zurückliegenden Periode von New Labour unterstützt, weil diese die Menschen aus der Arbeiterklasse ignorierte und Thatchers neoliberale Politik fortsetzte. Als 2015 Ed Miliband Vorsitzender von Labour wurde, bewegte er sich ganz leicht nach links, weg von der Politik von Blair, aber nicht weit genug. Er hatte keinen Kontakt zur Arbeiterklasse. UKIP fand Unterstützung wegen Labours Unfähigkeit, auf ihre Wähler zu hören, auch bezüglich der Einwanderung, was bedeutete, dass andere EU-Bürger aus Osteuropa ihre Jobs bekamen, oft Sozialwohnungen, Plätze in den Schulen und medizinische Behandlung von Ärzten und in Krankenhäusern, worüber die Leute sich ärgerten, weil sie dadurch in den Wartelisten zurückfielen. Leute, die viele Jahre ihre Steuern bezahlt hatten, kamen schlecht weg gegenüber denjenigen, die keinerlei Beitrag geleistet hatten. UKIP fand auch Unterstützung wegen der wachsenden Unpopularität von Muslimen. Es gab den Terrorismus, aber auch viele Skandale landauf, landab durch (fast immer) pakistanische Männer, die junge Mädchen zur Prostitution zwangen.

Es gab keine populistische Bewegung, aus der EU auszutreten, aber als Cameron sein Referendum ansetzte, stimmte die Mehrheit dafür, weil sie unpopulär geworden war wegen ihrer ständigen Einmischungen in innere Angelegenheiten des Vereinigten Königreichs, dadurch das Parlament abwertete und durch nicht gewählte Bürokraten herrschte; das EU-Parlament ist ein Scherz ohne wirkliche Macht.

Bei den Wahlen zum Unterhaus wurde klar, dass die Sparpolitik den Tories die Unterstützung entzog; die Menschen hatten davon genug. Das linke Wahlprogramm von Corbyns Labour Party war attraktiv, speziell junge Leute mögen Corbyn und seine Politik. Da er als verantwortlich für das gute Ergebnis angesehen wird, hat die Linke ihre Stellung in der Labour Party gestärkt – die Wahlforscher, die Medien und die Blair-Anhänger hatten alle vorausgesagt, dass Labour ein Debakel erleben würde – allerdings haben die rechten Gruppierungen in der Partei die Übermacht bei den Unterhausabgeordneten und im Parteiapparat. Dennoch änderte der Parteitag die Zusammensetzung des Nationalen Exekutiv Komitees, drei Sitze mehr für die Repräsentation der Mitglieder, und einer mehr für die Gewerkschaften, von denen die meisten Corbyn unterstützen.

Es ist offensichtlich, dass der Kapitalismus selbst diskreditiert ist, vor allem unter den jungen Leuten. Theresa May begann, zu seinen Gunsten Reden zu halten, sie betonte, dass der Kapitalismus zu größerem Reichtum als jemals zuvor in den modernen Zeiten geführt hat und dass der freie Markt der Schlüssel zu ökonomischem Erfolg ist. Die Tories hielten Anfang Oktober ihren Parteitag wieder in Manchester ab, einer Stadt, wo sie so gut wie nicht existent sind. Sie versuchten damit Unterstützung zu gewinnen und wollten ihren Anspruch wieder aufgreifen, die Kluft zwischen dem ärmeren Norden Englands, der den Großteil des Reichtums geschaffen hat, als Großbritannien die führende kapitalistische Macht war, und dem reicheren Süden, wohin sich der Reichtum in den letzten Jahrzehnten verschoben hat, zu schließen. Am ersten Tag fand eine Demonstration gegen den Brexit statt, die die Medien als "Mittelklasse" beschrieben, aber jeden Tag konnte man Demonstrationen von Arbeitern sehen, die gegen die Politik der Tories gerichtet waren.

Die Parteitagsrede von May war ein Desaster; sie musste die Rede wegen ihres Hustens unterbrechen, ein Buchstabe von der Parole hinter ihr fiel herunter und ein Demonstrant übergab May ihr P 45, das ist das Formular, das man erhält, wenn man den Job beendet, um es seinem neuen Arbeitgeber auszuhändigen. Ihr Chefideologe erklärte, warum die Tories bei den unter 45-jährigen so unpopulär sind. Er gab zu: "Sie haben nicht unrecht. Sie sind nicht verrückt. Sie sehen und erfahren den Markt heute und er arbeitet nicht für sie." Er fuhr im selben Sinne fort: "Wir kämpfen nicht nur für den Konservatismus. Wir kämpfen wirklich für den Kapitalismus", betonte er.

Ein anderes Kernproblem für die Tories, das sie feststellten, ist, dass ihre Mitgliedschaft überwiegend ältere Leute sind, es fehlt an jungen und dadurch auch an Aktivisten für Wahlkämpfe. Labour dagegen hat "Momentum", die große Organisation von jüngeren Leuten, die von Corbyns Erfolg bei der Übernahme des Parteivorsitz inspiriert sind und ihn unterstützen. Sie waren ein wesentlicher Teil des Wahlkampfs von

Labour. Als Tory-Gegenstück zu Momentum wurde "Activate" ins Leben gerufen, aber es wurde von äußerst rechten Jugendliche übernommen, die von "vergasen" sprachen und von nazi-artigen medizinischen Experimenten an jungen Arbeitern; es löste sich bald auf.

Corbyn hat sehr wenig Freunde in den Medien. Traditionell finden am Rande des Parteitags Solidaritäts- und andere Kampagnen statt. Bei einer Veranstaltung über "freie Rede über Israel", die in diesem Rahmen stattfand, wo Miko Peled, ein Israeli/US-Amerikaner, der Sohn des Generals Matti Peled, ein bekannter Friedensaktivist, sprach und sagte, es sollte in Bezug auf Israel erlaubt sein alles in Frage zu stellen. Daraufhin bezichtigten Boulevardzeitungen Labour, eine antisemitische Partei zu sein.

Die israelische Regierung und die komplette pro-zionistische Lobby im Vereinigten Königreich arbeiteten daran, Kritik an Israel zu verhindern, einschließlich der Tatsache, dass eine solche Kritik als "Antisemitismus" bezeichnet wird. Um eine offene Diskussion über Israel zu verteidigen und um Unterstützung für Labour bei der jüdischen Gemeinschaft zurückzugewinnen, haben linke Juden eine neue Organisation "Jewish Voice For Labour" [Jüdische Stimme für Labour] gegründet und sie hoben diese auf dem Parteitag aus der Taufe.

Im Gefolge der Enthüllungen von Schauspielerinnen , die in Hollywood sexuell belästigt wurden, breitete sich die Erscheinung bis ins Parlament hierzulande aus. Dutzende von Parlamentariern wurden beschuldigt, hauptsächlich Tories. Ihnen wurden von weiblichen Abgeordneten und Angestellten Vorwürfe gemacht wegen der Kultur der Saufgelage, die dort üblich sind. Es gibt dort sechs subventionierte Bars. Mays Verteidigungsminister musste zurücktreten, andere Fälle werden untersucht.

Als ob das nicht schon genug wäre, stellte sich heraus, dass Priti Patel, die Entwicklungshilfeministerin, während ihres Sommerurlaubs in Israel, begleitet vom Präsidenten der "Konservativen Freunde von Israel", an 12 Treffen teilgenommen hatte, eines davon mit Benjamin Netanjahu, die May oder dem Außenministerium nicht bekannt waren. Ein Treffen fand auf den besetzten Golanhöhen statt, einem Teil von Syrien, wo Patel die Verwendung von britischen Geldern aus dem Entwicklungshilfeministerium durch die israelische Armee bei deren Arbeit für syrische Flüchtlinge befürwortete. Es ist bekannt, dass Israel die syrischen Streitkräfte, die Hisbollah etc. angreift, um den Jihadisten zu helfen. Es versorgt verletzte Jihadisten medizinisch und ist ein enger Verbündeter von Saudi-Arabien bei dessen Versuch, das Assad-Regime zu beseitigen. Es schaut also so aus, als ob Patel das Geld von Steuerzahlern aushändigen wollte, um Israel bei seinen regionalen Ambitionen zu helfen, und dass sie ihre eigene Außenpolitik verfolgte. Deshalb musste sie zurücktreten, wie damals Liam Fox, als er aus Camerons Regierung zurücktreten musste. Beide sind Teil der äußersten Rechten der Konservativen Partei. May ist so schwach, sie muss ihr Kabinett im Gleichgewicht zwischen den Flügeln der Partei halten. Labour hat natürlich eine Untersuchung über die Aktivitäten von Patel in Israel gefordert.

Stephen Pollard, der Herausgeber des "Jewish Chronicle", beharrt darauf, dass Theresa May von Priti Patels Treffen in Israel und von den Plänen, der israelischen Armee Geld zu geben, wusste und diese billigte. Pollard hat herausgefunden, dass sich Patel mit Yuval Rotem, einem Mitarbeiter des israelischen Außenministeriums, in New York getroffen hat. Pollard schrieb, May ist in eine Vertuschungs-Affäre verwickelt.

Der Rücktritt von Saad Hariri, dem libanesischen Premierminister, war mit den Israelis koordiniert. Dies wurde durch undichte Stellen bei israelischen Offiziellen, die nicht mit der Politik von Natanjahu einverstanden sind, aufgezeigt. Saudi-Arabien und Israel arbeiten in Syrien zusammen. Beide wollen die Hisbollah und den iranischen Einfluss im Libanon und in der Region zerstören. Einige Kommentatoren glauben, dass Israel einen neuen Krieg im Libanon plant.

Am 4. November fand in London anlässlich des 100. Jahrestages der Balfour-Deklaration (2.11.1917) eine große Demonstration mit zehntausenden Teilnehmern statt.

Arthur Balfour (1848 – 1930), damals britischer Außenminister, hat diese Erklärung nicht selbst entworfen oder geschrieben. Er hat sie nur unterzeichnet, nachdem er von der Idee überzeugt worden war. Sie wurde von Lord Milner und Leo Amery verfasst. Milner stand einer halb-geheimen "Round Table"-Organisation vor. Er war von 1916 bis 1919 Kriegsminister und von 1919 bis 1921 Minister für die Kolonien.

Leo Amery schrieb 1928 in seinen Tagebüchern ("Diaries", Vol. 1; 1896 bis 1929): "Unser Endziel ist es, Palästina zum Zentrum des westlichen Einflusses zu machen, indem wir die Juden benutzen, wie wir die Schotten benutzt haben, um die englischen Wertvorstellungen im Nahen Osten zu verwirklichen und nicht, eine künstliche hebräische Enklave in ein einem orientalischen Land zu schaffen." (S. 559 ebd.)

Amery war, wie Milner und seine Mitstreiter, ein Erz-Imperialist. Seltsamerweise wurde vor kurzem entdeckt, dass Amery Jude war, was er aber geheim halten konnte. Er fälschte seinen familiären Hintergrund (die Mutter war ungarisch-jüdischer Abstammung), vermutlich, um seine Politiker-Karriere nicht zu erschweren. Als die britischen Streitkräfte 1940 evakuiert worden, blieb sein Sohn John in Frankreich und wurde ein Nazi-Kollaborateur. Er wurde nach 1945 hingerichtet. Seine Familie riet ihm, auf schuldig zu plädieren, um keinen Skandal zu verursachen und der Familie nicht zu schaden.

Der "Morning Star" vom 4./5. November berichtet, dass Moshe Machover, ein Mathematikprofessor, Schriftsteller und bekannter Aktivist gegen den Zionismus, wieder in die Labour Party aufgenommen worden ist. Ich kenne Moshe gut. Er war in der israelischen KP, aber er gründete eine dissidente kommunistische Organisation in Israel, "Matzpen" (Kompass). Irgendwann kam er dann nach England, um dort zu leben. Sein Sohn Dani ist Anwalt. Er versucht, israelische Politiker, die London besuchen und die für Kriegsverbrechen verantwortlich waren, verhaften zu lassen.

Moshe wurde bezichtigt, einen "antisemitischen" Artikel geschrieben zu haben. Die israelische Regierung und ihre Unterstützer haben die Definition von Antisemitismus dahingehend geändert, dass darin jede Kritik an Israel mit eingeschlossen ist. Die Labour-Rechte benutzt das gegen die Linke.

m.j., 10./15.11.17

«Den Feind demaskieren»

Kurz nachdem der erste grosse biografische Dokumentarfilm über ihn ins Kino gekommen ist mit dem Titel «Der Optimismus des Willens», erscheint Jean Zieglers neues Buch «Der schmale Grat der Hoffnung» jetzt auch auf Deutsch. Reflexionen, interessante Beobachtungen rund um den Erdball und illustre Figuren zeichnen das Werk aus.

Jean Ziegler hat allen Unkenrufen zum Trotz, es gehe ihm gesundheitlich nicht besonders gut, ein äusserst wichtiges neues Buch verfasst. «Der schmale Grat der Hoffnung» heisst der Titel, und es trägt den Untertitel: «Meine gewonnenen und verlorenen Kämpfe und die, die wir gemeinsam gewinnen werden.» Gerade jetzt, da der potenzielle Weltbrandstifter Donald Trump die Beiträge der USA an die Uno und natürlich – wen wundert's – an die in Genf beheimateten Institutionen für Menschenrechte drastisch kürzen will, setzt Ziegler ein deutliches Fanal. Das Opus steht ganz im Zeichen der Maxime des italienischen Marxisten Antonio Gramsci, der in seinen Gefängnisheften schrieb: «Man muss nüchterne, geduldige Menschen schaffen, die nicht verzweifeln angesichts der schlimmsten Schrecken und sich nicht an jeder Dummheit begeistern. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens.»

Und Genosse Jean hat so viel Unglaubliches erlebt bei seinen Investigationen als Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung und Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Menschenrechtsrates, dass er mehr als jeder andere dank seiner brillanten Intelligenz dem Pessimismus des Verstandes erliegen könnte: tut er aber nicht, zum Trotz! Er wählt den «Optimismus der Hoffnung». Und man merkt, dass der alte Kämpe noch keineswegs im Sinn hat, die Flinte ins Korn zu werfen, obwohl auch das Wissen um den desolaten Zustand der Welt ihm nicht unbekannt ist. Das über 300 Seiten starke bei Luchterhand (seinem Hausverlag) erschienene Werk wimmelt wieder von interessanten Figuren, die Ziegler wie ein Romanautor mit wenigen Sätzen zu charakterisieren weiss: Lumpen und HeldInnen, KämpferInnen und Feiglinge, AngeberInnen und SchafferInnen, ein ganzes Universum von Menschen, die seine Reisen und Missionen gekreuzt haben, dürfen nochmals auftreten. Auch mit Kritik an den Leerläufen des «Machin» (De Gaulle abschätzig über die Uno) hält Ziegler nicht zurück: Seit vielen Jahren kennt er das Räderwerk aus Organisationen, Nebenorganisationen und Unterorganisationen, die nicht hierarchisch, sondern teilweise autonom operieren (müssen); aber er besteht darauf, dass es auf der Welt schlimmer aussähe, gäbe es die Uno nicht – und unermüdliche Kämpfer wie er, muss man hinzufügen! Sein Mandat bei der Uno-Menschenrechtskommission wurde kürzlich trotz vieler Anfeindungen bis 2019 verlängert. In Genf wird Ziegler unablässig von amerikanischen AgentInnen beschattet, seine Telefonate werden abgehört, sein E-Mail-Verkehr überwacht, das hat der Autor in früheren Publikationen längst bewiesen (es stand im vorwärts).

Die Aufgabe jedes Menschen

Obwohl das Werk durchsetzt ist mit subjektiven Reflexionen, interessanten Beobachtungen rund um den Erdball und illustren Figuren, gehorcht es einem klaren Aufbau: Im ersten Kapitel beschreibt Ziegler die gegenwärtige kannibalische Weltordnung. ruft den Aktionsplan in Erinnerung, den die Uno – die übrigens auch ihre Fett wegbekommt von wegen Ineffizienz und dubiosen Typen, die sich in dieser «Galaxie» tummeln – 2016 unter dem Titel «Agenda 2030» beschlossen hat, um das Übel der «Geierfonds» zu bekämpfen. Das zweite Kapitel ist autobiografisch geprägt und legt dar, wie er jetzt wieder wie vor fast einem Vierteljahrhundert mit «Wie herrlich, Schweizer zu sein» (einer seiner unvergesslichen Bestseller, wie «Die Schweiz wäscht weisser») eine nochmalige Pause am Wegesrand einlegen will. Im dritten und vierten Kapitel erinnert der Autor eloquent und so lebendig dargestellt an die Gründungsprinzipien und die Entstehungsgeschichte der Uno, dass das Lesepublikum die Ereignisse wie einen Film an sich vorbeiziehen sieht. Im sechsten und siebten Kapitel versucht Ziegler schliesslich, die kniffligen Aufgaben der Blauhelme auf drei Kontinenten verständlich zu machen, die vielen Kriegsschauplätze zu befrieden oder sogar den bedrohten Frieden zu bewahren. Im Schlusskapitel kommt er zum Schluss, dass es die Aufgabe jedes einzelnen Menschen ist, seine Schultern an die Räder des Friedenswerkes zu stemmen. Oder wie es schon im monumentalen russischen Roman «Die Brüder Karamasov» von Fjodor M. Dostojewski heisst: «Jeder ist für alles vor allen verantwortlich.»

Hans Peter Gansner

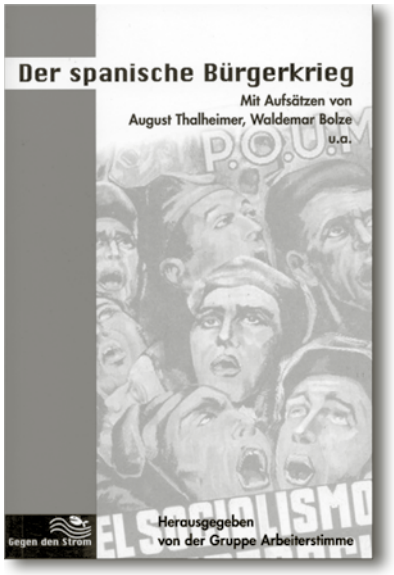
Der schmale Grat der Hoffnung, Bertelsmann, 320 Seiten, 19,99 Euro

Wir bedanken uns für den Nachdruck bei dem Autor und ***vorwärts - die sozialistische zeitung!***

Unter der Adresse **vorwaerts.ch** kann die Zeitung abonniert werden

vorwärts
die sozialistische zeitung.

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der ***Arbeiterstimme*** in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin„ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,– €
ISBN 3-00-010296-5
Herausgegeben von der
Gruppe Arbeiterstimme

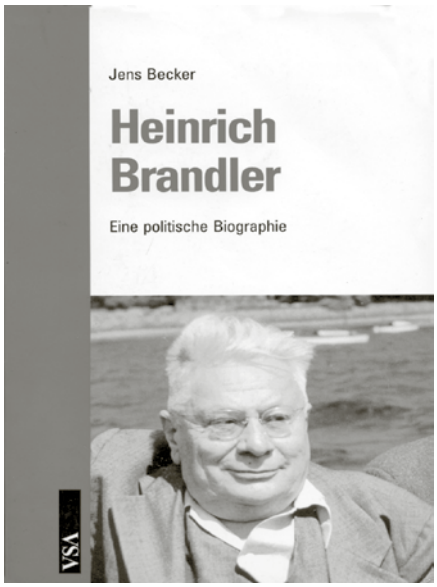
Silke Makowski

„Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern„
Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933

Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurdenvon den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I
DIN A 4, 120 Seiten, 7,– Euro
ISBN 3-9809970-4-9



510 Seiten, Paperback, 20,– €
ISBN 3-87975-767-4

---

624 Seiten, Paperback, 20,– €
ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
oder:
redaktion@arbeiterstimme.org